

Volks-Tribüne.

Sozial-Politisches Wochenblatt.

Die „Berliner Volks-Tribüne“ erscheint jeden Sonnabend früh.
 Abonnementspreis für Berlin monatlich 50 Pf. pränumerando (frei in's Haus).
 Einzelne Nummer 15 Pf.
 Durch jede Post-Anstalt Deutschlands zu beziehen. (Preis viertelj. 1 Mk. 50 Pf.)

Redaktion und Expedition:
 SO. (26), Elisabeth-Ufer 55.
 Ausgabe für Expediteur:
 „Volksblatt“, Bentzhofstr. 3.

Inserate werden die 4spaltige Petitzeile oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet
 Vereins-Anzeigen: 15 Pf. — Arbeitsmarkt: 10 Pf.
 Inseraten-Annahme in der Expedition: Elisabeth-Ufer 55.
 Die „Berl. Volks-Tribüne“ ist unter Nr. 893 der Zeitungs-Preisliste eingetragen.

Nr. 35.

Sonnabend, den 29. August 1891.

V. Jahrgang.

Politische Uebersicht. — Soziales aus Australien. — Die todte und die lebendige Reichsverfassung. — Die Sozialdemokratie und die Bauern und die Kleinbürger. — Zahlungspflicht des Redakteurs im Prozeßfalle. — Verschiedenes. — Novelle. — Internationaler sozialistischer Arbeiterkongress.

Politische Notizen.

In Sachen der Hungersnoth ist noch nichts verändert. Die Regierung erklärt, sie will noch weiter „abwarten“, die Reptilien weisen krampfhaft nach, daß „gar kein Grund zu Befürchtungen vorliegt“, indem wir genug ernten werden, die Agrarier erklären, daß ihnen das Ausfuhrverbot „sehr angenehm“ ist, weil es die Preise steigert, und der Herr Graf von Mirbach ist sogar auf die gescheite Idee gekommen, zur Revanche für das russische Ausfuhrverbot ein Einfuhrverbot auf russische Hölzer zu erlassen. Wenn damit auch nicht dem Hunger des Volkes geholfen wird, so machen doch dann jedenfalls die Holz produzierenden Zunker ähnliche Geschäfte, wie die Korn produzierenden, und das genügt ja, das ist ihnen „sehr angenehm“. Vermuthlich hat der edle Graf selber große Waldungen, bei dem so oft bewiesenen Altruismus der Herren kann man das ja wohl annehmen. Einige Reptilien haben noch einen besonderen Grund aufgefunden, weshalb das Ausfuhrverbot nicht schadet: weil es nur kriegspolitische Zwecke verfolge. Das haben wir nun zwar auch gesagt, aber wir sind immer so beschränkt gewesen, anzunehmen, daß das die Sache bloß noch verschlimmern kann, indem zu dem Hunger auch noch die Aussicht auf einen Krieg mit unglücklichem Ausgang kommt. Aber die Reptilien werden es ja wohl besser wissen; sie werden ja dafür bezahlt. Einen genialen Einfall hat der gute „Reichsbote“ gehabt, unser alter Freund. Er meint, das Reich solle Getreide einlaufen und à la König Pharaon zur Zeit der Theuerung wieder verkaufen. Dadurch erspart es die Aufhebung der Kornzölle und hat auch noch Gelegenheit, sich über's Ohr hauen zu lassen. Denn daß das gute deutsche Reich geriebener sein sollte, als die beschneiten oder unbeschneiten Kornjuden, davon hat er bis jetzt noch kein Zeichen gegeben. Ein ganz gemeiner Schwindel von der bekannten Sorte ist der Vorschlag, ein Ausfuhrverbot auf Roggen und Kartoffeln zu legen; ausgeheckt ist dieser Vorschlag von der tugendhaften „Kreuzzeitung“. Natürlich hat Niemand etwas Profitlicheres zu thun, als Roggen aus Deutschland nach dem Ausland mit 50 Mark Schaden zu verkaufen, oder Kartoffeln, die sogar bei guter Ernte fast garnicht ausgeführt werden. Da wird man doch lieber Agrarier oder agrarischer Preshufar, das Geschäft lohnt sich besser. Die „Kreuzztg.“ meint zwar, auf solche momentane Verluste komme es der „Börse“ nicht an, wenn sie dadurch einen Nothstand und damit die Aufhebung der Getreidezölle erreichen könne. Sie muß doch ihre Leser für sehr dumm halten. Eine derartige Spekulation wäre nur möglich von Seiten eines immens kapitalkräftigen Syndikats — die Herren Agrarier befinden sich vielleicht noch darauf, was das ist? — welches dann den ganzen Import monopolisirte. Allein dazu ist das Importgeschäft bei uns noch nicht zentralisirt genug und außerdem blüht ein solches Syndikat auch nicht lange im Verborgenen, man müßte schon von ihm oder seiner Wirksamkeit etwas gehört haben, zumal die Agrarier nach jedem Körnchen, das exportirt wird, spioniren würden. Die ganze Sache ist eben ein gewisser agrarischer Schwindel. Das für die Situation Bezeichnendste leistet eine vertrauliche Regierungsstimme. Ein Journalist von der „Königsb. Hart. Ztg.“ hat einen „sehr hohen Beamten“ (er war wohl früher Direktor der Diskontogesellschaft?) interviewt, und der hat ihm gesagt, daß die Regierung sonst ganz vergnügt sei, aber wegen der Kartoffeln habe sie große Sorgen. Ob denn nicht die Presse so freundlich sein könnte, und ein Verbot des Schnapsbrennens verlangen? Der „sehr

hohe Beamte“ meint also, die Regierung sei zu feige, selbst gegen die Herren Schnapsbrenner vorzugehen und wolle sich erst durch die öffentliche Meinung darauf heßen lassen. Sehr gut!

Man soll uns aber nicht vorwerfen können, daß wir die positiven Maßnahmen der Regierung nicht erwähnen. Nein, wir werden ganz loyal sein und nichts auslassen. Da ist zuerst die Herabsetzung der Frachtpreise für Getreide. „Abot helpt“ sagte bekanntlich jene Mäde, die vertrauliche Regierungsstimme meint freilich „große Bedeutung hat die Maßregel allerdings nicht.“ Meinen wir auch. Die paar Pfennige machen den Kohl auch nicht fett, und kommen noch zum Theil den Agrariern zu Gute. Außerdem solle den Soldaten nur noch Weizenbrot verabreicht werden, statt des Roggenbrotes, das sie bis jetzt bekommen haben, auf welche Weise sehr anmuthig ihre Lebenshaltung erhöht wird. Schade nur, daß der Verbrauch der Soldaten nur etwa ein Prozent des Gesamtverbrauchs ausmacht, so daß diese Maßregel gleichfalls mit den Augen jener bewußten Mäde angesehen werden muß. Endlich soll Korn bei der Reichsbank bis 75 % seines Werthes belehnt werden können, statt früher bis 50 %. Das ist eine Maßregel, welche für die kleinen Kornhändler sehr vortheilhaft ist, aber im Uebrigen nicht viel zu sagen hat.

Aber verliere den Muth nicht, deutscher Reichsbürger, trotz alledem waltet die Regierung väterlich über dir, du verstehst es bloß nicht. Sogar darauf achtet sie, daß dein guter Geschmaack nicht verdorben wird. Nach dem „Reichsanzeiger“ hat der preussische Minister der öffentlichen Arbeiten Veranlassung genommen, die früher erlassenen Bestimmungen, nach welchen der Buchhandel auf den Eisenbahnstationen zu überwachen und dafür Sorge zu tragen ist, daß von dem Büchervertrieb alle anstößigen und dem guten G. Schmaack widersprechenden Werke ferngehalten werden, den königlichen Eisenbahndirektionen erneut in Erinnerung zu bringen und sie angewiesen, sich durch häufige, unerwartete Revisionen, insbesondere seitens der höheren Beamten, von der genauesten Befolgung der erlassenen Anordnungen zu überzeugen.

Auch in der Postverwaltung ist man für das Volk besorgt, diesmal für die „Untergebenen“. Der Postassistentenverband ist offenbar eine sittenverderbliche Einrichtung, die nur Schaden bringt, und deshalb be-
 zinn die Postverwaltung sich eine schwarze Liste der Beteiligten anzulegen. Das „Berl. Tageblatt“ veröffentlicht ein Rundschreiben, datirt Berlin 9. Juli, gez. der kaiserliche Oberpostdirektor Griesbach, in welchem die Amtsvorsteher aufgefordert werden, in zuverlässiger Weise zu ermitteln, welche der beschäftigten Beamten dem Verbands angehören und welche Stellung sie in demselben einnehmen. Die Namen der Verbandsmitglieder sind in alphabetischer Reihenfolge in die anliegende Nachweisung einzutragen, welche auch sonst dem Vordruck entsprechend auszufüllen bleibt. Die Nachweisung ist gehörig vollzogen innerhalb 14 Tagen ohne B. gleitbericht einzusenden. Abschrift dieser Nachweisung ist für die dortigen Alten zurückzubehalten. Durch Zugang oder Abgang eintretende oder sonstige Änderungen gegenüber den Angaben in der Nachweisung sind mittels Bericht anzuzeigen. Ja, ein Herr geheimer Postrath Rabe hat sogar folgende Verfügung erlassen:

Der Postassistent R. R. ist zu befragen, ob er dem Verband deutscher Post- und Telegraphen-Assistenten angehöret und be-
 habenden Falles bereit ist, für immer auszuscheiden. Weigert sich der R. R. hierauf einzugehen, so ist ihm zu eröffnen, daß von seiner Veretzung bezw. Anstellung Abstand genommen werde. Die bezügliche schriftliche Erklärung des R. R. ist hier beizufügen.
 Kaiser. Ober-Postdirektion.

Man nennt das deutsche Koalitionsfreiheit.
 — Folgenden fürchterlichen Eid müssen die Mitglieder des Kriegervereins zu Bruel in Mecklenburg ablegen:

Als Mitglied des Kriegervereins gelobe ich vor Gott und allen Kameraden, daß ich mich iren nach den Statuten des Vereins halten, meinen gelehrten Fahneneth hochhalten, fest zu Kaiser, Fürst und Reich stehen, auch alle Umsturzgedanken, die sich mit

der Sozialdemokratie decken, verabscheuen und meine Mitkäm-
 raden vor denselben bewahren will.“

Das nennt man in Deutschland „unpolitische Vereine“. — Armer Freisinn! Sogar der freisinnige „Berliner Arbeiterverein“ wendet sich den „Fehlern“ zu. Viele Mitglieder wird der Verein ja wohl nicht mehr haben, aber interessant ist es doch, daß selbst diese alte Garde sich ergiebt. In seiner letzten Versammlung hat er nach einem Vortrag über „Kapital und Arbeit“ folgende Resolution angenommen, welche die „Freisinnige Ztg.“ noch dazu abdrucken muß:

Die ungleiche Vertheilung von Arbeit und Genuß ist in keiner Weise eine gerechte und den Anschauungen einer moralisch-sittlichen Gesellschaftsordnung entsprechende. Sie ist ein Erbtheil aus jener Zeit des Alterthums, wo ein Theil der Menschheit sich zum Herrscher über den andern aufwarf und das Sklaventhum schuf; die gegenwärtige Gesellschaft, gleichviel welcher Regierungsform dieselbe huldigt, ist verpflichtet, diesem Uebelstand abzuheßen und Einrichtungen zu schaffen, nach welchen es jedem ordentlichen Menschen, ungeachtet der Arbeit, welche er verrichtet, möglich wird, sich die nothwendigen Lebensgenüsse zu verschaffen. Die Abschaffung aller indirekten Steuern und Zölle auf Lebensmittel, die Einführung einer nach oben sich steigenden Einkommensteuer, sowie die Beseitigung der stehenden Heere sind als Anfang zur Bewirkung dieses Zustandes anzustreben. Endlich hält der Verein die Ueberführung des Grund und Bodens aus dem Privat- in den Staats- oder Kommunalbesitz zur Lösung der sozialen Frage für nothwendig.

In bürgerlichen Blättern wird darauf hingewiesen, daß in nächster Zeit wieder ein Hochverrathsprozeß in Leipzig zur Aburtheilung gelangen werde. Der Schauplatz soll Konstanz und Stuttgart gewesen sein. Aus sicherster Quelle erfahren wir über die Sache nun Folgendes: „Ein Gastwirth Groß in Engeshafen denunzirte einen Arbeiter Breilmeier, dessen Braut in seinem Gasthause in Stellung war, B. habe dem Mädchen anarchistische Zeitungen gegeben. Bei einer sofort erfolgten Haus-suchung in der Wohnung Breilmeiers sollen dann einige Nummern der „Autonomie“ und Broschüren gefunden sein. Breilmeier wurde verhaftet, und später auch sein Nebenarbeiter Tanner, ein Schweizer Bürger. In der Wohnung des Letzteren auf Schweizer Gebiet in Kreuzlingen wurde von einem deutschen Gensdarmen ohne Wissen der Schweizer Behörde eine Haus-suchung vorgenommen, die kein Resultat ergab. Das Vergehen des Tanner besteht einzig darin, daß er eine Kreuzbandendung für Breilmeier angenommen hat, was nicht verboten ist. Alle Eingaben der Frau T. an den Bundesrath in Bern und an die Staatsanwaltschaft in Konstanz blieben erfolglos. — Aus dieser Geschichte, die einzig und allein einen Uebergriff der deutschen Polizei beweist, ist dann eine gruselige Räuber-geschichte für die Sauregurkenzeit zubereitet: eine Anarchistin habe der Polizei Dienste geleistet und sei von den Anarchisten dafür ermordet, es handle sich um einen fürchterlichen Hochverrathsprozeß u. s. f.

Wieviel Prozent der Arbeiter (d. h. der alters-versicherungspflichtigen) bekommen die Altersrente?
 Dr. Gustav Lewinstein hat diese Frage bei jedem einzelnen Arbeitsberuf bezw. jede einz. lne Industrie-gruppe auf Grund der Berufsstatistik nach der allgemeinen Berufs-zählung vom 5. Juni 1882 zu beantworten unter-nommen.

Das Ergebnis, welches im letzten Heft der „Viertel-jahresbericht für Volkswirtschaft“ veröffentlicht wird, ist:
 1. Von den landwirthschaftlichen Arbeitern sind 1,82 pCt. siebzig und darüber alt.
 2. Von den industriellen Arbeitern sind 0,48 pCt. siebzig Jahr und darüber alt.

Diese Ziffer ist der Durchschnitt aus den — einzeln mitgetheilten — Ziffern für 110 Industrie-gruppen.
 3. Als dritte Gruppe kommen die Arbeiter und Ar-beiterinnen hinzu, welche in den Haushaltungen ihrer Herrschaft als Dienende für häusliche (nicht gewerbliche) Zwecke leben, da diese bekanntlich auch in den Rahmen des Gesetzes fallen. Von diesen werden 0,51 pCt. siebzig Jahre und darüber alt.

Die Zeitungsmittheilungen von den „vielen“ Per-sonen, welche schon in den Genuß der Altersrente ge-treten sind — „viele“ ist eine höchst unbestimmte Angabe

und die mehrfach genannten speziellen Ziffern sind ungläubig — haben demnach jedenfalls keinen besonderen Werth. Dr. Lewinstein behandelt zweitens die Frage: Wie lange bleibt der Empfänger der Altersrente durchschnittlich in deren Genuß?

In der Gesamtbevölkerung werden 2,43 pCt. siebzig Jahre alt. Davon erreichen nur etwa 35 pCt. das achtzigste Jahr, wonach sich die durchschnittliche Lebenserwartung in diesem Alter berechnen läßt. Für die Arbeiter ist aber die Lebenserwartung in diesem Alter wieder entsprechend geringer, weil in der Regel die Momente, welche das Leben der Arbeiter relativ verkürzen, auch nach dem siebzigsten Lebensjahre fortwirken.

— Als weiteres Dekorationsstück zur Sozialreform, Arbeiterschutzgesetzgebung, internationalen Konferenz und anderen schönen Sachen hat der mittelhessische Arbeitgeberverein „Concordia“ in Gemeinschaft mit anderen ähnlichen „gemeinnützigen“ Vereinen die Anregung zur Errichtung einer Zentralstelle für soziale Wohlfahrtsangelegenheiten ergehen lassen. Aufgabe dieser Zentralstelle soll es sein, zur Förderung und Ausbreitung von Wohlfahrtsanstalten die wissenschaftlichen Materialien über solche zu sammeln, zu sichten und denjenigen Industriellen zur Verfügung zu stellen, welche praktisch vorzugehen beabsichtigen. Auch durch Veröffentlichung des gesammelten besten Materials soll ausflüßend und anregend gewirkt werden; Zusammenkünfte der Vertreter von Vereinigungen auf dem Gebiete der Wohlfahrtsfrage sollen veranstaltet werden, behufs gemeinsamer Aussprache über die Zweckmäßigkeit der an verschiedenen Orten getroffenen Vorkehrungen sowie über die Art und Weise, wie die Geseze und Vorschriften der Staatsbehörden auszuführen sind. Die Anregung ist in erster Linie an die preussische Regierung gerichtet, da sich der Plan ohne Mittel des Staates nicht wirksam durchführen lasse. Wenn die Arbeiter aber jetzt nicht zufrieden sind!

— Die Revision der belgischen Verfassung, wegen deren bekanntlich unsere belgischen Genossen dieses Frühjahrs einen Generalsstreik inszeniert hatten, wird mit bekannter Virtuosität in die Länge gezogen. Der Zentral-Ausschuß der Kammer hat den Bericht über die Verfassungsdurchsicht entgegengenommen. Derselbe ist sehr dick und zerfällt in vier Theile, deren erster die Einleitung ist. In einer flüchtigen historischen Darstellung weist de Smet auf die früheren Vorschläge einer Verfassungsdurchsicht und die stattgehabten Besprechungen hin, erläutert die bezüglichen Geseze und die Wahlpraxis sowie ihre Ergebnisse in Frankreich und Deutschland. Hierauf fährt er die drei Hauptwahlarten vor, welche die Genuswahl ergeben könnten. Zunächst spricht er sich über das allgemeine Stimmrecht aus, das er ausdrücklich und vollständig verwirft. Es müsse beseitigt werden, weil die Mehrzahl derjenigen, welche es verlangen, es nicht als Endzweck verfolgten, sondern als Mittel. Bresche in die Institutionen des Landes zu legen, um die Verwirklichung der gefährlichsten sozialistischen Lehren zu erlangen; ferner weil in allen Ländern, wo das allgemeine Wahlrecht bestände, die Beschränkung der Volksfreiheiten als notwendige Folge sich erwies. Das Kapazitätswahlrecht verwirft er ebenfalls, weil es nicht hinreichende Sicherheit biete und gegenwärtig am meisten in Verfall gekommen sei, obgleich es auch vielen Arbeitern die Wahlberechtigung geben könne. Die Vertretung nach Interessengruppen ist ihm in seiner Anwendung zu schwierig. Und da kommt er denn auf das auf den Wohnort zu gründende Wahlsystem, das er annimmt, da es das äußerlich geeignetste Mittel für den Wohlstand und die „Moralität der Arbeiterfamilien“ biete und hauptsächlich dem Familienhaupte das Wahlrecht verschaffe. Mit andern Worten: es sollen bloß die von der modernen Produktionsweise, welche die Menschen durcheinanderschüttelt, am wenigsten angegriffenen Arbeiter wahlberechtigt sein, weil die am zahlreichsten sind. Im zweiten Theile des Berichtes sind die Debatten wiedergegeben, die von 104 Abgeordneten in den Verhandlungen der sechs Kammerausschüsse geführt worden sind. Die Wiedergabe der Verhandlungen des Zentral-Ausschusses umfaßt der dritte Theil des Berichtes und der vierte ist eine Darlegung des Wahlsystems auf Grundlage des Wohnortes und dessen Vortheile.

Soziales aus Australien.

Vor einiger Zeit brachten wir einige Notizen über die Arbeiterverhältnisse in Australien nach bürgerlichen Blättern. Wir fügten damals gleich hinzu, daß die Dinge sich wohl nicht so verhalten würden. Jetzt sind wir in der Lage, nach Arbeiterblättern zu berichten, wo allerdings die Sache ganz anders aussieht.

Die australische Arbeiterbewegung macht eine höchst bedeutungsvolle Epoche durch. Bis vor einem Jahre stand dieselbe vollständig unter dem Banne des konservativen Gewerkschaftswesens. In vielen Gewerkschaften waren die Arbeiter „gut organisiert“, das heißt ihre Gewerkschaften waren im Stande, ihren Mitgliedern „anständige“ Löhne und passable Arbeitsbedingungen zu sichern. Diese Gewerkschaften waren allmählich zu abgeschlossenen Monopolen verknüpft, welche sich die Konkurrenz durch hohe Eintrittsgebühren und sonstige erschwerende Eintrittsbedingungen fernzuhalten suchten. Gleich den konservativen Gewerkschaften Englands verpönten sie jede politische Agitation; ihre Mitglieder folgten in politischer Hinsicht der Führung der kapitalistischen Parteien. Das Klassenbewußtsein fehlte ihnen gänzlich.

Der große Streik des vorigen Jahres änderte die Sachlage in wenigen Monaten. Die Gewerkschaften wurden durch eine Armee von Stabs, welche sie durch ihre Exklusivität selbst herangezogen hatten, besiegt. Hohe Eintrittsgebühren und Exklusivität wurden aber von Bord geworfen. Politisch zeigte jener Streik den Arbeitern, daß die Staatsgewalt lediglich ein Werkzeug der Kapitalistenklasse ist, das sich gegen die Arbeiterklasse wendet, sobald diese die Interessen des Kapitals ernsthaft bedroht. Polizei,

Militär und Gerichte wurden gegen die Arbeiter aufgeboden und halfen das Kapital den Widerstand der Arbeiter zu brechen. Die Arbeiter begannen zu lernen, daß sie sich politisch sowohl wie ökonomisch als eine separate Klasse organisieren müssen, um der Macht des Kapitals widerstehen zu können.

Zu Anfang dieses Jahres brach in Queensland ein neuer großer Streik aus. Die Schafzüchter versuchten die Organisation der Schafsheerer zu brechen und die Letzteren widerlegten sich. Ein hartnäckiger Kampf entbrannte. Die Sheerer waren ausgezeichnet organisiert und sie erzielte reichliche finanzielle Unterstützung. Die Kapitalisten hatten jedoch nicht nur eine solide Organisation und unbefristete Geldmittel, sondern sie kontrollierten den ganzen Regierungsapparat. Da die Kapitalisten bald sahen, daß sie die Streiker weder durch Stabs erschrecken, noch durch Hunger müde machen konnten, boten sie ihre politischen Hülfskräfte auf und ließen diese sich mit ungläublicher Brutalität auf die Arbeiter stürzen. In den Streik-Gegenden hauste die Polizei und das Militär, als wären sie in Feindesland. Streiker wurden ohne Grund verhaftet, in Ketten gelegt und mißhandelt. Die Leiter des Streiks wurden unter Anklage gestellt und zu hohen Gefängnisstrafen verurtheilt.

Mit welcher Rohheit gegen die Streiker vorgegangen wurde, davon mag folgender Fall ein Bild geben:

Am 30. März erschien Militär und Polizei in dem Zeltlager der Streiker zu Angatella. Zwölf Streiker saßen zur Zeit an einem Tisch beim Abendessen. Als die bewaffnete Macht auf etwa 400 Fuß nahegekommen war, wurde die Ausrufbrücke verlassen. Darauf zog der Kommandant, Inspektor Stuart, einen Revolver und befahl verschiedenen der Speisenden, heranzukommen, da sie verhaftet seien. Dabei hielt er den Revolver drohend auf die Herankommenden gerichtet und zählte Eins, Zwei, als wenn er schießen wollte, wenn sie nicht schneller gingen. Darauf blieb einer derselben stehen und rief: „Schießen Sie doch, weiter könnt Ihr ja nichts, als auf wehrlose Menschen schießen.“ Für diese Bemerkung wurden ihm die Handketten so fest angeschraubt, daß die Hände anschnollen. „Schraubt sie zusammen wie Hunde“, rief der Inspektor seinen Knechten zu. Fünf Streiker wurden verhaftet und nach dem Gefängnis geschleppt, wo sie mit zehn Leidenesgefährten in zwei kleine Zellen (8 bei 7 Fuß) gesperrt wurden. Am andern Morgen wurden noch sechs Streiker herbeigeschleppt und diese wurden außerhalb der Zellen an einer Kette zusammengepfählt. Die Behandlung der Gefangenen war bestialisch. Sie mußten 9 Tage in diesen engen Zellen zubringen. Einmal des Tages wurden sie auf eine schmale Veranda herausgelassen, um frische Luft zu schöpfen.

Wenn Einer des Abends nach der Retirade zu gehen wünschte, wurde ihm eine Fußkette angelegt und ein Polizist, das Ende der Kette in der einen Hand haltend und in der anderen einen gezogenen Revolver, begleitete ihn. Während des Transports nach einem anderen Gefängnis wurde den Gefangenen an einer Station nicht einmal gestattet, abzutreten, um ihr Bedürfnis zu verrichten; sie befanden sich zur Zeit vor einem Hotel und die Betreffenden hätten auf offenem Plage ihr Bedürfnis verrichten müssen, wenn nicht ihre Leidenesgefährten sie umringt und ihnen als Deckung gedient hätten. Von ihrer Verhaftung an, während eines zweiwöchentlichen Transports, bis zu ihrer Ankunft im Blackall-Gefängnis, wo sie ihren Prozeß erwarten sollten, waren die Gefangenen beständig in Ketten.

Dieser Transport wurde theils per Kutsche, theils zu Pferd und theils per Bahn gemacht. In den Kutschen waren je zwei zusammengepackt; während sie zu Pferde saßen, trugen sie Handfesseln und in den Eisenbahnwagen waren je sechs Mann mit Handfesseln an einer Kette befestigt. Selbst schlafen mußten sie mit Handfesseln und Ketten. Ueber das weitere Schicksal dieser 21 angeklagten Streiker fehlen nähere Nachrichten.

Die Prozesse gegen die Leiter des Streiks sind noch nicht alle erledigt; jedoch zeigen die bisherigen Verurtheilungen, daß Richter und Geschworene vom Klassenhaß gegen die Arbeiter beherrscht sind. Der Verschwörungsprozeß in Rockhampton endete mit der Schuldsprechung von 12 Angeklagten. Die Jury empfahl dieselben der Milde des Richters, dieser aber verurtheilte jeden der selben zu 3 Jahren Zuchthaus und stellte sie für ein weiteres Jahr unter Bürgschaft für gutes Verhalten.

Nicht weniger schwere Verurtheilungen erfolgten in dem sogenannten Peal Downs-Aufnahmeprozeß. Hier wurden 3 Angeklagte zu je 8 Jahren, einer zu 2½, einer zu 2 und einer zu 1½ Jahren Zuchthaus verurtheilt.

Zwei Streik-Comités sind bereits angeklagt und theils verurtheilt worden. An Stelle der Verhafteten treten aber sofort neue Comitemitglieder. Das dritte Streik-Comité erhielt am 20. Mai Nachricht, daß es ebenfalls verhaftet werden solle und erließ darauf eine Proklamation, worin die Streiker zum Ausmarsch aufgefordert werden und die Zurechtweisung ausgesprochen wird, daß die Stelle jedes verhafteten Beamten ohne Jögern neu besetzt werde und Keiner davor zurückschrecke, mit seiner Freiheit und seinem Leben für die Sache der Arbeit einzustehen.

Während dieses Kampfes haben die australischen Kapitalisten Privatpolizisten engagiert, welche sie mit dem harmlosen Titel „Kommissionäre“ bezeichnen, die mit der bekannten Gewissenlosigkeit berattiger Individuen „arbeiten“.

Der brutale Mißbrauch der Regierungsgewalt im Interesse des Kapitals gab der bereits durch den vorjährigen Streik vorbereiteten politischen Bewegung der Arbeiter einen mächtigen Ansporn. Bei allen Wahlen wurden Arbeiterkandidaten aufgestellt und eine respektable Anzahl in den verschiedenen Kolonien gewählt. In Südastralien wurden 4 Arbeiterkandidaten in das Oberhaus gewählt. In Neu-Seeland im letzten Dezember 22 auf die Forderungen der Arbeiter verpflichtete Kandidaten. In Maori-Land 4, in Victoria 1. In New South Wales wurden 28 Arbeiterkandidaten in die Legislatur gewählt. Im Ganzen 57 Arbeitervertreter. Die Wahlagitation wird von Labor Electoral Leagues geleitet, die mit den Gewerkschaften in engster Verbindung stehen.

Daß diese politische Bewegung sich immer mehr auf sozialistischen Boden stellt, ist natürlich. Die sozialistische Agitation, welche bis vor einem Jahre nur ein beschränktes Feld fand, findet jetzt fruchtbareren Boden. Die Mitglieder der Sozialistischen Liga in New South Wales und der Sozialdemokratischen Liga in Queensland gehören zu den thätigsten Leitern der Gewerkschaften und die intelligentesten Gewerkschaftler sind Sozialisten geworden. Unter den neuen Rekruten herrscht freilich noch viel Unklarheit. Das beweist z. B. eine ernsthaft unternommene Bewegung, in der Argentinischen Republik in Südamerika eine sozialistische Ansiedlung zu gründen. Es hat sich zu diesem Zwecke die „New Australia Co-operative Settlement Association“ gebildet, welche auch bereits einen Delegaten nach Südamerika geschickt hat, um betreffs geeigneter Lokationen und der sonstigen für die Ausführung des Planes wichtigen Verhältnisse Erkundigungen einzuziehen. Einzelheiten über das Unternehmen liegen nicht vor, nur wird im „Worker“ bekannt gemacht, daß die Ansiedlung auf demokratischer Basis organisiert, das Direktorium von den Mitgliedern gewählt werden und Profitmacherei ausgeschlossen sein soll. Es ist zu bebauern, daß die australischen Arbeiter sich auf ein solches Experiment einlassen. Nicht nur ist sein schließlicher Erfolg mit Sicherheit voranzusehen, sondern es wird zugleich eine schädliche Wirkung haben, indem es tüchtige Kräfte der allgemeinen Bewegung entzieht. Die Enttäuschung, welche unvermeidlich eintreten muß, wird um so lähmender auf die ganze Bewegung zurückwirken, je größere Hoffnungen auf das Unternehmen gesetzt wurden.

Die todte und die lebendige Reichsverfassung.

H. M. Fürst Bismarck jagte in einer kürzlich in Kissingen gehaltenen Rede, welche er an eine Deputation deutscher Studenten richtete¹⁾:

„Die Aufgabe, die Sie, meine Herren, in der Zukunft zu lösen haben, ist... im Wesentlichen eine solche der Erhaltung... Was aber soll erhalten werden? Als nächsten Gegenstand Ihrer künftigen Fürsorge im Erhalten möchte ich Ihnen die Reichsverfassung ans Herz legen. Sie ist unvollkommen, aber sie war das Aeußerste, was wir erreichen konnten. Pflegen Sie die Verfassung, wachen Sie eiferschäftig darüber, daß die Rechte nicht angetastet werden, die sie schützt. Ich bin kein Freund der Zentralisation, wie sie in Frankreich in Bezug auf Paris besteht, ich sehe den Segen der Dezentralisation in dem Hervorbringen zahlreicher Kulturzentren, und ich halte die Egalisirung für so wenig nützlich, wie mich etwa das Verschwinden der verschiedenen Landestrachten erfreut.“

Noch einmal: Wachen Sie über die Reichsverfassung, selbst wenn sie Ihnen hier und da später nicht gefallen sollte. Rathen Sie zu keiner Aenderung, mit der nicht alle Beteiligten einverstanden sind.

Das ist die erste Bedingung der politischen Wohlfahrt des Reiches.

Als wir diese Stellen der Bismarck'schen Rede lasen, fiel uns unwillkürlich ein, was Lassalle einst in seinem Vortrage „über Verfassungsweisen“ gesagt hatte:

„Meine Herren, so oft Sie, gleichviel wo und wann seien, daß eine Partei auftritt, welche zu ihrem Feldgeschrei den Ausruf macht, „Ich um die Verfassung schaaren“ — was werden Sie hieraus schließen können? ...“

„Nun, meine Herren, Sie werden sich, ohne Propheeten zu sein, in einem solchen Falle immer mit der größten Sicherheit sagen können: Diese Verfassung liegt in ihren letzten Tagen; sie ist schon so gut wie todt, einige Jahre noch und sie existirt nicht mehr.“

Lassalle bezog diese Worte auf die damaligen Verfassungskämpfe in Preußen.

Dort lag die Bourgeoisie als liberal-demokratische Fortschrittspartei mit der Regierung in Konflikt.

Ihre Vertretung im preussischen Abgeordnetenhaus hatte von dem ihr verfassungsmäßig zustehenden Rechte Gebrauch gemacht und der Regierung die Bewilligung von Geldmitteln für die Reorganisation der Armee verweigert. Die Regierung beharrte auf der Forderung und löste die Kammer auf. Die Neuwahlen brachten indessen eine noch stärkere Opposition in das Abgeordnetenhaus.

Nach der Verfassung hätte sich jetzt die Krone fügen müssen; denn ihre Stellung war nach der geschriebenen und von ihr selbst beschworenen Verfassung eine konstitutionelle, d. h. eine durch den Willen der Volksvertretung beschränkte. Die königliche Regierung durfte über die vom Volke aufgebrauchten Steuern nicht nach eigenem, freien Ermessen verfügen, sondern sie bedurfte dazu der Zustimmung der Volksvertretung.

Dessen ungeachtet fügte sich die Krone nicht, sie bestand auf ihrem Willen und führte gegen den Willen der Bourgeoisie die Reorganisation der Armee aus. Sie durchbrach die sie beschränkenden Bestimmungen der Verfassung, sie machte einen Staatsstreich, sie beging das Verbrechen des Hochverraths.

Und die Bourgeoisie? Sie ließ den Hochverrath geschehen!

Die königliche Regierung handelte also thatsächlich so, als ob sie rechtlich, d. h. nach der Verfassung unbeschränkt gewesen wäre.

Der unbeschränkte König war die Wirklichkeit, der konstitutionelle, durch die Volksvertretung beschränkte König eine Einbildung, eine Illusion.

Damit war aber auch die konstitutionelle Verfassung zur Illusion geworden, sie hatte thatsächlich aufgehört lebendig zu sein, sie war todt, wenn sie auch noch rechtlich fortbestand.

Und sie blieb ein todtler Buchstabe. Was aber fortlebte, war das unbeschränkte, das absolute preussische Königthum.

Die Bourgeoisie trug dieser Veränderung Rechnung, indem sie sich nach 1866 aus einer demokratischen Raupe in einen nationalliberalen Schmetterling verwandelte. Lassalle hatte somit völlig Recht bekommen.

Heute nun hören wir wiederum das Feldgeschrei erschallen: Haltet an der Verfassung fest, schützt und bewacht die Reichsverfassung, um Gottes willen die Verfassung, die Verfassung!!

Zwar geht es von keiner Partei aus, sondern nur von einem Einzelnen; aber dieser Einzelne ist doch ein Mann von großem Einfluß, von einer nicht gewöhnlichen Bedeutung, und von tiefer politischer Einsicht: es ist der Schöpfer der Reichsverfassung selbst.

Wenn dieser Mann in so einbringlicher Weise dazu ermahnt an der Reichsverfassung festzuhalten, so hat er dafür seine Gründe, triftige Gründe. Wenn er seine Schöpfung nicht in Gefahr, von keiner Seite bedroht sähe, er würde sie sicher nicht der Fürsorge der aufwachsenden Generation empfehlen.

Und doch, von welcher Seite könnte ihr Gefahr drohen? Von oben oder von unten? Von rechts oder von links?

In unserem politischen Leben steht die Reichsverfassung so gut wie unangefochten da. Die Bourgeoisie kümmert sich wenig um sie und wenn sie es thut, so großt sie

¹⁾ Zitiert nach dem Bericht der „Hamburger Nachrichten“ Nr. 190 vom Mittwoch, den 12. August 1891. Morgenausgabe.

mit ihr wegen des darin garantierten allgemeinen und direkten Wahlrechts. Im Allgemeinen sucht sie die Reichsverfassung aber so wie sie ist zu erhalten.

Und das Proletariat? Während wir in den benachbarten Staaten, in Frankreich und England, in der Schweiz und in Belgien das Proletariat auch auf dem Gebiete des Verfassungsrechtes kämpfen und das Volk durch Fragen der Verfassungsrevision in seinen tiefsten Tiefen aufgeregt sehen, verharrt die deutsche Arbeiterklasse gegenüber der Reichsverfassung in völliger Gleichgültigkeit. Hier ist es der heiß entbrannte und immer weitere Kreise in sein Gewoge hineinziehende soziale Klassenkampf, der das ausschließliche Interesse und die ganze Kraft des deutschen Proletariats in Anspruch nimmt und der diesem keine Zeit übrig läßt, sich mit der Reichsverfassung zu beschäftigen.

Bourgeoisie und Proletariat überliehen das bisher einer Hand voll Professoren, die von Amts wegen dazu bestellt sind, über die Reichsverfassung in den Hörsälen der Hochschulen zu dozieren und über ihre Bestimmungen in didaktisch-gelehrten Werken zu spintisieren, bei Leibe aber nicht sie anzugreifen. Aber selbst, wenn das der Fall wäre, so hätte Fürst Bismarck sicher nicht dieserhalb die Studentendeputation ermahnt, die Reichsverfassung zu beschützen und zu bewachen.

So viel Ehre thut Bismarck deutschen Professoren nicht an. Er kennt sie zu genau, um nicht zu wissen, daß sie nicht ernst zu nehmen sind.

Wohin zielte dann aber seine Rede?

Wie wir gesehen haben, ist die Reichsverfassung von unten nicht sonderlich bedroht; sie kann es dann nur von oben sein.

Und in der That zielt die Rede Bismarcks nach oben; von oben her wähnt er die Reichsverfassung bedroht. Das geht deutlich aus seinen Bemerkungen über die „Zentralisation“ und „Egalisierung“ hervor sowie aus der Mahnung am Schluß:

„Rathen Sie zu keiner Aenderung, mit der nicht alle Betheiligten einverstanden sind.“

Fragen wir nun: wer sind die an der Reichsverfassung Betheiligten?

Die Reichsverfassung selbst sagt es uns. Sie beginnt mit den Worten:

S. M. der König von Preußen im Namen des Norddeutschen Bundes, S. M. der König von Bayern, S. M. der König von Württemberg, S. K. G. der Großherzog von Baden und S. K. G. der Großherzog von Hessen und bei Rhein für die südlich vom Main gelegenen Theile des Großherzogthums Hessen schließen einen ewigen Bund. . . . Dieser Bund wird den Namen Deutsches Reich führen und wird nachstehende Verfassung haben.

Hier sind also alle an der Reichsverfassung Betheiligten aufgezählt, ohne deren Zustimmung nach Bismarcks Rath nichts an dieser geändert werden soll.

Es ist charakteristisch, daß das deutsche Volk, das doch auch sozusagen an der Reichsverfassung theilhaftig ist, nicht mit aufgeführt wird. Das ist aber so die Art der Diplomaten und Staatsmänner; für sie existirt nur der Fürst und nicht das Volk.

Für wen ist nun Bismarck besorgt, welchen der Betheiligten glaubt er durch eine etwaige Veränderung der Reichsverfassung gefährdet?

Den Kaiser doch etwa nicht? Von wem sollte der etwas zu fürchten haben? Er ist der mächtigste unter den deutschen Bundesfürsten und auch nach der Verfassung derjenige, welcher unter ihnen die einflussreichste Stellung besitzt: ihm steht das Präsidium des Bundes zu und er hat als solcher eine Reihe der bedeutungsvollsten Sonderrechte.

Der deutsche Kaiser und preussische König braucht also keine Furcht vor Verfassungsänderungen zu haben und für ihn ist Bismarck auch wohl nicht sonderlich besorgt.

Etwas anders liegt die Sache schon mit den übrigen deutschen Bundesfürsten. Ihre Macht, ihre Rechte und ihr Ansehen sind seit der Gründung des deutschen Reiches nicht größer, sondern immer kleiner geworden. Sie üben die meisten ihrer Hoheitsrechte nicht mehr selbstständig und frei, sondern gemeinsam im Bundesrathe aus, wo sich die Minorität der Majorität fügen, wo also der Einzelne sich Beschränkungen im Gebrauch seiner Hoheitsrechte auferlegen lassen muß. Ja noch mehr, einzelne Hoheitsrechte sind rechtlich, andere und noch bedeutsamere **thatsächlich an Preußen übergegangen!**

Die Rechte der Bundesfürsten sind also gefährdet, gefährdet durch Preußen, für sie erhebt Bismarck seine Stimme, sie will er vor weiteren Schwächerungen bewahren, indem er den Aufruf erschallen läßt, die Reichsverfassung zu schützen. „Pflegen Sie die Verfassung, wachen Sie eifersüchtig darüber, daß die Rechte nicht angetastet werden, die sie schützt.“

Der alte Angstruf, der, als er vor bald 30 Jahren erscholl, Laffalle zu sagen berechtigte: diese Verfassung liegt in ihren letzten Jügen, sie ist schon so gut wie todt, einige Jahre noch und sie existirt nicht mehr!

Und heute bewährt sich die Wahrheit seines Ausspruches von Neuem. Was er damals von der preussischen Verfassung voraus sagte, das gilt heute von der deutschen Reichsverfassung: sie liegt in ihren letzten Jügen, sie ist so gut wie todt, einige Jahre noch und sie existirt nicht mehr.

Vergebens sucht Fürst Bismarck die Rechte der Bundesfürsten durch Erhaltung der Reichsverfassung zu retten.

Vergebens ruft er die aufwachsende Generation der Bourgeoisie zu ihrem Schutz und Schirm auf.

Er gleicht in diesem Thun jenen Priestern, von denen eine morgenländische Sage erzählt, daß sie den verblichene Salomo nach seinem Tode einbalsamirt auf den Thronfessel angeleimt hätten, um dem Volke seinen Tod — aus Furcht vor einer Umwälzung — verheimlichen zu können.

Und es wird dem Fürsten Bismarck auch gehen wie jenen Priestern, von denen die Sage weiter erzählt: „Als der todt Salomo einst auf seinem Thron vor dem Volke ausgestellt war, da hatten die Holzwürmer den einen der Sesselbeine völlig durchnagt, so daß die Leiche sammt dem Throne umstürzte.“

Da sah das gläubige Volk erst, daß Salomo schon lange todt gewesen, obwohl es ihn für lebendig gehalten und es gab sich einen neuen König.“

Ein solcher todt Salomo ist die heutige Reichsverfassung, der Holzwurm aber, der an ihr nagt, ist der Zäjarismus. Wann dieser sein Werk vollbracht hat, wissen wir nicht. Nur das ist gewiß, daß eines Tages auch die todt Reichsverfassung sammt ihrer morschen bundesstaatlichen Grundlage zusammenbrechen und an ihre Stelle eine lebendige Reichsverfassung auf einheitsstaatlicher Basis treten wird.

Die Entwicklung der Volkswirtschaft ebnet ihr seit einigen Jahren schon das Terrain. Aufgabe des Proletariats ist es, nur dafür zu sorgen, daß nicht der Zäjarismus, sondern die Demokratie sich des Bauplatzes bemächtigt.

Die Sozialdemokratie und die Bauern und Kleinbürger.

Zur Kritik des Programmwerfs.

Wir sind die entschiedensten Gegner jeder Verwischung des proletarischen Charakters unserer Partei. Die Sozialdemokratie ist lediglich eine Bewegung des Proletariats und kann nur durch das Proletariat zum Siege gelangen. Aus irgend einem Grunde KonzeSSIONen an eine naturgemäß untergehende Klasse zu machen, wie es Bauern und Kleinbürger sind, wäre deshalb der größte Fehler, den wir begehen könnten. Hat es doch sogar schon große Gefahren, derartige Elemente überhaupt in größerer Menge in der Partei zu haben, selbst wenn sie voll auf ihrem Standpunkt stehen.

Indessen kann man diese Fehler wohl verhüten und trotzdem auf diese Kreise Rücksicht nehmen.

Bauern und Kleinbürger haben bei uns keine Partei, die ihre Interessen vertritt. Höchstens die Antisemiten, und das ist eine so lächerliche Gesellschaft, daß selbst der ganze Anhang, den sie gefunden haben, sich eben nur daraus erklärt, daß keine Besseren da waren.

Außerdem zeigt ein Blick auf unsere Parteiverhältnisse, daß eine relativ sehr große Zahl gerade der hervorragendsten Genossen nicht Arbeiter, sondern Kleinbürger sind. Der Grund ist ja klar: diese Leute sind wirtschaftlich unabhängiger und riskiren nicht bei jedem Auftreten ihre Existenz, und sie haben mehr Muße und Geld wie der Arbeiter, wodurch ihnen das Studium erleichtert wird.

Endlich ist zu erwägen, daß die Bauern eine starke Stütze der Reaktion sind. Das ländliche Proletariat, obwohl in derselben Dummheit erhalten, ist weit weniger geneigt, sich als Knüttelgarde für die bestehenden Verhältnisse gebrauchen zu lassen. Wenn man eben gar nichts zu verlieren hat, so machen selbst die gräulichsten Geschichten vom „Theilen“ keinen Eindruck, sondern stimmen höchstens sympathisch für die „Theiler“.

Wenn man sich an diese beiden der Vernichtung entgegenstehenden Klassen wendet, so natürlich nicht etwa mit Verprechungen, deren Erfüllung, wenn sie überhaupt möglich wäre, reaktionär wirken würde. Ihre Lage unter den bestehenden Verhältnissen zu verbessern, können wir ihnen nicht versprechen. Aber wir können ihnen beweisen, daß ihre Lage überhaupt nicht verbessert werden kann, daß sie zum Untergang bestimmt sind, und daß erst die neue Gesellschaft, welche das Proletariat schafft, auch sie, freilich unter ganz anderen Bedingungen, befriedigt. Aber daß jede Partei, welche ihnen durch irgend welche Mittel helfen will, sie nur beschwindelt, daß es allein die Sozialdemokratie ehrlich meint, und daß, je früher das Proletariat zum definitiven Sieg gelangt, desto früher ihre Erlösung stattfindet.

In diesen Ausführungen ist durchaus nichts Neues, und das hat die sozialdemokratische Partei von jeher gesagt. Auch im Programm ist das berührt. Was wir wünschen, ist nur, daß das im Programm deutlicher und klarer ausgedrückt wird, damit man bei der Agitation die Leute gleich darauf verweisen kann.

Das Uebel, woran der Kleinbürger krankt, ist, daß das Kleinkapital nicht mit dem Großkapital konkurriren kann. Die beiden Parteien, welche sich an ihn drängeln, haben dafür jede ein Rezept gehabt: die Fortschrittler mit ihren Klassen und Unterstützungsvereinen, wodurch sie Kapital bekommen sollten, und die Antisemiten dadurch, daß sie das große Kapital auf irgend eine Weise vernichten wollen. Wenigstens scheint das der Kern des unklaren Schimpfens auf Großmagazine u. s. w. zu sein.

Den Unsinn der ersten Lösung haben die Leute wohl eingesehen, und wenn sie trotzdem noch zum Freisinn halten, so geschieht das aus dem Grunde, weil ihnen andere Parteien auch nicht mehr bieten, und hier können sie doch wenigstens etwas raisonniren. Die antisemitische Idee hat noch keine praktische Probe bestanden, und in die Lage, eine solche zu bestehen, kommt sie natürlich auch

nie. Aber da der Ertrinkende sich selbst an einen Strohhalm klammert, und die Regierung außerdem das Handwerk immer ihrer Sympathie versichert, so ist diese Hoffnung doch immer noch besser als gar keine.

Es müßte nun im Programm betont werden, daß die erste Lösung unsinnig ist, weil eben viele Nullen noch keine Eins machen; und die zweite, weil das Großkapital trotz aller Redereien doch die Macht in der Hand hat und sich nicht selber absetzen wird, daß es ein unwiderstehlicher Entwicklungsprozeß ist, der da vor sich geht.

Außer dem Kleinbürgerthum, welches offenkundig verschwindet, existirt, namentlich bei uns, aber noch ein solches, das eine Scheinexistenz weiter fristet. Das ist derjenige Theil, welcher sich zur Hausindustrie umbildet. Hier scheint uns sogar eine unrichtige Ausdrucksweise des Programms vorzuliegen. Diese Leute werden nicht von den Arbeitsmitteln getrennt, bei ihnen ist im Gegentheil der Umstand, daß sie noch im Besitz ihrer Arbeitsmittel sind, der Grund zu einer noch ärgeren Knechtschaft, als bei dem freien Arbeiter. Auch das müßte u. E. im Programm Erwähnung finden.

Etwas anders wie beim Kleinbürger liegen die Dinge beim Bauern. Da seine Produktion zu einem sehr großen Theil auf den Selbstbedarf gerichtet ist, so kann er nicht so leicht durch dieselben Umstände aus dem Sattel gehoben werden, wie der Kleinindustrielle, der doch nur für den Markt arbeitet. Bei ihm ist es also nicht so sehr die Konkurrenz des großen Kapitals, das ihn vernichtet, sondern die Hypothekenbelastung. Ihm muß also erklärt werden, daß er ja eigentlich gar nicht der Besitzer seines Gutes ist, sondern nur der Frohnarbeiter für den Hypothekenbesitzer; daß er da womöglich noch härter arbeiten muß und noch weniger verdient, wie als Arbeiter. Wir sind neugierig, was der Herr Pastor Iskraut geantwortet hätte, wenn die Sozialdemokraten zu Worte gekommen wären und den Bauern gesagt hätten, daß die Sozialdemokratie ihnen gegenüber im Grunde weiter nichts will, als sie von den Hypotheken zu befreien. Wir glauben, daß dieses eine Argument stärker gewirkt hätte wie alle Posaunen und Predigten ihres würdigen Seelenhirten, und es wäre nicht so ganz unmöglich, daß die Leute schließlich den Herrn Pastor durchgeprägt hätten, statt die Sozialdemokraten. Das ist alles schon dagewesen.

Wenn wir unsere Ausführungen für das Programm formuliren sollten, so würden wir demnach ungefähr folgende Sätze vorschlagen: (Zwischen dem zweiten und dritten Absatz.)

„Was von der bäuerlichen und bürgerlichen Mittelklasse besteht bleibt, wird gerade durch den Besitz der Arbeitsmittel noch mehr ausgebeutet: die Bauern, welche unter der Last der Hypotheken erliegen und nur scheinbar Besitzer, in Wirklichkeit Frohnarbeiter des Kapitals sind, und die kleinen selbstständigen Gewerbetreibenden, welche für den Absatz ihrer Produkte lediglich auf die Unternehmer angewiesen sind, und deren Verdienst noch tiefer gedrückt wird, als der der besitzlosen Arbeiter.“

Was von der Mittelklasse dieser Frohn nicht unterliegt, wird vom Großkapital niederkonkurriert. Das kann weder durch Vorschußvereine u. dergl. verhindert werden, weil aus vielen Nächten nicht ein Großkapital entstehen kann; noch durch eine Belämpfung des Großkapitals durch die Gesetzgebung, da dasselbe ja die Gesetzgebung selbst in der Hand hat.“

Zahlungspflicht des Redakteurs im Prozeßfalle.

H. T. Unerdörtet und unentschieden blieb bis jetzt die Frage, ob und inwieweit ein Redakteur persönlich für Geldstrafe, Haft- und Prozeßkosten zahlungspflichtig ist. Trotzdem hat diese Frage gerade für die Arbeiterorganisationen ein großes Interesse, da deren Redakteure bei jeder geringfügigen Gelegenheit in kostspielige Prozesse verwickelt werden. Gewöhnlich besteht zwischen den Redakteuren und den Zeitungsverlegern ein Abkommen, dahingehend, daß der Verleger etwaige Geldstrafen bezahlt, sowie sämtliche Gefängnis- und Prozeßkosten trägt. Derartige Abmachungen sind in dem Verhältnis zwischen Verleger und Redakteur etwas Selbstverständliches geworden. Die Verpflichtung eines Zeitungsunternehmers zur Tragung aller mit dem Betriebe verbundenen finanziellen Opfer ist auch vollkommen logisch. Er ist der Eigentümer, in seine Tasche fließt der Gewinn; der Redakteur ist nur sein Angestellter, sein Arbeiter, der nichts als den üblichen Gehalt bezieht. Prozesse gehören im Zeitungsunternehmen zu etatsmäßigen Möglichkeiten. Der Verleger rechnet von vornherein damit; für ihn sind Strafen u. s. w. ein stehender Posten im Betriebsaufwand. Darum berücksichtigt er die Prozeß- und Gefängniskosten bereits bei der Preisfestsetzung des Blattes. Konsequenterweise fällt ihm dann auch die Zahlungspflicht zu, wenn der Redakteur bestraft wird. Indem er für die entstehenden pekuniären Opfer aufkommt, thut der Verleger nur das, was jeder andere Kapitalist ebenfalls thut, wenn er den Schaden trägt, der während der Arbeit ohne Schuld des Personals eintritt.

Die Selbstverständlichkeit dieser Verpflichtung ist wohl der Grund, daß bisher die beregte Frage noch zu keinen Erörterungen Anlaß gab. Seitens der Verleger wurden die Geldstrafen, die Haft- und Prozeßkosten wohl ohne Weigerung gezahlt — wenn vielleicht auch mit jähsaurer Miene. So wurde es nicht nöthig, eine gerichtliche Entscheidung hierüber anzurufen. Wie aber dann, wenn es wirklich einen Unternehmer gäbe, der sich weigert, die eingegangene Verbindlichkeit zu erfüllen? Wie würde

sich das Gericht zu der Frage stellen, wenn es den Streitfall entscheiden sollte? Würde es dem klagenden Redakteur Recht geben und den Verleger zur Zahlung verurtheilen? Man sollte meinen: ja! Denn der Vertrag liegt vor und jeder Vertragsbrüchige kann gerichtlich zur Erfüllung seiner Verpflichtungen gezwungen werden.

Allein, so einfach liegt in diesem Falle die Sache doch nicht! Selbst dann nicht, wenn das Vorhandensein eines bezüglichen Vertrages ausdrücklich festgestellt wird. Mir persönlich ist ein derartiger Fall passiert. Ich war Redakteur der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ und mußte schließlich aus bekannten Gründen zurücktreten. Mit der Firma Schönsfeld und Harnisch in Dresden, welche damals Besitzerin des Blattes war, hatte ich ebenfalls das übliche Abkommen getroffen, wonach von ihr u. a. die Kosten für Selbstbelästigung und Selbstbeschäftigung während etwaiger Strafverbüßung erstattet werden sollten. Als die betreffende Firma zur unentgeltlichen Hergabe des Blattes an die Partei gezwungen wurde, übernahm die Partei laut schriftlichem Vertrag all' jene Verbindlichkeiten, welche die früheren Besitzer mit ihren Redakteuren eingegangen waren. Sonach wäre die sozialdemokratische Partei Dresdens zur Tragung der aus Preßprozessen erwachsenen Opfer verpflichtet gewesen. Unmittelbar hatten sich die Redakteure freiwillig an die Firma Schönsfeld und Harnisch zu halten und dieser mußten die respektiven Beträge von der Partei zurückerstattet werden. So geschah es auch bezüglich meines Vorgängers. Nur bei mir weigerte sich die Dresdener Partei, resp. die von ihr eingesetzte Zeitungskommission, während meiner sechzehnjährigen Gefängnisstrafe die Kosten für Selbstbeschäftigung und Selbstbelästigung zu entrichten. Es bedarf keines Beweises, daß diese Weigerung mit den Gegensätzen und Differenzen zusammenhängt, die im vorigen Jahre in Dresden zum Konflikt und schließlich zur Expropriation der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ seitens der Partei führten. Da die Partei nicht zahlen wollte, war natürlich auch die Firma Schönsfeld und Harnisch nicht dazu zu bewegen. Um zu meinem Rechte zu gelangen, blieb mir nur der Klageweg übrig. Nachdem ich die Beteiligten auf diese Eventualität aufmerksam gemacht, ging ich klagbar gegen die osterwähnte Firma vor. Und hierbei mußte ich die Erfahrung machen, daß die Gerichte anderer Meinung sind.

Das Vorhandensein eines Vertrages, das die Firma zur Zahlung verpflichtete, ist vom Amtsgericht Dresden ausdrücklich festgestellt worden. An den Abmachungen selbst hat das Gericht nicht im Mindesten gezweifelt. Und doch wurde ich abgewiesen! Das Gericht erklärte einen derartigen Vertrag einfach für ungültig. Es stützt sich dabei auf eine Bestimmung des für Sachsen geltigen bürgerlichen Gesetzbuches, wonach Verträge, welche gegen die „guten Sitten“ verstößen, nichtig sind. Verträge dieser Art haben also nur Werth, solange der Verleger anständig genug ist, seine sachliche Verpflichtung zu erfüllen. Sobald er sich weigert, nützen jene Abmachungen nichts, sie können gerichtlich nicht geltend gemacht werden. Die entscheidende Stelle des Urtheiles lautet: „Nach vorstehenden Erwägungen erscheint der Vertrag, durch welchen der Zeitungsverleger sich dem Redakteur gegenüber verpflichtet, die von ihm aus § 20 Abs. 2 des Preßgesetzes etwa zu verurtheilenden Geldstrafen zu zahlen, als eine im Voraus zugesagte Begünstigung strafbarer Handlungen und darum gegen die guten Sitten verstößend. Was aber von den Geldstrafen gilt, muß in gleicher Weise auch von den sonstigen, aus der Verurtheilung folgenden pekuniären Nachtheilen, soweit sie gesetzliche Folge der Verurtheilung sind, gelten. Die Pflicht zur Tragung der Kosten des Strafverfahrens, insbesondere der Strafvollstreckungskosten, ist in der Strafprozeßordnung § 497 als unmittelbare Folge der Verurtheilung hingestellt. Demnach erscheint der Vertrag, auf welchen Kläger seinen Anspruch stützt, gemäß B.G.B. § 90, 793 als nichtig.“ (Vergl. auch Wengler's Archiv 1881, S. 61.)

Materiell hat mir also das Amtsgericht thatsächlich Recht gegeben — es erklärt nur den Vertrag für formell unzulässig. Daß der Richter die Abmachung zu einer „unsittlichen“ stempelt, entspricht ganz der Anschauungsweise unseres Richtertums. Gegen die zitierte Argumentation, namentlich gegen die Anwendbarkeit jenes „Unsittlichkeitsparagrafen“ auf den fraglichen Vertrag ließe sich Vieles einwenden. Zunächst kann von einer Begünstigung strafbarer Handlungen nicht die Rede sein. Denn wenn auch der Zeitungsverleger die Kosten für Selbstbeschäftigung und Selbstverpflügung des Redakteurs zahlt, so wird doch damit preßgesetzliche Uebertretungen keinerlei Vorschub geleistet. Es macht keinem Redakteur Vergnügen, im Gefängniß zu sitzen. Soweit es ihm möglich, sucht er Strafprozesse zu vermeiden. Die Verurtheilungen treffen ihn meist völlig unerwartet. Er fühlt sich auch nach der Verurtheilung im Recht; und so lange er im Recht zu sein glaubt, kann von Böswilligkeit oder absichtlicher Gesetzesverletzung nicht gesprochen werden. Bei mir handelte es sich beispielsweise um sieben einzelne Beleidigungsfälle. In fünf Fällen wurde die Wahrheit des in den inkriminirten Artikeln Gesagten bewiesen, und doch erfolgte die Verurtheilung — weil die Form verlegend sei! Und so verhält es sich in den meisten Prozessen, mit denen die Zeitungsredakteure beglückt werden. Die Einleitung der Prozesse hängt nicht von den Publikationen der Zeitungen ab, sondern von der Verfolgungswuth unserer herrschenden Klassen gegen jede freimüthige Kritik; und der Richter verurtheilt, weil es das Interesse der Klassenherrschaft erheischt, als deren Beamter und Beschützer er

fungirt. Die Bestrafungen würden demnach um keinen einzigen Fall verringert werden, wenn der Redakteur alle damit verbundenen finanziellen Opfer aus seiner eigenen Tasche decken müßte.

Außerdem handelt es sich bei dem „unsittlichen“ Vertrage gar nicht um die Kosten der Strafvollstreckung im Sinne der Strafprozeßordnung, sondern um die Kosten für besondere Vergünstigungen. Die Gestattung der Selbstbeschäftigung und Selbstbelästigung erfolgt seitens der Gefängnisdirektion auf Grund landesgesetzlicher Vorschriften. In den Landgerichtsgefängnissen Sachsens werden derartige Vergünstigungen den politischen Gefangenen anstandslos zu Theil. Wenn sich ein Redakteur solche gesetzmäßige Erleichterungen erwirbt und der Zeitungsunternehmer die Kosten dafür entrichtet, so ist das kein Verstoß gegen die Strafprozeßordnung. Denn die letztere hat mit „Strafvollstreckungskosten“ nur diejenigen Kosten im Auge, welche der Gefangenenanstalt erwachsen, wenn sie den Gefangenen zu verpflegen hat. Die Kosten für Gewährung der Selbstbeschäftigung fallen überhaupt nicht unter die Vollstreckungskosten. Hier handelt es sich lediglich um die Befreiung vom Arbeitszwange. Wenn es „unsittlich“ ist, daß der Zeitungsunternehmer die Kosten für die Selbstbeschäftigung bezahlt, dann wäre es konsequenterweise nicht weniger unsittlich, wenn die Fabrikanten gegen Zahlung eines bestimmten Betrages Gefangene beschäftigen. Zudem weiß die jeweilige Anstaltsdirektion, daß der Redakteur die Kosten für die Vergünstigungen nicht selbst bezahlt, sondern sie vom Verleger zurückerhält. Somit würde die Gefängnisverwaltung ebenfalls strafbaren Handlungen Vorschub leisten, wenn es nach der amtsgewöhnlichen Auffassung ginge. Und die Verordnung, welche jene Vergünstigungen gestattet, wäre selbst ein Verstoß gegen die „guten Sitten“ des Landes! Solche Konsequenzen müßten doch ein Gericht stutzig machen.

Aber mit all' diesen Gegengründen läßt sich die Anschauungsweise eines Gerichtes nicht hinfallig machen. Ein Richter wird sich von Anderen in seinem Ideenkreise niemals führen lassen. In Sachsen zumal fühlt sich schon jedes Referendarchen zum Wächter die „guten Sitten“ berufen — so lange es sich nicht um sein eigenes Thun handelt. Alles, was hier den herrschenden Klassen nicht in den Kram paßt, wird zu einer Verletzung der „guten Sitten“ gestempelt. So ist ja auch für die sächsischen Verwaltungsbehörden, der Sozialismus etwas Unsittliches, und sozialdemokratische Vereine und Versammlungen werden als „unsittlich“ unterdrückt.

Bei solch reaktionärer Gesinnung im Beamtenthum, wie in der Gesetzgebung ist es doppelt bedauerlich, wenn Sozialdemokraten einen Redakteur zwingen, den Klageweg zu beschreiten, und wenn sie es dann bei dem abweisenden Erkenntniß des Richters bewenden lassen. Ein reaktionäres Urtheil, wie das gegenwärtig in Frage stehende, als rechtsgiltig und maßgebend anzuerkennen — macht der Sozialdemokratie wahrlich keine Ehre.

Die im Vorstehenden besprochene Frage hat nicht bloß für sächsische Redakteure Interesse. Auch das preussische Landrecht enthält einen ähnlichen Passus, wie das sächsische bürgerliche Gesetzbuch. Nach dem preussischen Landrecht*) sind Verträge ungültig, welche sich auf „unerlaubte“ Handlungen beziehen. Diese Bestimmung kann der richterliche Scharfsinn leicht in der Weise auslegen, daß die Uebertretung der Zahlungspflicht durch den Verleger zu den unerlaubten Handlungen gehört. Was im Streitfalle sächsischen Redakteuren passiert, kann daher auch in Preußen geschehen. Angesichts dieser Möglichkeit hielt es Schreiber dieses für geboten, die Frage an dieser Stelle zu erörtern und die Redakteure auf den richterlichen Standpunkt aufmerksam zu machen. Ein Streitfall, wie er an mich herantrat, kann jedem Redakteur vorkommen — obwohl man Vertragsbrüchigkeit namentlich seitens der sozialdemokratischen Partei am allerwenigsten erwarten sollte. In jedem Falle werden darum die Redakteure gut thun, wenn sie bei Uebertretung der Redaktion den Streitfall im Auge behalten. Es dürfte sich — auch in Preußen — empfehlen, Verträge obigen Inhalts mit den Verlegern nicht zu schließen, sondern den Gehalt derartig festzusetzen, daß der Redakteur Strafe und Kosten aus seiner Tasche decken kann.

Anmerkung der Redaktion:

Wir drucken den Artikel Teislter's ab, weniger weil wir glauben, daß seine Ausführungen einmal praktische Bedeutung haben werden, als um das ganz unqualifizirbare Vertrauen der Dresdener Genossen in diesem Fall an die Oeffentlichkeit zu bringen. Mag vorgefallen sein, was will, und mag man einen Gegner mit sachlichen Gründen noch so schroff entgegengetreten sein, derartige persönliche Schädigungen müssen immer auf's Schärfste verurtheilt werden, namentlich bei Sozialdemokraten. Nach unserer Schätzung, und wir glauben, daß alle Genossen darin übereinstimmen, war das Halten des Vertrages die einfachste Anhandspflicht.

Verschiedenes.

— Das stetige Anwachsen des ländlichen Proletariats schreitet mit Riesenschritten vorwärts. In einem Separatabdruck aus der Zeitschrift des bayer. statistischen Bureau's veröffentlichte die Regierungsrath's Rasch eine Statistik über die zwangsweise Veräußerung landwirthschaftlicher Anwesen in Bayern nach dem Stande des Jahres 1890 mit einigen Rückblicken. Wir entnehmen den interessantesten amtlichen Ermittlungen nachstehende Mittheilungen: Die Gesamtzahl der während des Jahres 1890 zwangsweise veräußerten landwirthschaftlichen Anwesen war 1198 mit einer Gesamtgrundfläche von 7971,33 Hektar, so daß sich die Durchschnittsgröße eines Anwesens auf 6,65 Hektar beläuft. Unter der Gesamtzahl der dem Zwangsverkauf unter-

legenen landwirthschaftlichen Anwesen befinden sich 965, d. i. 80,6 pCt. kleinere Anwesen (bis zu 10 Hektar) und 233, d. i. 19,4 pCt. mittlere Anwesen (über 10 bis 100 Hektar); von größeren Anwesen (über 100 Hektar) wurde in diesem Jahre keines dem Zwangsverkauf unterstellt.

— Es ist bekannt, daß die Arbeiterwohnungsstände besonders in solchen Distrikten sehr viel zu wünschen übrig lassen, wo in Folge starker industrieller Entwicklung eine Verdichtung der Bevölkerung stattgefunden hat. Bezeichnend ist, was die Handelskammer zu Halberstadt für die Stadt Halberstadt in dieser Beziehung durch eine Enquete festgestellt hat. Von 428 befragten Arbeiterhaushaltungen zu 1917 Köpfen hatten

204 Familien nur 1 Stube und 1 Kammer
66 „ „ 1 „ „ 2 „
7 „ „ 2 „ „ 1 „

61,7 pCt. aller befragten Haushaltungen hatten nur über den Typus der kleinsten Wohnung (1 Zimmer und 1 Kammer) zu verfügen, dabei hatten noch viele dieser Wohnungen gemeinschaftliche Küchen, 4—5 Familien müssen einen gemeinsamen Abort benützen, und so ergaben die Ermittlungen noch viele andere höchst betrübende Thatsachen.

— Von dem wöchentlichen Verdienst eines in der Hausindustrie beschäftigten Webers in der Zeit von Mitte Januar bis Mitte Juni bringt die „Chemnitzer Presse“ folgende Tabelle:

Wochen.	Anzahl der Weber.	Gesamtsumme des Lohnes.	Durchschnitts-verdienst eines Webers.
1	11	90,40 Mk.	8,22 Mk.
2	26	255,88	9,84
3	26	220,45	8,48
4	27	210,80	7,81
5	28	184,05	6,57
6	27	244,38	9,05
7	30	255,12	8,50
8	30	226,70	7,56
9	18	137,84	7,66
10	29	287,16	9,90
11	27	224,74	8,33
12	26	204,55	7,87
13	28	246,57	8,80
14	27	247,81	9,18
15	31	297,64	9,60
16	22	167,86	7,63
17	29	244,95	8,45
18	15	124,19	8,28
19	29	274,53	9,46
20	27	293,32	10,86

Daß die Zahl der wöchentlich Lohn erhaltenden Arbeiter eine schwankende ist, erklärt sich daraus, daß der jetzige Geschäftsgang ein schlechter ist, und dementsprechend die Arbeiter theils auf Schuß theils auf Kette warten müssen; ferner, daß ältere Arbeiter dabei sind, denen ein Stück die Woche zu fertigen unmöglich ist, und daß die hohen Feste beeinflussend auf den Verdienst der nach Stück arbeitenden Weber wirken. Hier von sind nun 8—10 Prozent für Spulgeld in Abrechnung zu bringen.

Frauenlöhne. Die Arbeiterin A. hat 5 Stück Käufer von 1 Meter Länge in Füll- und Stiefstich, pro Stück 1 Mk. 20 Pf., zu liefern. Sie braucht zu jedem Käufer 3—4 Tage, wenn sie von 6 Uhr früh bis Abends 6 Uhr, also 12 Stunden arbeitet; an 5 Käufern würde sie demnach 3 mal 5 Tage, also 15 Tage stunden, was einen Arbeitslohn von 6 Mark ergäbe, wenn ihr nicht noch 1 Mark 50 Pf. für Stückerwerb davon abgezogen würde, so daß ihr also nur 4 Mark 44 Pf. bleiben — als Arbeitslohn für 15 Tage! — Die Stickerin B. liefert einen 1 1/2 Meter langen und 50 Ctm. breiten Tischläufer, den sogen. Rokotoläufer, welcher tafelförmig Menschengruppen darstellt, in Füllstich und braucht dazu bei fleißiger Arbeit 5 Tage. Sie würde dafür 1 Mark 20 Pf. erhalten, wenn ihr nicht noch 20 Pf. für Stückerwerb in Abzug gebracht würden. — Die Stickerin C. übernimmt 6 Handtücher, in Seide anzuführen. Dazu gehört eine recht leichte geschickte Hand, zugleich auch einige Kenntniß in der Farbenzusammenstellung. Diese Arbeit wird verhältnismäßig auch besser bezahlt. C. soll 2 Mark für das Handtuch erhalten, allein 75 Pf. gehen für jedes Handtuch für Seide ab. 75 mal 6 ist gleich 4 Mark 50 Pf., so daß ihr für zwölftägige Arbeit 7 Mark 50 Pf. bleiben. (Münch. Post.)

— Eine Lohnstatistik hat die Reichenberger Handels- und Gewerbelammer für ihr Gebiet versucht. Die Zahlen sind freilich sehr mangelhaft. Die Statistik erstreckt sich über 1131 Betriebe mit 57857 männlichen und 41957 weiblichen Arbeitern. Der durchschnittliche Wochenlohn für alle Arbeiter ohne Unterschied des Geschlechts beträgt 4 fl. 96 kr., der Wochenlohn für männliche Arbeiter ohne Unterschied des Alters 5 fl. 92 kr., für erwachsene Männer 6 fl. 13 kr., für weibliche Arbeiter 3 fl. 63 kr., für erwachsene weibliche Arbeiter 3 fl. 72 kr. Von den Männern fanden 41 Prozent, von den Frauen 66 Prozent im Arbeiterlohn. Der hauptsächlichste Industriezweig, der im Gebiete der Kammer betrieben wird, ist die Textilindustrie; in dieser Branche bezog der größte Theil der Arbeiter einen Wochenlohn von 4—7 fl., 1/4 der weiblichen Arbeitskräfte einen solchen von 2,50—4 fl. Die höchsten Löhne für Männer wurden in den Bergwerken, wo nur Männer verwendet werden, gezahlt. Die höchsten Durchschnittslöhne in jenen Betrieben, wo Arbeiter beiderlei Geschlechtes in Verwendung stehen, werden in den Walzwerken gezahlt und betragen für Arbeiter über 16 Jahre 12 fl. 41 kr. In der Schafwollspinnerei ist der Durchschnittslohn 6 fl. 24 kr., in der Appretur 5 fl. 70 kr., in der Baumwollspinnerei 4 fl. 85 kr., am geringsten ist der Durchschnittslohn bei der Erzeugung von Filz- und Strohhüten, Krabatten, Schuh-Obertheilen, Strick- und Hädelgarnen, nämlich 3 fl. 42 kr. bis 3 fl. 59 kr. Die Lohnziffern sind in Wirklichkeit noch bedeutend niedriger, als sie in der Publikation der Reichenberger Kammer angegeben sind. Die Kammer hat nämlich über 2000 Fragebogen ausgesendet und diese kamen von wenig mehr als der Hälfte Unternehmungen ausgefüllt zurück. Wenn auch ein Theil der nicht zurückgelangten Fragebogen durch Zufall nicht zurückgekommen sein mag, so ist doch anzunehmen, daß gerade jene Betriebe, welche die niedrigsten Löhne zahlen, Ursache hatten, die Fragebogen zurückzuhalten. Es sind also obige Ziffern nur mit Vorbehalt anzunehmen und würden dieselben, wenn die vollständige Rücksendung aller Fragebogen erreicht worden wäre, bedeutend niedriger sein.

Briefkasten.

Unsere Freunde werden ersucht, uns behufs weiterer Verbreitung des Blattes Adressen von solchen Personen anzugeben, welche eventuell abonniren würden.

Agitationsnummern versenden wir gratis und franto.

Fortbildungverein Eger Böhmern. 1,80 M. erhalten. Besten Gruß die Expedition.

Abonnent Iserlohn. „Deutsche Metallarbeiterzeitung“ Nürnberg, Weigenstr. 12.

Hierzu 2 Beilagen.

Was sollen wir also thun!

Von Graf Leo Tolstoi. Deutsch von August Scholz.
VII.

Die Unglücklichen, welche ich als unterjüngungsbedürftig notirt hatte, zerfielen in meiner Vorstellung von selbst in drei Gruppen, und zwar erstens in solche, die ihre frühere angenehme Stellung verloren hatten und eine Rückkehr in dieselbe erhofften (und solcher Leute gab es sowohl von niedrigem wie von höherem Stande), zweitens in lasterhafte Frauenzimmer, deren es in diesen Häusern sehr viele gab, und drittens in Kinder. Die meisten von denjenigen, welche ich aufgeschrieben hatte, gehörten der ersten dieser drei Gruppen an. Es gab solcher Stellenlose gar viele in diesen Häusern, darunter namentlich zahlreiche Leute aus besserem Stande und aus der Beamtenwelt. Fast in jedem Quartiere, das wir mit Iwan Fedotytsch betraten, machte dieser die Bemerkung: „Hier brauchen wir die Karten nicht selbst auszufüllen, hier giebt es Jemanden, der das versteht, wenn er nur nicht zufällig gerade betrunken ist.“

Darauf rief Iwan Fedotytsch bei Namen und Vaternamen den Betreffenden auf, der in der Regel ein solcher Verkommener von höherem Stande war. Auf den Ruf des Quartierwirths tauchte irgendwo aus einem dunklen Winkel ein ehemaliger reicher Edelmann oder Beamter auf, zumeist betrunken und fast ohne Oberkleider. War er nicht betrunken, so machte er sich jedesmal gern an die ihm zugedachte Arbeit, nickte würdevoll mit dem Kopfe, machte seine Bemerkungen unter Anwendung allerhand von Fachausdrücken, nahm nicht ohne eine gewisse vorsichtige Järllichkeit das rothe Zählformular in seine zitternden, unsauberen Hände und blickte mit Stolz und Verachtung auf seine Zimmergenossen, als ob er, den sie so oft erniedrigt hatten, nun den vollen Triumph seiner überlegenen Bildung genießen wollte. Er freute sich offenbar, wieder einmal in jener Welt in Verührung zu kommen, in welcher es gedruckte Formulare auf rothem Papier giebt, mit jener Welt, in der er selbst einmal gelebt hatte. Fast immer bekam ich von diesen Leuten auf meine Fragen nicht nur bereitwillige Antworten, sondern sogar ganze umfangreiche Lebensberichte, die wie ein Gebet eingepreßt zu sein schienen. Mit förmlicher Begeisterung erzählten sie mir von dem Unglück, das sie betroffen, namentlich aber von ihrer einstmaligen Stellung in der Gesellschaft, die sie nach ihrer Erziehung auch jetzt noch innehaben müßten.

Ich fand sehr viele dieser Leute in allen Ecken des Michanowischen Hauses zerstreut. Eins der Quartiere war durchweg von solchen Leuten — Männern und Weibern — eingenommen. Als dieses Quartier an die Reihe kam, äußerte Iwan Fedotytsch zu uns:

„Na, jetzt kommen wir zu unjeren Herrschaften vom Adel.“

Das Quartier war ganz von Menschen angefüllt; fast alle, gegen vierzig an der Zahl, waren zu Hause. Nirgends im ganzen Hause gab es so viele gesunde und unglückliche Menschen mit theils aufgebunnenen, theils blaffen, theils jungen und theils alten Gesichtern. Ich redete einige von ihnen an. Es war fast immer dieselbe Geschichte, die ich zu hören bekam, nur in verschiedenen Entwicklungsstadien. Jeder von ihnen war entweder selbst einmal reich gewesen, oder sein Vater oder Bruder oder Oheim war einst reich gewesen oder war noch reich, oder er selbst oder sein Vater hatte einmal eine schöne Stellung gehabt. Dann kam das Unglück, an welchem entweder neidische Gegner oder die eigene Gutmüthigkeit oder irgend ein besonderer Zufall die Schuld trugen, und so ging denn alles verloren, und der arme Schluder gerieth in diese widerwärtigen, elenden Verhältnisse, mußte Lumpen voll Ungeziefer tragen, mit Trunkenbolden und Lotterbuben verkehren, von trockenem Brot und schlechter Wurst leben und die Hand nach Almosen ausstrecken.

Alle Gedanken, Wünsche, Erinnerungen dieser Menschen sind einzig und allein auf die Vergangenheit gerichtet, die Gegenwart stellt sich ihnen als etwas Unnatürliches, Abscheuerregendes dar, das gar keine Beachtung verdient. Keiner von ihnen hat eine Gegenwart. Sie haben alle nur Erinnerungen an die Vergangenheit und Hoffnungen auf die Zukunft, die sich in jedem Augenblick erfüllen können, und zu deren Erfüllung nur sehr wenig nothwendig ist. Aber eben dieses Wenige fehlt und ist von nirgends her zu erlangen, und so geht denn ihr kostbares Leben dahin, bei dem Einen das erste Jahr, beim Andern das fünfte, beim Dritten das dreißigste. Der Eine bedarf nur eines anständigen Anzuges, um sich irgend einer vornehmen, ihm wohlgesinnten Person vorzustellen; der Andere braucht nur etwas Geld, um seine Schulden zu bezahlen und nach Drel zu fahren; ein Dritter möchte nur seine Sachen im Verhant auslösen und etwas Mittel in die Hand bekommen, um einen Prozeß zu Ende zu führen, der unbedingt zu seinen Gunsten ausschlagen muß. Sie alle behaupten, daß irgend etwas von außen her für sie geschehen müsse, damit sie wieder in diejenige Lebenslage kommen, die ihnen als

die für sie allein natürliche und ihr Glück begründende erscheint.

Wenn ich nicht durch meinen Tugendstolz so ganz befangen gewesen wäre, dann hätte ich nur ein klein wenig aufmerksamer in diese jungen und alten, größtentheils unbedeutenden und sinnlichen, doch dabei gutmüthigen Gesichter zu schauen gebraucht um zu begreifen, daß ihr Unglück durch äußere Mittel nicht zu beseitigen war, daß sie überhaupt in keiner Lebenslage glücklich sein konnten, wenn ihre Lebensauffassung dieselbe blieb, daß sie keineswegs irgend eine besondere, in besonders unglücklichen Verhältnissen lebende Menschenklasse waren, sondern daß sie ganz genau ebensolche Menschen waren wie wir selbst und wie diejenigen, die uns von allen Seiten umgeben.

Ich erinnere mich, daß mir die Verührung mit dieser Art von Unglücklichen ganz besonders peinlich war. Jetzt begreife ich, woher das kam: ich sah in diesen Menschen mich selbst wie in einem Spiegel. Wenn ich mich damals in mein eigenes Leben und in das Leben der Leute unseres gesellschaftlichen Kreises vertieft hätte, dann hätte ich gefunden, daß zwischen diesen einerseits und jenen Unglücklichen andererseits durchaus kein Unterschied existirte.

Wenn auch die Leute unserer guten Gesellschaft in den großen Wohnungen der vornehmen Stadtviertel wohnen und nicht hier im Michanowischen Hause, wenn auch ihre Speisen und Getränke nichts mit schlechter Wurst und Hering und trockenem Brot zu thun haben, so hindert das durchaus nicht, daß sie ganz ebenso unglücklich sind, wie jene unglücklichen Müßiggänger im Michanowischen Hause. Ganz ebenso wie jene sind sie mit ihrer gegenwärtigen Lage nicht zufrieden, beweinen sie ihre Vergangenheit und sehnen sie sich nach einer besseren Zukunft, und diese bessere Zukunft, nach welcher sie sich sehnen, ist genau dieselbe, wie die, nach welcher sich die Unglücklichen des Michanowischen Hauses sehnen, eine Zukunft nämlich, in welcher sie weniger arbeiten und dagegen größeren Nutzen von der Arbeit Anderer ziehen können. Der Unterschied ist nur ein quantitativer.

Wenn ich mich damals in den Gegenstand vertieft hätte, so hätte ich diese Thatsache schon damals begriffen; ich aber vertiefte mich nicht, sondern fragte diese Leute aus und machte mir Notizen über ihre Verhältnisse, indem ich der Meinung war, daß ich, sobald mir ihre Schicksale und ihre Bedürfnisse im Einzelnen bekannt sein würden, ihnen späterhin würde helfen können. Ich begriff nicht, daß man solchen Menschen nur helfen könne, indem man ihre Lebensauffassung verändert. Um aber die Lebensauffassung eines anderen Menschen zu verändern, muß man selbst eine bessere Lebensauffassung besitzen und derselben gemäß leben; ich aber hatte damals ganz dieselbe Lebensauffassung wie jene, und ich lebte in Uebereinstimmung mit eben jener Lebensauffassung, welche erst umgewandelt werden mußte, damit jene Menschen aufhörten, unglücklich zu sein.

Ich sah nicht das Eine, daß diese Menschen nicht deshalb unglücklich sind, weil ihnen die Nahrung überhaupt fehlt, sondern nur deshalb, weil ihr Magen verdorben ist und sie nicht Nahrung schlechtweg verlangen, sondern eine Nahrung, welche den Appetit reizt. Ich sah nicht das Eine, daß, um diesen Menschen zu helfen, man ihnen nicht Nahrung geben, sondern vielmehr ihren verdorbenen Magen kuriren müsse. Doch ich greife mit diesen Bemerkungen mir selbst vor und will hier nur noch bemerken, daß von allen jenen Leuten, welche ich aufnotirt hatte, ich thatsächlich nicht einem Einzigen wirklich geholfen habe, obwohl für einige von ihnen das, was sie wünschten, und was nach ihrer Meinung helfen sollte, thatsächlich geschehen ist. Ich erinnere mich ganz besonders dreier von diesen Personen. Alle drei sind nach zahlreichen Versuchen, sich emporzuheben, und nach ebenso vielen Rückschlägen heut in ganz derselben Lage in der sie sich vor drei Jahren befunden haben.

Internationaler sozialistischer Arbeiter-Kongress.

(Original-Bericht der „Berl. Volks-Tribüne“)
Brüssel, 18. August 1891.

3. Verhandlungstag. (Vormittagssitzung)
Vor Eingang in die Sitzung gruppieren sich die Delegirten nach den verschiedenen Nationen, um das gegenseitige Verständniß zwischen Kongress und Präsidium zu erleichtern. Den Vorsitz des Kongresses hat Amerika und Dänemark. Die Delegirten dieser Nationen ernennen aus ihrer Mitte Santal und Knudsen.

Santal eröffnet um 11 Uhr 35 Minuten die Sitzung und dankt für die Wahl. Amerika sei das Land, wo, mit Ueberspringung von Zwischengliedern in der Entwicklungsgeschichte der Gesellschaft, das moderne Kapital rascher amwächst, wie sonst wo. Der Besitz wächst dort um etwa 9 000 000 Dollars. Und das nennt man „Ersparniß“. Ersparniß ja. Aber an wem wird es gespart? In räuberischer Weise wird den Arbeitern weggenommen, damit die unthätigen Gesellschaftsmitglieder es durchbringen und verprassen. In gleicher Weise, wie sich der Besitz anhäuft, wächst auch das Elend. Das „freie“ Land ist dem Arbeiter zu einem Lande der Sklaverei gemacht worden. Darum hat denn Amerika auch in neuerer Zeit einen kräftigen Anlauf genommen und ist in die Arbeiterbewegung eingetreten. Nicht

lange wird es dauern und es spielt eine wichtige Rolle in derselben.

Geschäftlich theilte er noch mit, daß er den Vorsitz so führen werde, wie es in Amerika üblich, daß jeder, der das Wort wünscht, es schriftlich einzureichen beliebe und daß dem Vorsitzenden selbständige Entscheidungen über geschäftliche Dinge eingeräumt seien. Des weiteren bittet er, daß nach jeder Rede, bevor die Dolmetscher das Wort zur Uebersetzung bekommen, größtmögliche Ruhe herrsche. Es komme jedesmal vor, daß die die französische Sprache verstehenden Delegirten nach Anhören der Rede in eine Privatdiskussion eintreten und es dadurch den anderen Mitgliedern des Kongresses schwer machen, den Uebersetzer zu verstehen.

Baudin (zu einer vorherigen Mittheilung) bemerkt, daß soeben ein Brief eingegangen sei, wonach in Bignehies bei Jormies ein großer Streik ausgebrochen ist. Die Regierung hat Truppen entsendet. Man ist bemüht, den dortigen Fachverein aufzulösen. Das haben sich die Arbeiter nicht gefallen lassen, darum sind sie, 3000 an der Zahl, in einen Streik eingetreten. Er bittet, daß die Abgeordneten von Jormies auf dem Kongress diesen verlassen, um ihre Kräfte in den Dienst der Streikenden zu stellen. (Wird angenommen.)

Dervillier theilt ebenfalls vorher mit, daß aus Frankreich weitere 21 Delegirte eingetroffen sind. Darunter eine Vertreterin eines nur aus Frauen bestehenden Vereins. Die Franzosen repräsentiren nunmehr 713 Vereine.

Bolders (zu einer vorherigen Mittheilung): es sei unter weiter angekommenen Delegirten ein Spanier. Derselbe ist Anarchist. Das Bureau ist sich einig geworden, ihn nur unter den bei Romo gemachten Bedingungen zuzulassen.

Fernando Ramos, der in Rede stehende Delegirte, betont, daß er 55 Fachvereine vertritt. Die Geschichte der Arbeiterbewegung in Spanien ist die Geschichte des Anarchismus. Er komme nicht als Anarchist, sondern als Vertreter dieser 9000 Vereinsmitglieder. Im übrigen hätten die Anarchisten des öfteren sehr Muth bewiesen, als andere, welche nur im Parlamente erscheinen wollen.

Bolders bemerkt, daß bis jetzt keine Sitzung vergangen, ohne daß man uns zum Frühstück mit Anarchisten gekommen.

Iglesias, spanischer Sozialist, spricht gegen die Zulassung von Ramos. Die Vereine, welche dieser vertritt, haben sich gegen die Maidemonstrationen gesemmt und sich nicht geschaut, die Arrangements derselben zu beschmugen und schmäblisch zu verläumdern.

Schluss der Debatte einstimmig angenommen.
Die Abstimmung ergibt erdrückende Majorität für Nichtzulassung. Ramos und andere Anarchisten entfernen sich darauf.

Zur Berichterstattung über die Verhandlung der Kommission, welche den 1. Punkt der Tagesordnung diskutirt hat und welcher lautet:

„Ueber den gesetzlich geregelten Schutz der Arbeit vom nationalen und internationalen Standpunkt aus und über die zu seiner Ausdehnung und Ausführung einzuschlagenden Wege“

erhält das Wort

Bandervelde. Alle Komiteemitglieder sind einig darin, daß bezüglich der Arbeiterschutzgesetzgebung seit dem letzten internationalen Kongress im Jahre 1889 fast nichts gethan worden ist. Andererseits läßt sich nicht läugnen, daß sich ein moralischer Einfluß bei den Regierungen hat geltend gemacht, indem die internationale Konferenz nach Berlin zusammengerufen worden ist. In Amerika ist seit zwei Jahren ein Fortschritt nicht zu spüren. Vielmehr herrscht eine reaktionäre Tendenz vor. In den Südstaaten herrscht völliges absolutistisches Regiment. Besser ist es in den West- und Oststaaten, wo wenigstens die regierungsseitig angestellten Postbeamten eine 8stündige Arbeitszeit haben. Aber das habe auch eine zwanzig Jahre lange Agitation erst zuwege gebracht. In Deutschland sehe es traurig genug aus. Einem Schutze in gewisser Beziehung erfreuen sich nur Frauen und Kinder. Der österreichische Arbeiterschutz ist nur ein leeres Projekt. In Dänemark ist nichts gethan. Nicht einmal ein Vorschlag ist gemacht worden. Ein sozialistischer Abgeordneter hat am letzten Tage der Sitzung einen Vorschlag zum 8stündigen Arbeitstag eingereicht. Aber derselbe kam wegen der späten Einreichung nicht zur Verhandlung. Schweden hat einen kleinen Anfang gemacht, indem dort drei Fabrikinspektoren ernannt sind. In Ungarn bestehen Gesetze betreffs der Sonntagarbeit und Beschränkungen bei Krantheiten. Rumänien hat nur einige Gesetze zum Schutze der Landarbeiter in Aussicht gestellt. Die Schweiz kennt wenigstens den 11stündigen Arbeitstag und gewährt Frauen und Kindern Schutz. Das Bestreben, die Arbeitszeit weiter zu verkürzen, ist unverkennbar. In Frankreich bestehen Gesetze zum Schutze der Minenarbeiter, Kinder und Frauen. Außerdem ist ein Arbeitsamt und Arbeitsräthe eingesetzt. In England hat die Berliner Konferenz einen gewissen Optimismus wachgerufen. Vor 11 Jahren galt dort der 12stündige Arbeitstag. Man glaubt, daß die Berliner Konferenz dazu beitragen wird, den 8stündigen Arbeitstag gesetzlich festzusetzen. Belgien hat seinen Arbeiterschutz nur auf dem Papier. Gerade hier thun die Fabrikinspektoren am wenigsten ihre Pflicht. Holland hat ein Gesetz über Frauen- und Kinderarbeit. Eine Bedeutung hat das aber weiter nicht.

Nach diesen Einzelheiten appellirt Referent an den Kongress und fordert ihn auf, dafür Sorge zu tragen, daß die Beschlüsse des internationalen Kongresses von 1889 zur Ausführung gebracht werden.

Die Kommission bringt darauf folgende Resolution zur Berlesung, welche innerhalb derselben einstimmige Annahme gefunden hat.

„Der Kongress erklärt:

Die seit dem internationalen Kongress zu Paris im Jahre 1889 in den einzelnen Ländern erlassenen Arbeiterschutz-Gesetze und Verordnungen entsprechen in keiner Weise den berechtigten Ansprüchen der Arbeiterklasse.

Insbondere haben die Verhandlungen der internationalen Arbeiterschutz-Konferenz zu Berlin, deren Einberufung zugestandenemmaßen unter dem Eindruck des Pariser Kongresses stattfand und insofern als eine Konfession an die Arbeiterklasse zu betrachten ist, bewiesen, daß die Regierungen bis jetzt weder die Einsicht noch den Willen besitzen, ihren Pflichten gegenüber der Arbeiterklasse gerecht zu werden.

Dagegen haben die Verhandlungen der Arbeiterschutz-Konferenz zu Berlin verschiedenen der beteiligten Staaten den Vorwand geliefert, unter Hinweis auf jene Beschlüsse und auf die Mangelhaftigkeit der Arbeiterschutz-Gesetzgebung in anderen konkurirenden Ländern von jeder weitergehenden Schutzgesetzgebung abzusehen, ein Verfahren, welches der Kongress, weil unläuterer Absichten entpringend, auf das Entschiedenste verurtheilen muß.

Desgleichen konstatiert der Kongress, daß die bestehende, an und für sich mangelhafte Arbeiterschutzesetzgebung ungenügend gehandhabt und kontrolliert wird.

Der Kongress fordert daher die Arbeiterklasse aller Länder auf, durch eine energische Agitation und mit allen der Arbeiterklasse der einzelnen Länder zweckmäßig erscheinenden Mitteln für die Beschaffung des Pariser Kongresses einzutreten, auch wenn diese Agitation zunächst keinen anderen Erfolg hat, als der Arbeiterklasse der einzelnen Länder zu beweisen, daß die herrschenden und ausbeutenden Klassen jeder wirksamen Arbeiterschutzesetzgebung feindselig gegenüberstehen.

Des Weiteren fordert der Kongress:

In Anbetracht der Notwendigkeit einer einheitlichen Leitung der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung, insbesondere mit Rücksicht auf die Arbeiterschutzesetzgebung, die Arbeiterorganisationen und Parteien auf:

1. In jedem Lande eine permanente Enquete über die Arbeitsbedingungen mit Rücksicht auf die Arbeiterschutzesetzgebung zu organisieren.

2. Sich gegenseitig diejenigen Mitteilungen zu machen, welche notwendig sind, um die Arbeiterschutzesetzgebung einheitlich zu gestalten.

3. Endlich ermahnt der Kongress die Arbeiter der ganzen Erde, ihre Kräfte zu einigen gegenüber dem Widerstand der kapitalistischen Bourgeoispartei, und überall da, wo sie im Besitze der politischen Rechte sind, ihre Stimme allen denen zu verleihen, welche sich nicht verpflichten, diese ihre Forderungen zu unterstützen.

Da die Zeit zu sehr vorgerückt ist, geht man in die Plenardiskussion nicht mehr ein. Die Sitzung wird um 12 Uhr geschlossen.

Nachmittags-Sitzung um 3 Uhr.

Plenardiskussion über Punkt 1 der Tagesordnung.

Santia (Amerika) eröffnet die Sitzung und erteilt, ehe in die Diskussion eingegangen wird, dem Abgeordneten der irischen Londoner Tischler und Zimmerleute,

Burton, das Wort. Derselbe bittet um die Sympathie des Kongresses für die Streikenden, die sich bereits seit sechszehn Wochen im Auslande wegen des Achtundtages und Abschaffung der Ueberarbeit befinden. Es arbeiten nur etwa 25 holländische Tischler, denen die Londoner gern das Festgeld nach Hause ersatteten wollen, wenn es gelingt, sie von London fortzubringen. Er bittet, da bei jedem Streik Geldmittel nötig sind, den Kongress um materielle Unterstützung, soweit es jedem möglich.

Auerbach hat von den kaufmännisch Angestellten männlichen und weiblichen Geschlechts in Berlin Mandat erhalten, dieselben hier zu vertreten. Er würde die kostbare Zeit des Kongresses nicht in Anspruch nehmen, wenn es nicht gerade auf diesem Kongresse das erste Mal wäre, daß diese Branche von Arbeitern und Arbeiterinnen sich hätte vertreten lassen. Die Arbeiter im Bureau und hinter dem Ladentische leiden unter dem Druck einer harten Ausbeutung. Arbeitszeiten bis zu 16, 17 Stunden pro Tag gehören nicht zu den Seltenheiten. Die kaufmännisch Angestellten treten nicht allein für Verkürzung der Arbeitszeit ein, sie haften auch diesen Verursacher, in welchem sie als Arbeiter gezwungen sind, manchmal gegen die Arbeiterinteressen zu handeln. Er kann Namens der Berliner Kaufleute die Erklärung abgeben, daß sie sich nichtschonweniger eins fühlen mit dem Proletariat.

Pantalon erklärt für seinen Genossen Merlino, der sich Vormittags zum Wort gemeldet und dies als erster Nachmittagsredner erhalten sollte, daß dieser durch die Indiskretion eines Brüsseler Blattes seiner Anonymität entkleidet wurde. Seine Anwesenheit ist der Brüsseler Polizei mitgeteilt und er darauf verhaftet worden. Außerdem haben die Anarchisten den Kongress zu einer am Sonnabend, den 22. August, stattfindenden Diskussion ein.

Walker meint, daß die bestehenden Gesetze für den Arbeiterschutzeschutz sehr unzureichend sind. Soll eine Besserung eintreten, so müssen die Arbeiter die Sache selbst in die Hand nehmen. Wie wenig man in England thut, geht daraus hervor, daß die Regierung nicht einmal auf die Minimalforderungen des Berliner Kongresses eingegangen ist. Die Angehörigen der Arbeiterklasse müssen zusammenhalten, seien sie nun Trades-Unionist, alte oder neue, oder seien sie Sozialdemokraten, um einen Einfluß zu erlangen. Für England läßt sich das wohl durchführen. Dort beginnen die Trades-Unionisten bereits, die sozialistische Anschauung aufzunehmen. Anders dagegen die Arbeiter welche, vom Auslande kommend, der Sprache unwidrig, keinem Verein angehörend, dem Sweater in die Hände fallen. Dieser zahlt ihnen einen Lohn, welcher höher ist, als der bis jetzt bezogene, aber niedriger als der von Vereinen wegen festgesetzte, den sie aber nicht kennen. So unterdrückt sie denn die organisierten Arbeiter und treten als Lohnrücker auf. Aus diesem Grunde ist es notwendig, daß die Arbeiter sich international verständigen, daß Trades-Unionismus und Sozialismus zusammengehen, um so eine Garantie für eine bessere Zukunft zu bieten.

Dechamp's, Vertreter der Hutmacher Frankreichs, betont, daß die Regierung alles thut, um die Anstrengungen der Arbeiter zur Verbesserung ihrer Lage zu vernichten. Seit 20 Jahren gestaltet sich die Lage der französischen Hutmacher trostloser und trostloser. Die Ursache liegt in der anarchischen Wirtschaftsweise, wie heut mit den Maschinen umgegangen wird. Die ausgedehnte Technik thut das ihre, so daß wir denabe so weit sind, daß wir es hören, wie die Revolution an die Thüre pocht. Andererseits sehen die Regierungen aller Länder ein, daß etwas gethan werden muß. Aber die Mittel, welche sie ergriffen hat, haben, wie in der Regel, das Gegenteil von dem bewirkt, was sie bewirken sollten. Sie stellen, um die Krisen zu verhindern, Zollschranken auf. Dadurch wird die Sache aber nur noch schlimmer. Gerade Frankreich befindet sich durch seine gegenwärtige Zollpolitik in einer sehr unangenehmen Lage. In ähnlicher Weise suchen sich die Fabrikanten zu helfen. Sie ziehen ausländische Arbeiter herein, welche die Lohnverhältnisse nicht kennen und die Organisation geringfügigen und ihnen fern bleiben. Besonders gilt das von den belgischen und italienischen Arbeitern, welche dem Gewerbe nachdrücklichen Schaden zufügen. Wenn aus dieser Umstände die Arbeiterfrage fördert, so ziehen die Betroffenen durch Drückung der Löhne den Kürzeren. Um dem vorzubeugen, müssen die Arbeiter aller Länder von der Sachlage im Allgemeinen unterrichtet sein. Sie müssen bereit organisiert sein, daß sie sich stark genug fühlen, ihre Ansprüche durchzusetzen. Haben sich die Regierungen durch ihre verkehrten Maßregeln gehörig festgeritten, und die Unzufriedenheit der Massen hinreichend geschürt, dann ziehen sie europäische Konflikte an. Demgegenüber sehr Redner seine Hoffnung auf die organisierte Arbeiterschaft. Sie ist dazu berufen, derartige Fische zu Schanden zu machen.

Rebel: Nach dem bis jetzt von den Vorrednern über die Resolution Gesagten ist anzunehmen, daß über dieselbe eine allgemeine Uebereinstimmung existiert. Er will nicht versuchen, die Stellung in Deutschland zu erörtern, mit Bezug auf die Punkte, welche auf dem Pariser Kongress 1889 gefordert wurden. Er will nur mitteilen, daß die 3 ersten Punkte der Resolution von den Deutschen herrühren und angenommen worden sind, wogegen der Rest von den Franzosen und Belgiern herrührt. Dieser enthält Anforderungen, die sich mit den deutschen nicht decken. Die deutschen Genossen sind weit davon entfernt, ihre geistigen und materiellen Mittel ausschließlich für den Arbeiterschutzeschutz

geben zu lassen. Wir halten im Gegenteil an dem Grundzuge fest: Die Hauptaufgabe der deutschen Sozialdemokratie, wie der Sozialdemokratie aller Länder besteht darin, Sorge zu tragen dafür, daß die bürgerliche Gesellschaft von dem Erbitten verschwindet. Diesen Bestrebungen können wir um so energischer Ausdruck geben und den Boden frei machen, als die bürgerliche Gesellschaft vermöge der ihr innewohnenden Gesetze ihren eigenen Untergang herbeizuführen bestrebt ist. Es ist darum also unsere Pflicht, über das Wesen der bürgerlichen Gesellschaft Aufklärung zu verbreiten. Das ist es, was bei der Organisation der Arbeiterklasse die Hauptaufgabe ist. Des Weiteren haben wir auch dafür Sorge zu tragen, daß die geistigen und physischen Bedingungen in der Arbeiterklasse da sind, die es ermöglichen, daß, wenn einmal das letzte Ständlein der bürgerlichen Gesellschaft geschlagen hat, die sozialistische Gesellschaft die weitere Fortführung zu übernehmen im Stande ist.

Ja habe diese Ausführungen um deswillen hier gemacht, weil in letzterer Zeit in gegnerischen Blättern davon die Rede ist, als strebe die deutsche Sozialdemokratie nicht auf dem eben entwickelten Standpunkt. Es giebt keinen einzigen deutschen Genossen, der eine andere Ansicht darüber hat, und jeder, der das Gegenteil sagt und es versuchen will, die Partei in eine andere Richtung zu bringen, der muß die Reihen der Partei verlassen.

Daneben sind wir aber auch eine Partei der Propaganda. Wir müssen darum alle Mittel, welche geeignet sind, die Lage der Arbeiter zu verbessern, unterstützen. Denn jeder Vortheil, welchen wir dadurch erringen, trägt wesentlich dazu bei, die Arbeiterklasse kampffähiger zu machen. Je kampffähiger aber die Arbeiterklasse ist, um so wirksamer wird der Kampf selbst sein. Das hat denn auch die bürgerliche Gesellschaft erfahren. Sie hat sich gezwungen gesehen, die Kulturaufgaben, welche die Arbeiterklasse an sie gestellt hat, und die sie zu erfüllen unfähig ist, der Arbeiterklasse zu lösen überlassen.

Des Weiteren führt Redner aus, daß sich die deutsche Sozialdemokratie betreffs der Einberufung des Kongresses seitens der Regierung über dieselbe nicht hat äußern lassen. Die deutsche Partei hat überall laut und deutlich ausgesprochen, daß ein derartiges Mandat nur deshalb gemacht worden sei, um der Sozialdemokratie den Wind aus den Segeln zu nehmen. Und daß wir mit dieser Auffassung nicht im Unrechten waren, hat die gewaltige Februarwahl bewiesen. Sie war die Antwort auf die Erlasse. Was nun die Regierung an Arbeiterschutzeschutz, ist bezüglich der Quantität ebenso erheblich, wie es nach Seite der Qualität unbedeutend ist. Aus diesem Grunde haben sich denn auch die Vertreter der Sozialdemokratie im Reichstage genötigt, gegen derartige Arbeiterschutzesetze zu stimmen. Das zeigt auch, daß sich kein einziger Mann in der Sozialdemokratie über die Regierung getäuht hat.

Es wird in dem 2. Theile der Resolution von dem Kongress verlangt, daß überall in den einzelnen Ländern Arbeitersitzungen zu dem Zwecke aufgenommen werden sollen, um die Arbeiterschutzesetzgebung einheitlich zu gestalten. Wir sind der Ansicht, daß der Kongress sich hüten solle, Dinge zum Beschluß zu erheben, von denen er sich sagen muß, daß die Arbeiter heutzutage nicht die Mittel und die Kraft besitzen, sie auszuführen. Eine gute und gründliche Statistik ist ohne Anwendung bedeutender Mittel und Kräfte nicht möglich. Die Arbeiter allein können das aber nicht zu Wege bringen. Und eine mangelhafte Statistik hat ihren Zweck verfehlt. Da aber auf der anderen Seite die Fassung der Resolution derart gehalten ist, daß eine Verpflichtung gerade nicht vorliegt, solche Einrichtungen zu treffen, glaube ich namens meiner deutschen Freunde erklären zu können, daß wir gegen den 2. Theil zwar Einwände nicht haben, wir uns aber auch von ihm nicht viel versprechen! Anders dagegen über den 3. Theil. Ich habe es schon gestern ausgesprochen und muß es heut wiederholen, daß diese Forderung uns nicht zu weit, sondern nicht weit genug geht. In Deutschland liegen die politischen Verhältnisse so, daß kein Kandidat auf die Stimmen der Genossen rechnen darf, der nicht das Parteiprogramm voll und ganz anerkennt. Hier in der Resolution dagegen wird gesagt, daß ein Kandidat schon dann aufgestellt werden kann von sozialistischer Seite, wenn er die Beschlässe des Pariser Kongresses unterschreibt. Nun kann es aber für deutsche Verhältnisse sehr leicht vorkommen, daß ein sonst bürgerlicher Kandidat den Pariser Beschlässen vollständig beistimmt und dann soll er schon unsere Unterstützung haben. Dadurch werden die Klassenunterschiede, welche die jetzige bürgerliche Gesellschaft ausprägt, und die wir beständig zu betonen und hervorzubehalten haben, verunstaltet. Eine Vertuschung der Klassenunterschiede darf aber unter keinen Umständen in unseren Reihen Platz greifen. Vor allem aber wollen wir uns unseres Rechts der Erstgeburt nicht um des Uningenügens einer Arbeiterschutzesetzgebung willen begeben. Der beschriebene Theil kann für andere Länder annehmenswerth sein. Für Deutschland ist er es nicht. Nichtsdestoweniger werden wir nicht dagegen stimmen, sondern uns einfach der Abstimmung enthalten.

Solders, Redakteur des „Peuple“ (Parteiorgan in Brüssel), kommt auf die Verhaftung Merlino's noch einmal zurück und weist die umlaufenden Gerüchte, als sei „Le Peuple“ an der Verhaftung Schuld, aufs energischste zurück. Lange bevor „Le Peuple“ eine Zeile über Merlino's Namen gebracht, war es hier in Saale ja öffentlich bekannt, daß Merlino zugegen ist. Sein Name ist zu Dutzenden von Malen laut im Kongress genannt worden, so daß es ein Unikum gewesen wäre, einen bereits bekannten Namen verschweigen zu wollen. Der „Peuple“ billigt aber die Verhaftung auf keinen Fall, eben so wenig, wie irgend einer der anwesenden Delegirten und die Belgier werden deshalb einer der amnestierenden Schritte zum Vorlassung des Inhaftirten. Obwohl prinzipiell verschiedener Auffassung wird sich die Sozialdemokratie nie dazu bereit erklären, einen Vertreter der Arbeiterklasse der herrschenden Gewalt auszuliefern. Der Redaktion des „Peuple“ ist Merlino persönlich sehr sympathisch und befreundet und wenn die anwesenden anarchischen Vertreter von Arbeiterorganisationen ihren Genossen wieder haben, so möchte Redner ihnen betonen, daß die Sozialdemokraten ihm bei viel kritischeren Gelegenheiten die Freiheit wieder verschafft haben, als es heut der Fall sei.

Turati (Italien) hätte schon vorher das Wort genommen, wenn er es nicht als Sache der Belgier betrachtet haben würde, daß diese die nötigen Schritte vorzunehmen hätten. Im übrigen stimmt er den Ausführungen Solders völlig bei und glaubt, daß der gethane Schritt der belgischen Polizei ungeschicklich ist. Der ganze Kongress muß das Seine dazu thun, damit diese Maßregel zurückgenommen werde. Er protestirt namens seiner italienischen Genossen um so nachdrücklicher gegen die Verhaftung, als Merlino's Arrestation sich von einer Angelegenheit herleitet, um dererwillen bestraft zu sein ein Jeder für ehrenvoll ansehen kann. Wird aus der Sache erst, so kann es geschehen, daß wenn Merlino wieder nach Italien kommt, er mit mehreren Jahren Kerker bestraft werde.

Der Kongress wird einmüthig gegen die Arrestation Merlino's Schritte thun.

André Gely spricht als Vertreter der Handelsangestellten von Paris und freut sich zu sehen, daß die Organisationsarbeiten der Pariser Kaufleute in Berlin Nachahmung gefunden haben. In Folge der Entwicklung unserer Verhältnisse gelangen nun endlich auch die Kaufleute zu der Ueberzeugung, daß auch sie mit den Handarbeitern gemeinsame Interessen haben. Alle sind sie Brüder, denn alle werden sie in gleicher Weise vom Kapital ausgebeutet. Aus diesem Grunde wollen wir zusammengehen

und zusammenhalten und dem Kongresse kommt es zu, zu befrichtigen, daß unsere Interessen und die der Handarbeiter die nämlichen sind. Wir arbeiten 15, 16, 17 Stunden pro Tag, mehr also viele Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen. Unsere Lage ist äußerst bedrückt. Es muß demnach Wandel geschaffen werden. Vielleicht wird es von Vortheil sein, Vohngrenzen aufzustellen und die Arbeitszeit fest zu bestimmen. Auch auf die gesundheitlichen Verhältnisse muß die größtmögliche Rücksicht genommen werden. Hauptächlich aber ist eine internationale Verständigung unerlässlich.

Bähr, Vertreter der Textilarbeiter von Thüringen und dem Bogtlande, theilt mit, wie jämmerlich die Lage der in der Weberei Beschäftigten ist. Ein Kongress dieser Arbeiter, der im Frühjahr stattgefunden, hat beschlossen, von jeder Provinz aus einen Vertreter auf den internationalen Arbeiterkongress zu schicken. Der Umstand, daß eine große Provinz mit vorwiegend Textilarbeitern, Sachsen, keinen Vertreter hat entsenden können, läßt einen Rückschluß zu auf die traurige Lage der Weber, denen durch die Zollpolitik das Brot unsinnig verteuert und die die ganze Woche über nur ein paar Feringe als Fleisch haben. Er hofft, daß, wenn sich die Arbeiter international vereinen, ihre Lage dann etwas wird gebessert werden können. Denn jetzt bekümmert sich kein Fabrikinspektor, kein Arzt um sie. So weit eine Statistik vorgeommen werden kann, soll das geschehen. Und je ausgebeuteter dies wird, um so mehr wird das Elend zu Tage kommen, unter welchem die Weber schmachten.

Es ist ein Antrag auf Schluß der Debatte eingegangen.

Adler (Wien) spricht dagegen. Der Kongress hat bei viel unwesentlicheren Dingen mehr Zeit verloren. Nun er in den ersten Punkt der Tagesordnung eingehen will, soll nachdem erst einige Redner gesprochen, die Debatte schon abgebrochen werden. Da Oesterreich in dieser Frage noch manches vorzubringen hat, ist er gegen den Schluß, da ihm sonst das Wort abgegriffen werden würde.

Frau Marx-Abeling (London) theilt mit, daß die englischen Delegirten ein Amendement zur Resolution vorbereitet und ist aus diesem Grunde gegen den Schluß.

Antrag auf Schluß der Diskussion wird abgelehnt.

Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen von Liebknecht zeigt Abraham Cahau an, daß aus Amerika noch ein Delegirter eingetroffen sei, welcher die amerikanische Hauptstadt, Washington, vertritt.

Schluß der Sitzung 1/6 Uhr.

Brüssel, 19. Aug. 1891.

Vormittags 10 1/2 Uhr.

Das Präsidium liegt in den Händen von Schweden und Holland.

Vorsitzende sind Djalmar Brating und Domela-Nieuwenhuis*), welcher bedauert, daß trotz des internationalen Geistes, der uns befeuert, und eine internationale Sprache zur Verständigung mangelt. Es sei nicht sein persönliches Verdienst, was ihn zum Vorsitzenden gemacht habe, sondern der Umstand, daß Holland an der Reihe sei.

Dembion vertritt Bolders, welcher in der Angelegenheit Merlino zum Justizminister gegangen ist. Er verliest dann einen Brief von Banderern, in welchem gewünscht wurde, daß die Kongressdelegirten recht zahlreich nach Gent kommen möchten, um einen angenehmen Tag zu erleben. Redner wiederholt, daß alle Anträge, alle Reden so knapp und kurz gefaßt sein möchten, damit der Kongress noch schneller als gestern vorwärts kommen kann. Er bittet Wiederholungen zu vermeiden und nicht so zu verfahren, als befänden wir uns in einer Volksversammlung.

Frankreich meldet 2 Delegirte, aus Marseille (Goutée) und aus Paris (Martin) an, so daß jetzt 715 Vereine vertreten sind. Die Anzahl der eingelassenen Telegramme beziffert sich bis jetzt auf 55.

In die Tagesordnung eingehend, glaubt Abraham Cahau (Amerika), daß die Resolution in ihrer Form und im Inhalt zu weit sei. Die Resolutionen des Kongresses von 1889 waren es nicht minder. Vor Allem vermisst er die Betonung des Klassenkampfes. Zu den weiteren Forderungen des Kongresses* bemerkt er, daß es in Amerika verschiedene statistische Arbeitsbureau's in vielen Städten giebt. Diese sind aber sehr mangelhaft, weil man niemals von ihnen über die Zahl der Arbeitslosen etwas bekommen kann. Das aber ist viel wichtiger, als manches andere. Er erkennt mit Rebel die Schwierigkeiten an, die eine genaue Statistik mit sich führt. Die Arbeiter sind nicht im Stande, den zweiten Punkt der weiteren Forderungen zu erfüllen. Gleichwohl können wir ihn theilweise realisiren, indem wir die verschiedenen kleineren Aufzeichnungen zusammenstellen. Der Schluß sagt ihm viel zu wenig. Alle Kandidaten in Amerika können, wenn die Resolution durchgeht, die Arbeiterstimmen beanspruchen. Wir müssen darum ganz bestimmt aussprechen, daß wir die Abschaffung des Vohnsystems verlangen. Da aber nicht alle Vertreter, die hier versammelt sind, damit einverstanden sein dürften, empfiehlt es sich, auf diese Rücksicht zu nehmen. Der Hauptzweck seiner Rede ist: der Kongress muß sich in seinen Resolutionen u. s. w. viel präzis, viel bestimmter ausdrücken.

Adler (Wien) ist von den österreichischen Genossen beauftragt worden, einige kleine Sachen hier richtig zu stellen. Der Bericht der belgischen Genossen, den Banderdelve gestern gegeben, ist unklar und für unsere Verhältnisse falsch dargestellt, was noch außerdem durch einen Uebersetzungsfehler verschärft wird. Im belgischen Bericht ist festgestellt, daß nur gefagt werden soll, welche Fortschritte die Arbeiterschutzesetzgebung seit 1889 gemacht hat. Für Oesterreich hieß es nun in dem Bericht: nichts. Das ist wahr. In der Uebersetzung ist gesagt, als hätten wir in Oesterreich überhaupt keine Arbeiterschutzesetzgebung und als sei Ungarn und Rumänien weit besser daran als wir. Nebenbei: wir Oesterreicher haben keine besondere Hochachtung vor unseren Arbeiterschutzesetzen. Aber das Eine müssen wir dennoch sagen, daß wir in Oesterreich eine Arbeiterschutzesetzgebung haben, welche neben die der Schweiz und England wohl die beste in Europa ist. Wir haben einen Normalarbeitsstag, Verbot der Nachtarbeit für die Frauen und Gesetze, betr. die Sonntagsruhe. Natürlich steht das hauptsächlich Alles auf dem Papier. Und außerdem haben wir eines nicht, was viele andere Länder haben, das Recht, ohne welche jede Gesetzgebung illusorisch wird: aus eigener Initiative darüber zu wachen, daß die Gesetze auch wirklich ausgeführt werden: Wir haben kein Vereinsgesetz, wir haben kein Versammlungsgesetz. Darum können wir die Gesetze nicht so ausführlich, wie wir sie gern wollten. Das wollte ich hier nur konstatiren. Es hat uns außerordentlich befriedigt, daß in der Resolution ausgedrückt ist, daß die internationale Arbeiterschutzesetzgebung, wie wir sie, nicht seit dem Kongress zu Paris, sondern so lange es Sozialdemokraten in der Welt giebt, haben, ebenso gefaßt wurde, wie alle übrigen Ideen von der Bourgeoisie gefaßt wurden. Wie sie die Freiheit und Gleichheit fälscht, wie sie die Nahrungsmittel fälscht, so fälscht sie auch die Ideen. Es ist absolut notwendig, daß wir hier erklären, daß dasjenige, was die Bourgeoisie an Arbeiterschutzesetzgebung verlangt, nicht unseres ist. Speziell in Oesterreich und anderen Ländern, von England weiß ich es genau, ist es so, daß die bürgerlichen Unternehmer sagen: wir sind ja für die internationale Arbeiterschutzesetzgebung; allein es ist nicht möglich, daß wir weiter gehen, bevor nicht die anderen Staaten nachgekommen

*) Sjr. Nieuwenhuis.

find. So ist es denn so weit gekommen, daß der internationale Arbeiterschutzes zu einem internationalen Ausbeutungsschutz geworden ist. Dagegen aber wollen wir uns verwahren. Wir wollen nicht, daß der internationale Arbeiterschutzes den nationalen umbringe. Jede Nation hat in ihrem eigenen Lande noch viel zu thun. Bebel hat gestern über das Prinzipielle der Sache schon gesprochen. Ich möchte nur wiederholen, wenn ich darüber etwas sagen wollte. Das aber möchte ich noch hinzufügen: Auch wir Dösterreicher gehören der internationalen Arbeiterpartei genau so an, wie in Deutschland. Die Arbeiterschutzesgesetzgebung, das Wahlrecht u. s. w. leben wir als nichts anderes an, wie als ein Mittel, um die Gehirne zu revolutionieren und den Gehirnen auch Arme zu geben, um die Revolution zur Ausführung zu bringen. Das klingt sehr revolutionär. Im Einzelnen setzt es sich aber zusammen aus Arbeiterschutzes, Wahlrecht u. s. w. In diesen Dingen sind wir also ganz brave Leute, welche nicht eingesperrt zu werden wünschen. Wir haben also gegen die Resolution nichts Besonderes. Sie ist der Ausdruck der allgemeinen Meinung. Auch haben wir auf die Anderen, z. B. Engländer, Rücksicht zu nehmen. Aber gegen eines müssen wir uns wenden. Die Resolution sagt, man soll seinem seine Stimme geben, der nicht für den Arbeiterschutzes ist. Das klingt sehr revolutionär. Befragt aber sehr wenig. Ja, wenn die Beschlüsse des Pariser Kongresses die Bedingung wäre, unter welcher ein Kandidat auf die Unterstützung der Arbeiter rechnen könnte! Dann wäre die Sache etwas anderes. Wenn man das macht, dann wird man im Auslande nicht in die Lage kommen, mit bürgerlichen Parteien zu transigieren. Dann können Bourgeoislandkandidaten von unseren Leuten nicht gewählt werden. Wir in Dösterreich haben nicht das allgemeine Wahlrecht. Die Berufung liegt also für uns sehr nahe, daß wir mit den bürgerlichen Parteien mogeln. Das haben wir aber nie getan. Wir mogeln nicht. Und der Erfolg ist ein ausgezeichnete gewesen. Wir wollen ja garnicht auf die Leute da oben wirken. Wir wirken damit auf die Leute da unten. Aber die gewöhnlich wir uns nicht heran, wenn wir die Fahne einziehen. Wir machen die Sache nicht mit. Ich erkläre, daß wir, wenn in die Resolution aufgenommen wird als Schlußsatz hinter verpflichten: „die in der Pariser Resolution niedergelegten Beschlüsse und Prinzipien zu vertreten“, wir dann für dieselbe stimmen werden, sonst aber nicht.

Bolders (zu einer Mitteilung): Eine Deputation war gestern nach Schluß der Sitzung beim Justizminister in der Angelegenheit Merlino. Es war Niemand anzutreffen. Darauf war man heute Morgen beim Polizeipräsidenten, welcher die Deputation höchlichst empfing und ihr mitgeteilt hat, daß Merlino nicht an die italienische Regierung ausgeliefert sei. Aber die Behörde hätte sich doch genötigt gesehen, ihn auszuweisen und sei er denn gestern Nachmittag um 2 Uhr nach England gegangen.

Rieuwenduis empfiehlt, daß alle eingegangenen Amendements zur Berlesung gebracht und gleich mit diskutiert werden sollten.

Leo Frankel hätte das Wort nicht ergriffen, wenn er nicht hätte ein Amendement einbringen wollen, dahingehend, daß der Klassencharakter in der Resolution zum Ausdruck gebracht werde. So, wie die Resolution jetzt ist, ist sie so schwach, matt, daß nicht nur die konservativste Gewerkschaft sie annehmen kann, sondern daß auch die Kerikalen und radikalen mit der Arbeiterpartei ein Bündnis eingehen können. Daß der Resolution der Klassencharakter aufgeprägt werde, verlange ich aus zwei Gründen: erstens weil bürgerliche Parteien, namentlich in Frankreich, von dem Gesichtspunkt ausgehen, und es auch laut genug betonen, daß seit 1789 es überhaupt keine Klassen mehr gibt. Es muß festgestellt werden und man muß diese Frage als Präliminar nehmen: erkennt ihr an, daß, so lange es auf der einen Seite nur solche gibt, welche die Produktionsmittel in Händen haben, während auf der anderen Seite diejenigen sind, welche nur ihre Arbeitskraft besitzen und von deren Verkauf leben müssen, es auch verschiedene Klassen geben muß? Von diesem Standpunkt aus stelle ich zu der Resolution folgendes Amendement:

„Der Kongreß, welcher auf dem Boden des Klassenkampfes steht und welcher überzeugt ist, daß, so lange der Klassenkampf existiert, die Emanzipation der Arbeiterklasse unmöglich ist, erklärt: die Gesetze und Maßnahmen zum Schutze der Arbeiter, welche in den verschiedenen Ländern seit dem internationalen Kongreß von 1889 angenommen worden sind, entsprechen in keiner Weise den Forderungen des Proletariats, selbst wenn man sie bloß vom heutigen Standpunkte der Dinge betrachtet.“

Der zweite Grund, weshalb ich das genannte Verlangen stelle, ist der, daß es selbst unter den Arbeitern noch viele Leute gibt, die sich Sozialisten nennen, sobald von Staatsintervention, mit der sie einig sind, die Rede ist. Die Frage ist, wie Adler es genannt hat, kommt daher, weil Leute, sobald sie das manchesterliche Prinzip des laissez faire, laissez aller verlassen, auch schon Sozialisten zu sein vermeinen. Das wollen wir aber verändern. Betreffs des letzten Absatzes in der Resolution begnüge ich mich nicht mit dem Ausdruck „kapitalistischen Bourgeois-Parteien“. Der kommt mir nicht klar genug vor. Statt dessen will ich: herrschende Klasse (Grundbesitzer und Kapitalisten) gesetzt wissen. Ferner muß ausgesprochen werden, daß die Arbeiter ihr Hauptaugenmerk auf die Eringung der politischen Gewalt als eines Mittels zur Befreiung richten müssen. Es muß ausgesprochen werden, daß die Arbeiter sich erst dann ökonomisch befreien können, wenn sie die Fäden der politischen Regierung in der Hand haben.

Zum Schluß macht **Frankel** noch auf die mangelhaften Uebersetzungen, die sich auch gedruckt vorfinden, aufmerksam.

England schlägt folgendes Amendement vor: „Der Kongreß verlangt, daß die Lohnarbeiter der ganzen Welt ihre Kräfte gegen das Kapital richten und überall, wo sie im Besitz politischer Rechte sind, diese benutzen, um sich von der Lohnsklaverei zu befreien.“

Allemane, Vertreter aus Paris C, schlägt als Amendement vor:

„Der Kongreß erklärt, überall, wo die Proletariat politische Rechte besitzen, haben sie die Pflicht, sich derselben zu bedienen, um den Klassenkampf auf dem politischen und wirtschaftlichen Gebiete mit gleicher Energie zu führen und gegen die bürgerlichen Parteien zu ziehen, denn nur durch ihre eigenen Anstrengungen können die Arbeiter aller Länder dahin gelangen, erstickt und wirksam das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit in einer den Interessen der Arbeiterklasse vorteilhaften Weise abzuändern.“

Banloe wünscht, daß des besseren Verständnisses wegen die Punkte der Pariser Resolution von 1889, um welche es sich handelt, mit in den Text aufgenommen würden.

Marx-Aveling schlägt zur Vereinfachung der Verhandlungen vor, daß alle Amendements mit der Kommissions-Resolution dem Bureau übergeben werden sollen, damit aus dem Ganzen eine neue Resolution gemacht werde.

Allemane glaubt, daß wir mit den Amendements zu Rande gekommen sind. Das Bureau hat nachgerade genug zu thun. Viele Mitglieder gehören außerdem noch Kommissionen an. Am besten ist es, wenn gleich zur Abstimmung geschritten wird.

Hall will die Sache der 1. Kommission übergeben wissen, damit diese eine neue Resolution einbringen kann.

Bailliant meint, **Frankels** Amendement enthält fast alle anderen. In Wirklichkeit haben wir also nur eins. Es sagt, daß die Resolution, für die wir stimmen müssen, nur einer sozialistischen Idee entsprungen sein darf. Außerdem ist **Adlers** Amendement mitanzunehmen. Eine weitere Diskussion würde die Sache bloß verwässern. Er schlägt darum Abstimmung über die Resolution der Kommission mit dem Amendement **Frankel** und der Verbesserung **Adler** vor.

Homes ist sehr froh, daß Trades-Unionisten mit Sozialisten zusammen hier im Kongreß sind. Aber er fürchtet, daß durch die Annahme des Vorschlags von **Bailliant** die älteren Trades-Unionisten vor den Kopf gestossen werden und bei einem späteren internationalen Kongreß nicht mehr vertreten sein würden.

Bailliant zieht seinen Antrag zurück. Antrag **Hall** wird angenommen. Sitzungsschluß 12 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Nachmittags-Sitzung 3 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Marx-Aveling macht darauf aufmerksam, daß der deutsche Uebersetzer die Worte des englischen Delegierten ganz verkehrt wiedergegeben habe und berichtigt ihn.

Bolders theilt mit, daß 18 weitere Depeschen eingegangen sind ein Brief von **Engels** angekommen seien.

Bandervelde, Berichterstatter der Kommission, korrigiert eine falsche Auffassung, die in der Kommissions-Sitzung Platz gegriffen hat. Es handelt sich um den Arbeiterschutzes in Ungarn. Allerdings gibt es dort ein Gesetz, nach welchem die Sonntagsarbeit verboten ist. Aber die Unternehmer machen dies illusorisch. Sie lassen in der Woche länger und intensiver arbeiten, um den Verlust wieder einzubringen. Gegen **Bebel's** Auffassung über die statistischen Erhebungen durch die Arbeiter sich wendend, bemerkt **Bandervelde**, daß die Brüsseler und Genfer Genossen Derartiges ganz gut zu Stande bringen. Noch leichter ist es in Frankreich, wo verschiedene sozialistische Stadtverordnete und Gemeindeglieder und eine Arbeiterbörse existieren. Wenn die Initiative ergriffen wird, werde sich schon das Weitere finden. Er tritt auch der Auffassung gegenüber, als wäre die jetzige Resolution nichts Neues und schon 1889 dagewesen. Das ist eine völlige Verkennung der Thatsachen. In der Kommission ist die Resolution einstimmig angenommen. Wird sie auch von dem Kongreß angenommen, so haben wir das erste Mal hier die Thatsache, daß sich die sonst widerhaarigen Trades-Unionisten auf den Boden des Klassenkampfes stellen und zur sozialistischen Auffassung übergegangen sind. Dann wird es erst wahr werden, was **Marx** und als Lösung gegeben: Proletariat aller Länder, vereinigt euch!

Der Berichterstatter verliest folgende

Resolution zum Punkt 1 der Tagesordnung:

„Der Kongreß, der sich auf dem Boden des Klassenkampfes stellt und der Ueberzeugung ist, daß von einer Emanzipation der Arbeiterklasse so lange nicht die Rede sein kann, als es noch Klassen gibt, erklärt:

Die seit dem internationalen Kongresse in Paris 1889 in den einzelnen Ländern erlassenen Arbeiterschutzesgesetze und Verordnungen entsprechen in keinerlei Weise den berechtigten Forderungen der Arbeiterklasse. Insbesondere haben die Verhandlungen der internationalen Arbeiterschutzeskonferenz zu Berlin, deren Einberufung zugestandenemachen unter dem Drucke des Pariser Kongresses beschlossen wurde und insofern als eine wichtige Konzession an die wachsende Macht der Arbeiterklasse zu betrachten ist, bewiesen, daß die Regierungen die notwendigen Reformen nicht wollen. Dagegen haben die Verhandlungen der Arbeiterschutzeskonferenz zu Berlin verschiedenen der beteiligten Regierungen den Vorwand geliefert, unter Hinweis auf jene Beschlüsse und auf die Mangelhaftigkeit der Arbeiterschutzesgesetzgebung in anderen konkurrierenden Ländern von jeder weitergehenden Schutzgesetzgebung abzujehen.

Desgleichen konstatiert der Kongreß, daß die bestehende, an und für sich mangelhafte Arbeiterschutzesgesetzgebung ungenügend gehandhabt und kontrolliert wird.

Der Kongreß fordert daher die Arbeiterklasse aller Länder auf, durch eine energische Agitation und mit allen der Arbeiterklasse der einzelnen Länder zweckmäßig erscheinenden Mitteln für die Beschaffung der Pariser Kongresse einzutreten, auch wenn diese Agitation zunächst keinen anderen Erfolg hat, als der Arbeiterklasse der einzelnen Länder zu zeigen, daß die herrschenden und ausbeutenden Klassen jeder wirksamen Arbeiterschutzesgesetzgebung feindselig gegenüberstehen.

Im weiteren fordert der Kongreß: In Anbetracht der Nothwendigkeit einer einheitlichen Leitung der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung, insbesondere mit Rücksicht auf die Arbeiterschutzesgesetzgebung die Arbeiterorganisationen und Parteien auf:

1. in jedem Lande eine permanente Enquete über die Arbeiterbedingungen und über die Lage der Arbeiterklasse zu organisieren;
2. sich gegenseitig diejenigen Mitteilungen zu machen, welche notwendig sind, um die Arbeiterschutzesgesetzgebung einheitlich zu gestalten;
3. endlich empfiehlt der Kongreß den Arbeitern der ganzen Welt, ihre Kräfte zu einigen gegen die herrschenden Kapitalisten und überall, wo sie im Besitz politischer Rechte sind, sich deren zu bedienen, um sich aus den Fesseln der Lohnsklaverei zu befreien.

Der Berichterstatter empfiehlt, diese neue Resolution durch Aklamation anzunehmen. Geschließt unter langem Applaus des Kongresses und unter Schwenken der Taschentücher von Seiten der Engländer.

Bolders theilt mit, daß die Resolution über Punkt 2 der Tagesordnung, welche die 2. Kommission gefaßt habe, noch nicht gedruckt vorliegt. Um keine Zeit zu verlieren, schlägt er vor, mit der Diskussion der Resolution der Minorität, — die Kommission hat sich in eine Mehrheit und in eine Minderheit gespalten — welche vorliegt, zu beginnen. Es kann das von Vortritt sein, wenn die Resolution der Mehrheit besprochen wird.

Santal meint, der Kongreß hat, wenn dies Verfahren eingeschlagen wird, keinen rechten Ausgangspunkt und hält es für zweckmäßig, dann lieber in die Diskussion der Resolution über den 3. Punkt der Tagesordnung einzutreten.

Bolders bedauert, daß da noch keine Resolution vorliegt. **Abt. Caham** empfiehlt, da weder das eine, noch das andere vorliegt, in die Debatte über den 4. Punkt einzutreten. Dieser 4. Punkt: „Stellungnahme der Arbeiterorganisationen aller Länder zur Judenfrage“, habe mit dem 3. Punkt: „Lage und Pflichten der Arbeiterklasse dem Militarismus gegenüber“, manches gemeinsam.

Bolders: Da Genosse **Caham** eine so lange und beschwerliche Reise gemacht hat, um dem Kongreß die Noth und Bedrängniß der jüdischen Arbeiter in Amerika darzulegen, sei es

nicht mehr als billig, daß der Kongreß ihm anhört. Er wäre für **Caham's** Vorschlag.

Caham verwarft sich bestimmt dagegen, daß er hergekommen sei, bloß um die Lage der Juden vorzutragen. In aller erster Linie ist er als Vertreter amerikanischer Arbeiter hier. Er weiß sehr wohl, daß es für die Sozialisten keine Judenfrage gibt. Ebenjowenig gibt es für uns eine Militarismusfrage. Aber das nämlich, was uns zwingt, zum Militarismus Stellung zu nehmen, das zwingt uns auch, zur Judenfrage Stellung zu nehmen. Er möchte direkt vom Kongreß erklärt wissen, daß die Arbeiterklasse einen Unterschied nicht macht zwischen jüdischen oder anderen Arbeitern. Zu etwa ausbrechenden Kriegen zwischen einzelnen Völkern hat die Arbeiterklasse schon Stellung genommen. Wie aber verhalten wir uns zu dem bereits ausgebrochenen Krieg gegen die Juden, welcher schon so lange raht, und welcher ein wahrhafter Bürgerkrieg ist? Den streifenden Tischlern und Zimmerern in London haben wir unsere Sympathie erwieien. Aber die jüdischen Arbeiter, welche beständig im Streik und unter Aussperrung leben, was thun wir ihnen gegenüber? Wir eifern gegen den Klassenkampf. Das nämlich müssen wir in der Judenfrage thun. Die jüdischen Arbeiter, sie führen den erbitterten Kampf, der je gefährt ist. In Amerika giebt es Vereine, welche keine Regier als Mitglieder aufnehmen, weil sie Regier sind. Redner ist überzeugt: gäbe es in Rußland ein Vereinsleben, man würde keinen Juden aufnehmen, bloß weil er Jude ist. Die russischen Blätter seien fast ausschließlich Antisemiten. Die jüdischen Arbeiter verlangen, in den Reihen der organisierten Arbeiter aufgenommen zu werden, damit sie sich dem Befreiungskampfe anschließen können.

Bolders verliest folgende Resolution, welche in der betreffenden Frage gefaßt worden ist, und welche mit einigen Verbesserungen von Seiten der Engländer und des Griechen **Argyriades** zur Annahme gelangt:

In Erwägung, daß in den Prinzipien und Programmen der sozialistischen und Arbeiterparteien aller Länder von jeher klar ausgesprochen ist, daß sie keinen Gegensatz und keinen Kampf der Nationen oder Rassen anerkennen, sondern den Klassenkampf des Proletariats aller Länder und Rassen gegen die Kapitalistenklasse aller Länder und Rassen führen,

und daß es für die Proletariat jüdischer Rasse und Zunge kein anderes Mittel der Emanzipation giebt als den Anschluß an die Arbeiterorganisationen der betreffenden Länder;

hält der Kongreß unter Verurtheilung der antisemitischen und völkerrassischen Hegeorien, welche nur ein Mandat der Kapitalistenklasse und der politischen Reaktion sind, zu dem Zweck: die Arbeiter zu spalten und die sozialistische Bewegung von ihrem Ziele abzulenken;

eine Erörterung des von den amerikanischen Genossen jüdischer Zunge beantragten Punktes 4 der vorgeschlagenen Tagesordnung für überflüssig, und geht zur Tagesordnung über.

Schluß der Sitzung 5 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Brüssel, den 20. August 1891.

Vormittags-Sitzung 10 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Das Prändium liegt in den Händen von **Italien** und **Dösterreich**. Als Vorschende sind ernannt **Turati** und **Roscher**. **Roscher** erklärt, daß er für die Deutschen präsidenten werde, während er für die Franzosen den Vorschlag an **Turati** abgibt.

Turati meint, daß er weder das Alter noch die Qualifikation zum Vorschlag habe. Aber in **Italien**, woher er komme, würde die Wahl sehr freudig aufgenommen werden. Die Bewegung, welche hauptsächlich die Landarbeiter in sich fasse, sei noch recht jung. Die Genossen seien wie neugeborene Kindlein so unsicher und schwankend und sie blühten hinauf nach **Brüssel**, um sich von dort Muth und Kraft zu holen. Aber noch aus einem andern Grunde habe die Wahl Bedeutung. Er sei zugleich mit einem **Dösterreich** gewählt. Das geschähe ihm zur Gemüthung, denn sie beide verkörpern eine Double-Alliance, die mächtiger sein wird, wie die Triple-Alliance der Kaiser und Könige.

Grouffier, Berichterstatter der 2. Kommission, erklärt, die Kommission, welche bloß Punkt 2 zu behandeln hatte, sei der Ueberzeugung gewesen, daß zwischen diesem und Nr. 10 große Ähnlichkeit bestehe. Es sind deshalb beide zur Diskussion gekommen. Es hat harte Debatten gefehrt und eine Einigkeit ist nicht zu Stande gekommen. Eine Majorität und eine Minorität hat selbständige Resolutionen dem Kongreß vorlegen müssen. Die Hauptfrage ist die, wie lassen sich die verschiedenen Vereine zum Besten der Gesamtheit zusammenschließen. Vor einigen Jahren war die Disharmonie groß. Die Einen waren in der modernen Arbeiterbewegung, die anderen schwammen in reaktionären Fahrwasser und konnten für eine Umgestaltung der Gesellschaft nicht gewonnen werden. Die Vereine müssen aber auch so organisiert sein, daß sie nicht nur bezüglich der Lebenslage, und andres bederes zu erzielen im Stande sind, sondern sie müssen auch so werden, daß sie die Grundlage der zukünftigen Gesellschaft abgeben können. Von diesen Gesichtspunkten aus müssen die Vereine so gestellt sein, daß sie nicht allein eine Verminderung der Arbeitszeit, Erhöhung des Lohnes, bessere sanitäre Verhältnisse erzielen, die Gewerkschaften müssen auch politisch durchgebildet sein. Aus diesem Grunde darf die Gewerkschaftsbewegung nicht bloß notional sein, sie muß einen internationalen Charakter haben. Es darf nicht mehr von englischen, französischen, deutschen oder anderen, sondern nur von Arbeitern der Welt die Rede sein. Diese Organisation hat denn Ueberflüssig zu geben über die Konsumtion, über die Produktion u. s. w. Dagegen ist nun eingewendet worden, daß so etwas nicht anginge, es stellen sich viele Hindernisse in den Weg; in verschiedenen Ländern sei diese Verbindung nicht zulässig. Das ist zuzugeben und wir müssen uns deshalb so allgemein wie möglich ausdrücken. Aber eines sei zu bedenken: Können wir wirklich etwas einschneidendes heutzutage vornehmen, ohne Gefahr zu laufen? Wäre sich die herrschende Klasse ruhig eins nach dem andern ihrer Privilegien nehmen, ohne sich zu widersetzen? Nein. So lange es eine Arbeiterbewegung giebt, hat es auch Kämpfe und Verfolgungen gegeben. Und doch ist die Bewegung gewachsen. Schwimmen zu lernen, ohne ins Wasser zu gehen, ist eben unmöglich. Wenn wir auch anfänglich Schaden genug haben werden, so ist der Kampf dennoch ein Mittel der Begeisterung; er hält uns wach und feuert uns an. Dadurch wächst die Energie. Wenn auch zugestanden werden muß, daß praktisches in der internationalen Gewerkschaftsbewegung zuvörderst nicht erlangt werden kann, so ist es dennoch wahr, daß der Kongreß die Ziele angeben muß, die abzustreben sind. Die gewerkschaftliche Organisation, die absolut notwendig. Was wir nur machen können und müssen, ist, dafür zu sorgen, daß der Arbeiter nicht zum Streikbrecher wird.

Die einzelnen Nationen sind zu zentralisieren zu einem Komitee, welches, völlige Autonomie besitzt. Die einzelnen Komitees treten dann unter einander in Verbindung. Ueber die Zusammensetzung der Kommission entsannete ebenfalls ein Streit. Sollen in dem Komitee Gewerkschaft und Politik, Fachvereiner und Sozialdemokraten Platz finden? Das ist manchmal unmöglich, weil die gegenseitige Auffassung verschieden ist. Bezüglich der Streiks und Boykotts betont die Kommission, daß beide sehr wirksame, aber auch zweischneidige Waffen sind. Be-

sonders wird durch einen verlorenen Streik eine große Verwirrung und Entmutigung in den Reihen der nicht organisierten Arbeiter getragen werden. Er empfiehlt die folgende Resolution:

„Der Kongress erklärt:

Die Ausbeutung der Arbeiter durch die Kapitalisten legt den Arbeitern die Pflicht auf, sich zu vereinigen, um ihre Befreiung vorzubereiten.

Zu diesem Zweck müssen sie sich eine starke Organisation schaffen, nicht nur, um die Unternehmer zu bekämpfen, sondern auch, um die Grundsteine einer Gesellschaft von Gleichen zu legen.

Die Arbeiter der ganzen Welt müssen sich solidarisch erklären und ihre Verbindungen müssen die sogenannten nationalen Schranken durchbrechen. Der internationale Verbindung des Kapitalismus muß die Internationale der Arbeit entgegengefeuert werden.

Die Arbeiter müssen deshalb in den verschiedenen Gewerkschaften fortwährend Verbindungen mit den gleichen Gewerkschaften anderer Länder unterhalten, und auf diese Weise, sowie durch internationale Gewerkschaftsverbände die Kräfte der Arbeiter der ganzen Welt zusammenfassen.

Da die Gesetzgebung der verschiedenen Länder der Freiheit der Arbeiter zu nationaler und internationaler Verbindung Hindernisse anlegt, so müssen die Arbeiter die öffentlichen Gewalten veranlassen, diesen Zustand zu beseitigen; sie dürfen aber für ihre Befreiung sicher nur auf sich selbst zählen und müssen auf alle Fälle jenes internationale Band knüpfen, welches einzig und allein das Unterpfand des Erfolges ist.

Angeichts der gegenwärtigen Schwierigkeiten, diesen internationalen Bund zu organisieren, und angesichts der Notwendigkeit, unverzüglich Verbindungen zwischen den Arbeitern der verschiedenen Länder herzustellen, müssen nationale Gewerkschafts-Sekretariate geschaffen werden, welche die statistischen Daten und die Aktenstücke sammeln, die der Gesamtheit der Arbeiterorganisationen nötig sind.

Da der Streik und der Boykott gegenwärtig die einzigen Waffen der Arbeiter sind, um gegen das Kapital zu kämpfen, so müssen die gewerkschaftlichen Verbindungen sich in den Stand setzen, sie mit Nachdruck anzuwenden. Streik und Boykott der einen Organisation müssen von allen anderen Arbeiterverbindungen und hauptsächlich von den ähnlichen Arbeiterorganisationen der übrigen Länder unterstützt werden. Immerhin sollen die Arbeiter, wenn möglich und wenn es ihre Würde gestattet, eher zur Vermittlung und zum Schiedsgericht als zum Streik greifen.

In allen Ländern muß eine unaufhörliche und nachdrückliche Propaganda zu Gunsten der gewerkschaftlichen Organisation gemacht werden, damit alle Arbeiter nicht nur für den augenblicklichen Kampf vereinigt werden, sondern in der Ueberzeugung und der Absicht, ihre endgültige Befreiung zu verfolgen und zu erreichen.

1. Gewerkschaften.

1. Es sind in allen Ländern und für alle Berufe Gewerkschaften zu errichten, welche nur Arbeiter zulassen. 2. Ihr Zweck besteht in der Verteidigung und Eringung menschenwürdiger Löhne, in der Heruntersetzung der Arbeitszeit und vor allem in der Umgestaltung der kapitalistischen Wirtschaft in eine solche der gerechten Verteilung der Arbeitsprodukte. 3. Die Gewerkschaften müssen sich national und international nach Berufen verbinden. 4. Diese nationalen und internationalen Gewerkschaftsverbände dürfen ihre Bestrebungen nicht nur auf ihre Gewerke oder bestimmte Plätze beschränken, denn die Arbeiterfrage ist überall ein und dieselbe und kann nur durch einen Bund aller Gewerkschaften gelöst werden.

2. Korrespondenz, Statistik, Propaganda.

1. Die Gewerkschaften der einzelnen Länder müssen unter sich sowohl als auch mit denen anderer Länder festgesetzte Verbindungen unterhalten. 2. In jedem Lande muß ein Gewerkschafts-Sekretariat errichtet werden zu dem Zweck, mit den Gewerkschafts-Sekretariaten der anderen Länder zu verkehren, und um alle Berichte und statistischen Daten zu sammeln, welche für die Gewerkschaften und Gewerkschaftsverbände von Interesse sind. 3. Diese Sekretariate dürfen sich nur mit der Verwaltung befassen. 4. Jede Nation kann das Gewerkschafts-Sekretariat nach ihrem Gutdünken einrichten. 5. Die Länder derselben Sprache sollen sich über die Herausgabe eines Kalenders verständigen. Derselbe soll der Propaganda namentlich unter dem ländlichen Proletariat dienen. 6. Alle Jahre soll durch diese Sekretariate ein Bericht in allen Sprachen herausgegeben werden, welcher statistische Daten enthält und über die Resultate der Propaganda, sowie der gewerkschaftlichen und sozialistischen Agitation Aufschluß giebt.

3. Koalitionsrecht, Streiks, Boykott.

1. Die Koalitionsfreiheit, welche in einigen Ländern ganz unterdrückt, in anderen beschränkt ist, muß von allen Arbeiterorganisationen gefordert werden. 2. Streik und Boykott sind zweifelhafte Waffen; die Arbeiterorganisationen sollen sie deshalb nur nach reiflicher Prüfung aller Verhältnisse anwenden, vor allem, wenn sie von den Arbeitsherrn dazu nicht herausgefordert werden. 3. Es muß die größte Propaganda entfaltet werden, damit alle Arbeiter diejenigen Gewerkschaftsverbände unterstützen, welche einen Streik unternehmen. 4. Die ähnlichen Verbände anderer Länder müssen ihr Möglichstes thun, um den Sieg der im Streik befindlichen Gewerkschaften eines Landes zu sichern, sei es durch eine ähnliche Bewegung in ihrem Lande, sei es durch moralische und materielle Unterstützung. 5. Die Arbeiter müssen sich durch eine starke Organisation auf die Möglichkeit eines Generalstreiks vorbereiten.

4. Gesetzliche Bürgerrechte für das Vereins- und Koalitionsrecht.

Die Arbeiter sollen die Parlamente und Regierungen ihrer Länder veranlassen, ein Gesetz über die Gewerkschaften zu geben, welches folgende Punkte enthält:

1. Alle Gewerkschaften, welche das Studium und die Verteidigung der wirtschaftlichen Interessen der Lohnarbeiter bezwecken, sollen sich beliebig zu Bänden und Verbänden mit den Gewerkschaften ihres oder anderer Berufe vereinigen dürfen. 2. Diese Bände oder Verbände sollen sich nach Gutfinden mit ähnlichen Bänden oder Verbänden anderer Nationen zu internationalen Bänden oder Verbänden vereinigen dürfen. 3. Jeder Lohnarbeiter muß einer Gewerkschaft angehören. 4. Jede Gewerkschaft muß Fremde zu denselben Bedingungen wie die Einheimischen aufnehmen. Für die verschiedenen Leiter der Gewerkschaften darf zwischen Einheimischen und Fremden kein Unterschied gemacht werden. 5. Die Gewerkschaften und Gewerkschaftsverbände müssen das Recht der juristischen Person besitzen. 6. Die Arbeits-

vermittlung muß ausschließlich in den Händen der Gewerkschaften oder von Arbeitsbüros liegen, welche von Gewerkschaften verwaltet werden. 7. Die öffentlichen Arbeiten dürfen nur an Arbeitergewerkschaften vergeben werden. Für den Fall, daß eine Arbeitergewerkschaft sie nicht annimmt, dürfen sie nur an solche Unternehmer vergeben werden, welche ausschließlich Mitglieder der Gewerkschaften beschäftigen. 8. Das Koalitionsrecht wird durch das Gesetz verbürgt. Dasselbe muß schwere Strafen gegen diejenigen enthalten, welche das Vereins- und Koalitionsrecht der Arbeiter verletzen oder bedrohen. 9. Die Gesetze gegen die Internationale sowohl, wie alle Gesetze, welche dem Vereinsrecht Fesseln anlegen, sind abzuschaffen.

Bot: Die deutschen Delegierten haben sich die größte Mühe gegeben, alles zu ermöglichen, was möglich ist. Zu einem bestimmten Resultat ist man aber nicht gekommen, weil für diese Frage die gesetzlichen Schwierigkeiten uns immer entgegengetreten. Wir haben uns auf den Boden des erreichbar möglichen gestellt und versucht, die anderen Nationen mitzunehmen. Aber die Franzosen, welche freiere Bewegung auf gewerkschaftlichem Gebiete haben, machten nicht mit. Sie sagten, es ist möglich, eine allgemeine prinzipielle Erklärung zu geben. Wir haben in der vorliegenden Frage den Haller Beschluß zu Grunde gelegt. Man ist in der Kommission zu weit gegangen. Die Österreicher, Holländer, Rumänen und Schweizer sind ganz unserer Meinung, daß man nur das Erreichbare fordert. Der Internationalität haben wir in der Resolution so weit Ausdruck verliehen, daß man Vertrauensleute erwählt, welche unter einander in Verbindung treten, was ja die Textil-, Holz- und Metallarbeiter schon gemacht haben. Die Wahl eines internationalen Komitees, wie vorgeschlagen, ist nach deutschen Landesgesetzen unmöglich und unzulässig und die Kommission würde davon Abstand genommen haben, wenn alle Mitglieder derselben mit unseren diesbezüglichen Gesetzen bekannt sein würden. Was wir thun können, um dem internationalen Gedanken Ausdruck zu geben, das thun wir. Ich wünsche, daß es der Kongress uns beistimmt, daß nicht der Mangel an gutem Willen, sondern die bestehenden Gesetze es sind, welche uns vor der Annahme des Vorschlags zurückhalten. Wir wären in dieser Frage übrigens auch schon in der Kommission zur Einigkeit gekommen. Allein, es hat uns an einem brauchbaren Uebersetzer gefehlt.

Betreffs eines Generalstreiks erklärt Redner sich Namens der Deutschen selbstverständlich gegen einen solchen.

Dr. Aveling möchte besonders einige Worte über das internationale Sekretariat verlieren. Er spricht hier nicht bloß im Namen des Gasarbeiters von Großbritannien, sondern insgesamt für 70 000 organisierte Arbeiter. Diese haben schon durchgeführt, das zu thun, was hier vorgeschlagen ist. Es giebt ein nationales Sekretariat für Großbritannien, wodurch die Arbeiter, welche er repräsentiert, einen Uebersicht über den Gang der Dinge in anderen Ländern haben. Die Engländer möchten sich mehr dem Vorschlage der Deutschen anschließen. Redner meint, die Behauptung der Herrscher, die Internationale sei tot, beruhe auf voller Mißerkennung der Thatfachen. Die Internationale ist nicht tot, sie ist wieder erwacht. In allen Ländern haben wir denselben Gedanken, dieselbe Propaganda, sie lebt in den Resolutionen, die wir hier fassen.

Roscher bemerkt, daß noch 20 Redner eingezeichnet sind und bittet, sich streng an die Tagesordnung zu halten.

Soviat, Vertreter der Minenarbeiter aus dem Borinage-district, amendirt den 2. Punkt der Resolution mit folgendem Vorschlag:

„Die Gewerkschaften, welche der Arbeiterorganisation der verschiedenen Länder angehören, werden aufgefordert, sofort von den Arbeitervereinen desjenigen Landes, in welchem sie beschäftigt sind, zu verlangen sich zu verpflichten, nie unter den von den Gewerkschaften festgesetzten Löhnen zu arbeiten. Diejenigen, welche sich weigern, in die Gewerkschaften einzutreten, sollen als Verräther an der Arbeiterschaft gestempelt werden und die organisierten Arbeiter haben dafür zu sorgen, daß diese Arbeiter die Arbeit verlassen, sei es in der Werkstatt, sei es in den Minen.“

Delporte, Berichterstatter der Minorität, erklärt Namens der Franzosen, daß er die deutsche Resolution, doch mit einer Veränderung, zu welcher die Deutschen ihre Zustimmung gegeben haben, annimmt. Die Resolution lautet folgendermaßen:

Resolution der Majorität Sektion II.

Unter den heutigen ökonomischen Verhältnissen und bei dem Bestreben der herrschenden Klassen die politischen Rechte und die wirtschaftliche Lage des Arbeiters immer tiefer herunter zu drücken sind Streiks und Boykotts eine unumgängliche Waffe für die Arbeiterklasse, einmal um die auf ihre materielle oder politische Schädigung gerichteten Bestrebungen ihrer Gegner zurückzuweisen, dann aber auch um ihre soziale und politische Lage nach Möglichkeit innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft zu verbessern.

Da aber Streiks und Boykotts zweifelhafte Waffen sind, die am unrechten Orte oder zur unrechten Zeit angebracht die Interessen der Arbeiterklasse mehr schädigen als fördern können, empfiehlt der Kongress den Arbeitern sorgfältige Erwägung der Umstände, unter welchen sie von diesen Waffen Gebrauch machen wollen. Insbesondere betrachtet es der Kongress als zwingende Notwendigkeit, daß die Arbeiterklasse zur Führung solcher Kämpfe sich gewerkschaftlich organisiere, um sowohl durch die Wahl der Zahl, wie auch die materiellen Mittel die beabsichtigten Zwecke erreichen zu können.

Von diesen Auffassungen ausgehend empfiehlt der Kongress allen Arbeitern kräftige Unterstützung der gewerkschaftlichen Organisation; zugleich erhebt der Kongress Protest gegen alle Versuche der Regierungen und der Unternehmerklasse, das Recht der Vereinigung der Arbeiter irgendwie zu beschränken. Zur Sicherung des Koalitionsrechtes verlangt der Kongress Befreiung aller Gesetze, welche geeignet sind, dem Koalitionsrecht irgend welche Schranken zu ziehen, desgleichen Bestrafung aller derjenigen, welche die Arbeiter in der Ausübung dieses Rechtes verhindern.

Und da, wie wünschenswert auch eine Zentralorganisation der Kräfte der internationalen Arbeiterschaft wäre, diese im Augenblick an Schwierigkeiten aller Art scheitert, so beschließt der Kongress, der Solidarität der Arbeiter in den verschiedenen Ländern ein gemeinsames Mittel an die Hand zu geben:

Indem überall, wo dies möglich ist, in jedem Lande die Errichtung nationaler Arbeitssekretariate, fordert damit, so wie von irgend welcher Seite sich ein Konflikt zwischen Kapital und Arbeit entwickelt, die Arbeiter der verschiedenen Nationalitäten davon benachrichtigt werden können um ihre Maßnahmen zu treffen.

Singer hebt hervor, daß die Zeit des Kongresses mit dem Verlesen und Ueberlesen der Amendements zu stark beansprucht wird. Er schlägt vor, daß in der Generaldiskussion die Amendements gleich mit verlesen und berücksichtigt werden. Das Ganze wird dann der 2. Kommission übergeben, die darauf, genau wie gestern dem Kongress eine neue Resolution unterbreitet. Er seinerseits erklärt sich mit der Resolution Delporte einverstanden.

Allemane: Wenn Singer sagt, daß er sich mit Delporte's Resolution einverstanden erklärt, so muß er erwägen, daß das

dieserjenige der Minorität ist. Es ist das nicht die Resolution der französischen Delegierten.

Neuer Antrag.

Von den bis jetzt eingeschriebenen 26 Rednern soll jede Nation einen, und wenn eine starke Minorität vorhanden, zwei Redner wählen.

Einmütig angenommen.

Schluß der Sitzung 12 1/2 Uhr.

Nachmittags-Sitzung am 3. Uhr.

Bolders theilt den Eingang von weiteren 22 Telegrammen — eines aus Australien — und eines Briefes von Lawroff mit, welcher im Namen der flüchtigen russischen Sozialisten geschrieben ist.

Turati giebt verschiedene Mitteilungen, Spezialkongresse betreffend, bekannt, und liest eine Karte von Merlino vor, in welcher derselbe unter dem Eindruck des eben Erlebten darauf aufmerksam macht, daß man hoffentlich recht bald von der Idee zurückkommen werde, die Lage der Arbeiter durch Gesetze u. s. w. regeln zu wollen.

Delporte versichert, daß der Unterschied zwischen der Minorität und der Majorität gar nicht so groß war, wie es die Deutschen angenommen hatten. Man wolle kein Zentralbureau für alle Länder, sondern eins für jedes Land. Die Majorität hielt dafür, daß dieses ein gewerkschaftliches sein sollte, während die Minorität die Auffassung hatte, daß ihm alle Elemente beigefügt sein könnten, Gewerkschaften und Sozialisten. Solchermaßen zusammengesetzt würde das Syndikat, oder wenn es besser klingt, dies Bureau nicht bloß Fragen über Arbeitslohn und Arbeitszeit behandeln können, es könnten auch Statistiken über die Gesundheitslage, über Arbeiterbewegung und vieles Andere vornehmen. Andererseits könnten wir etwas über den Arbeitsmarkt erfahren. Allerdings haben wir ja schon in Amerika und in der Schweiz solche statistische Bureaus. Die sind aber nicht immer zuverlässig und geben über Fragen, die uns gerade lebhaft interessieren, über die Ursachen des Streiks u. s. w. gar keine Mitteilungen. Die Statistiken, welche die einzelnen Nationalbureaus nach Ansicht der Minorität sammeln könnten, würden, von allen Ländern gesammelt, ein ganz gutes Bild abgeben und dazu angethan sein, die Zukunft vorzubereiten für die Arbeiterbewegung. Bezüglich des Generalstreiks, gegen den sich die Deutschen so sehr stemmen, meint Redner, daß, wenn nicht dieser unterstützt werden wird, man dann sein Augenmerk den Kiesenstreiks, welche jetzt mehr und mehr auf der Oberfläche erscheinen, seine Sympathie bezeugen soll.

Dasinkv (Polen): Wenn auch wir Polen die Zeit des Kongresses in Anspruch nehmen, so geschieht das aus vielen Gründen. Die Resolution der Minorität protestirt gegen die Versuche der Regierung, die Arbeiterbewegung zu unterbinden. Wir aber kommen aus einem Lande, wo jeder Versuch einer Arbeiterbewegung hinter den Mauern von Warschau oder der Petersburger Citadelle sein Ende findet. Unsere Lage in Polen ist elend. Darum können wir auch eine bestimmte Form, welche uns vom Kongress vorgeschrieben wird, nicht ins Leben führen. Die Form der Vermittlung zwischen den einzelnen Ländern, wenn sie denselben selbst überlassen werden, dann sind wir dafür. Wir hoffen, daß es möglich sein wird, eine solche Institution für Rußisch-Polen zu finden. Die vom Kongress a priori in Aussicht genommene Institution müssen wir indessen ablehnen. Jedes Land muß autonom sein, sonst geht es nicht.

Bliegen (Holland) meint, daß der Kongress jetzt auch etwas Entschlossenheit schaffen müsse und sich nicht bloß auf die Versicherung von Sympathie x. beschränken dürfe. Von der internationalen Organisation haben wir bis jetzt nichts gehört, als Worte. Wir hätten gewünscht, daß sie eine Thatfache würde. Mit Schmerz haben wir gesehen, daß das Gute, was in der Resolution liegt, in zweiter Redaktion ausgemerzt ist. Redner sagt dann, daß die Texte der Resolution der Minorität nicht stimmen. Der französische Text schiebt die Schuld, daß ein internationales Bureau nicht geschaffen werden kann, den „Verhältnissen“ in die Schuhe; im deutschen Text sind „die Gesetze“ daran schuld. Was ist denn nun schuld daran? Es ist zu viel gesagt, wenn die Gesetze die Schuld daran tragen. Ein Sekretär kann für jedes Land gewählt werden. Warum kann ein Sekretär nicht ebenso gut in Paris oder London leben? Die Gesetze des Landes können nie so stark sein, daß sie die Briefe, welche über Hamburg x. gehen, wegschnappen. Betreffs des statistischen Bureaus bemerkt Redner, daß Domela-Nieuwenhuis in der zweiten holländischen Kammer ein solches von Staatswegen verlangt hat. Diese habe mehr Gewicht. Wir sagen, eine solche amtliche Statistik ist nicht unparteiisch. Aber das Rämliche wird die Bourgeoisie von unserer Statistik auch sagen. Haben wir aber eine staatlich vorgenommene Statistik, so können wir uns genug der Waffen zur Bekämpfung der heutigen Gesellschaft holen. Er wolle auch noch an das besonders in Holland sehr übliche Trucksystem erinnern.

Farnell (England) vertritt hier nicht bloß seine direkten Mandatgeber, sondern die gesamte organisierte Arbeiterschaft Englands von den gemäßigtesten Trades-Unionisten bis zu den strengsten Sozialisten, mehr als 315 000 Mann. Er meint, daß man entweit nicht vorwärts kommt. Die Arbeiter müssen sich alle zusammenschließen. Ein großer Theil der Opposition gegen die Resolution wäre unterblieben, wenn man besser verstanden hätte, um was es sich dreht. Es handelt sich um die Schaffung eines Zentral-Komitees, welches alle umfassen soll. Aber wir wollen ein Nationalkomitee. Das andere würde zu verwickelt sein. Dieser Zentralpunkt jeder Nation kann Sammlungen veranstalten über aufgestellte Fragen. Alljährlich kann eine Uebersicht veranstaltet werden, die dann, zusammengenommen mit denjenigen der anderen Länder, eine Gesamtübersicht ergibt. Bezüglich des Generalstreiks glaubt er nicht an seine Möglichkeit. Eher würde der Mensch fliegen lernen. Ein solcher Streik ist aber auch gar nicht notwendig. Er kann bloß daher kommen, weil die Arbeiter nicht organisiert sind. Sind alle Arbeiter in Gewerkschaften organisiert, dann bedarf es weiter nichts, als eines einzigen Schrittes, um der Arbeiterklasse den vollen Ertrag ihrer Arbeitsleistung zu geben. In England giebt es 90 000 Tischler. Wenn davon bloß 60 000 gewerkschaftlich organisiert sind, kann dieser Schritt, meint Redner, gehen werden, die Arbeiterklasse kann sich in den Besitz der Produktionsmittel bringen. Und was für eine Branche gilt, gilt für zwei und was für zwei durchführbar, ist für drei, vier und alle durchführbar, ist durchführbar für alle Länder.

Polarny (Oesterreich): Wenn in der zweiten Kommission von vornherein Differenzen gewesen sind, so sind diese darauf ein internationaler Sozialistenkongress sich mit der Gewerkschaftsfrage zu beschäftigen hat, sehr weit auseinandergegangen. Wir Deutschen sagten uns, ein internationaler Sozialistenkongress kann nicht mehr thun, als aussprechen, welche Stellung er gegenüber der Gewerkschaftsbewegung einnimmt und was er von ihr erwartet. Die andere Meinung war die, daß der internationale Kongress einen vollständigen Katechismus auszuarbeiten habe, wie die gewerkschaftliche Bewegung zu leiten, wie Streiks zu organisieren seien u. s. w. Das war der Anlaß, weshalb überhaupt Meinungsverschiedenheiten sich bemerkbar machten. Wir mußten dann auch Abstand nehmen, uns weiter mit den französisch sprechenden Genossen einzulassen, deshalb, weil diese von den Franzosen vorgeschlagene Resolution wohl Platz haben kann in einem sozialistischen Programm, nicht aber in der Gewerkschafts-

(Fortsetzung in der 2. Beilage.)

2. Beiblatt zur Berliner Volks-Tribüne.

Nr. 35.

Sonnabend, den 29. August 1891.

V. Jahrgang.

(Fortsetzung aus der 1. Beilage.)

bewegung. Die hier gefaßten Beschlüsse dienen als Wegweiser aller Länder. Und da können wir denn nicht verhindern, daß Dummheiten gemacht werden, insofern, als einige Gewerkschaften sich zu Dingen wärdigen hinstellen lassen, die zu ihrem Verderben führen. Die französische Resolution würde es mit sich bringen, daß eine ganze Anzahl von Gewerkschaften, und besonders in Oesterreich, als politische Vereine aufgeföhrt und darum aufgelöhrt werden. Und Niemand hätte größere Freude daran, als die Polizei. Wir sind gegen die lange Resolution, weil der Kongreß da Vorschriften macht, die in vielen Ländern undurchführbar sind. Für den Kongreß handelt es sich hauptsächlich, im Auftrage der Gewerkschaften das fortzusetzen, was im Bereich des gegenwärtig zu Erzielenden liegt und durchzuführen möglich ist. Es ist keine Heldenthat, immer und immer zu sagen: das und das erstreben wir. Besser ist es, man redet weniger und handelt mehr. Wenn ein Schritt gethan werden muß, ist es besser, man thut ihn und redet nicht darüber, als daß man ein Vorgesetztes und Breites redet und ihn nicht thut. Von den schwärmerischen Resolutionen der Franzosen haben wir absehen müssen. Ein guter Gewerkschaftler ist auch zugleich ein guter Sozialist.

Zurati theilt mit, daß alle Franzosen, mit Ausnahme eines einzigen Delegirten, sich um die Resolution der Deutschen mit einem Amendement Decluze und einer englischen Verbesserung*) geeinigt hätten. Die anderen Nationen sind damit einig. Eine weitere Debatte scheint dann überflüssig.

Nach sehr erregter Debatte und großer Unruhe wird beschlossen, die Resolution in Druck zu geben, Morgen früh zu vertheilen und sofort nach Nationen abzustimmen.

Schluß der Sitzung 6 Uhr.

Brüssel, 21. August.

Vormittags-Sitzung um 10¹/₂ Uhr.

Abstimmung über Punkt 2 der Tagesordnung.

Das Präsidium ist bei den Rumänen und Norwegern. Vorliegende sind Wille und Zeppen.

Wille betont, daß der heutige Tag, wo wir über den Militarismus diskutieren werden, sehr feierlich für ihn sei, spielt doch diese Frage auch in Rumänien eine große Rolle und lastet der Militarismus doch auch auf Rumänien, einem Lande, wo der Bauer in Wohnungen lebt, welche nicht besser sind als die Höhlen der prähistorischen Troglodyten, wie ein Alp. Angesichts der Einmüthigkeit, mit welcher bis jetzt die Beschlüsse gefaßt sind, könne man mit Recht behaupten, Marx's Wort sei schon in Erfüllung gegangen: „Proletarier aller Länder, ihr seid vereinigt!“

Darauf giebt der Vorsitzende bekannt, daß die Franzosen, welche am Sonntag abreisen müßten, ein Gesuch an den Kongreß gerichtet haben, daß die Redner so wenig wie möglich die Kongreßzeit in Anspruch nehmen, damit die Tagesordnung erledigt werden kann.

Nach einigen weiteren Mittheilungen erhält das Wort Dumay, Abgeordneter der Kammer, zu einem Bericht über den Streik in Wignehies. Die Ursache der Arbeitslosigkeit ist daher gekommen, daß ein Arbeiter wegen Agitation für den Fachverein gemahngelagt wurde aus einer Werkstatt mit 400 Arbeitern. Da er nicht wieder angenommen wurde, erfolgte ein allgemeiner Streik dort. Die Deputation reiste darum sofort von dem Kongreß ab, weil sie glaubte, es sei Unruhe ausgebrochen. Dort angekommen, fanden sie aber alles ruhig, fest und entschlossen. Der Beginn des Streiks ist der 15. Juli. Da 15 Streikbrecher engagirt wurden, begaben sich 2000 Mann zu ihnen und brachten eine Kapelmusik als Serenade. Es kam Infanterie und eine Schwadron Kavallerie. Am andern Morgen fand jeder Arbeiter auf seinem Plage eine Kündigung. Die gewählte Frist warteten sie aber nicht ab. Sie legten sofort die Arbeit nieder. Darauf übersandten die Prinzipale das Arbeitsbuch sammt dem Pohne der Polizei, damit diese es den Arbeitern übermitteln sollte. Zwei der Deputirten gingen darauf sofort nach Paris zum Minister des Innern, um dagegen zu protestiren, daß die Polizei dazu gebraucht werde, den Kapitalisten Dienste zu leisten. Es wurde eine große Versammlung abgehalten, 4000 Teilnehmer stark, welche halb aus Frauen, halb aus Männern bestand. Derselbe begrüßte es enthusiastisch, daß der Kongreß in seinen Beratungen sich auf den Boden des Klassenkampfes stellt. Die Deputation wurde dann von der ganzen Versammlung zur Bahn geleitet und dort im Angesichte der Polizei und der bewaffneten Macht wurden derselben zwei große Blumensträuße mit der Bitte übergeben, dies Zeichen der Streikenden, welches die Frauen selber gepflückt, dem Kongreß zu überreichen. Redner fordert auf, die Streikenden auch materiell zu unterstützen.

Wille kündigt einen weiteren Delegirten aus Belgien an.

Die Resolution der Majorität der Kommission mit dem Amendement wird von allen sechsundzwanzig Nationen einstimmig und dann nochmals durch Affirmation angenommen.

3. Haltung und Pflichten der Arbeiter gegenüber dem Militarismus.

Berichterstatte: Liebknecht, Baillant.

Liebknecht: Es sind zwei Referenten gewählt worden, ein Deutscher und ein Franzose, weil hauptsächlich diese beiden Nationen in Frage kommen. Beide werden das nämliche sagen, wenn auch nicht in denselben Worten. Zunächst habe ich zu bemerken, daß in der Kommission, die sich mit dieser Frage beschäftigt hat, die vollste Einigkeit geherrscht hat. Wenn die Setzungen aus Sprengen, daß es zwischen Deutschen und Franzosen zu Meinungsverschiedenheiten gekommen, so ist das ein vollständiger Irrthum. Es heißt, man habe chauvinistische Gefühle bekundet, die Franzosen seien zwar gute Sozialisten, aber sie hätten nicht auf den Gedanken eines Rebanchekrieges gegen Deutschland verzichtet. Das Wort Rebanche ist in der ganzen Debatte nicht ein einziges Mal gebraucht worden. Im Gegentheil, gerade mit unseren französischen Genossen haben wir in vollständigster Harmonie verkehrt und ich kann den Vertretern der Presse hier die sichere Mittheilung machen, daß der Frage von Esch-Vothringen, von der man bestimmt erwartet hat, daß sie den Kongreß sprengen würde, auch nicht mit einem Worte gedacht worden ist, und zwar ganz einfach deshalb nicht, weil es für die Sozialdemokratie überhaupt keine solche Frage giebt. Wenn die sozialistische Gesellschaft in Deutschland und Frankreich organisiert ist, dann wird von Esch-Vothringen zwischen den beiden Ländern überhaupt nicht die Rede sein. Das sind Fragen, die aus der heutigen korrupten, verkehrten Gesellschaft hervorgegangen sind. In der Kommission sind Vorschläge gemacht worden und Anfragen erschienen, wie man sich im Falle eines Krieges verhalten solle. Die grove militaire (Soldatenstreik) ist gerade von den Nationen, die am schwersten unter der Last der Kriegserüstungen zu leiden haben, abgewiesen worden. Weiter

ist der Gedanke aufgetaucht, daß in die Resolution der Gedanke der Friedensliga mit zu verbinden sei. Gleichzeitig mit der Maidemonstration sollte eine Friedensdemonstration verbunden werden. Dem gegenüber habe ich von französischer Seite erfahren, daß die Masseier in Frankreich zugleich als eine Verbrüderung betont worden ist. Und in Deutschland ist keine einzige Versammlung gewesen, ohne daß diesem selben Gedanken ebenfalls wäre Ausdruck verliehen worden. Das nämliche war in Frankreich, wie gesagt, und aus diesem Grunde fiel dieser Gedanke aus.

Die Sozialdemokratie sollte zu einer Friedens- und Freiheitsliga gemacht werden. Aber das ging nicht. Diese Bestrebungen sind dem Boden der Bourgeoisie entwachsen und obwohl man persönlich ihnen freundlich gegenüberstehen kann — ich selber bin Mitglied einer solchen Liga — so müssen sie machtlos sein, weil sie das Uebel nicht an der Wurzel anpacken. Die Militärfrage ist im eminenten Sinne eine soziale Frage. Wenn die Arbeiterklasse emanzipirt wäre, wie könnte es dann noch einen bewaffneten Frieden geben? Der deutsche Arbeiter hat nicht seinen Feind in dem französischen, dem österreichischen, englischen Arbeiter, er hat seinen Feind in dem deutschen Kapitalisten, im Bourgeois des eigenen Landes. Und so geht es mit dem französischen Arbeiter. Der Feind des französischen Arbeiters ist der französische Bourgeois. Der deutsche Arbeiter ist kein Verbündeter und dieser Gedanke war es, welchem wir Ausdruck geben mußten.

In wie großem Maße die Militärfrage eine soziale Frage ist, erhellt aus der Thatsache, daß z. B. die deutsche Bourgeoisie, nachdem sie, als sie noch politische Ideale hatte, sich gegen den Militarismus auflehnte, jetzt für die enormsten Ausgaben, für die ungeheuerlichsten Vorlagen stimmt. Und warum? Wollen die Bourgeois Krieg mit Frankreich? Nein! Sie brauchen die Armee gegen den inneren Feind, ihren Todfeind, gegen die Arbeiter. Dasselbe ist in Frankreich der Fall. Und so ist nachgewiesen, daß der Militarismus eine hochwichtige soziale Frage ist.

Das Resultat, wenn der Krieg ausgebrochen, läßt sich gar nicht absehen. Millionen werden am ersten Tage auf den Weiden sein. Der letzte deutsch-französische Krieg wird, verglichen mit dem nächsten Kriege, wenn er kommt, ein reines Kinderspiel sein. Vegerter wird ein Kampf sein, welcher Sieger wie Besiegte um Jahrzehnte in der Kultur zurückwirft, unsere Zivilisation vielleicht um Jahrhunderte, und die Elemente, welche die Kulturträger der Zukunft sind, das Proletariat, wird gebrochen sein. Die Arbeiterklasse hat darum die heilige Mission, dafür zu sorgen, und mit aller Macht zu protestiren und zu reagiren, daß der Versuch, die Völker gegen einander aufzubringen und die Kultur in einer einzigen großen Katastrophe zu Grabe zu tragen, zu nichts zu machen. Dieser Katastrophe im Voraus zu begegnen, ist unsere Aufgabe. Ist der Krieg entfesselt, ist die Bestie im Menschen aufgeweckt, dann hat die Vernunft zu schweigen, die Humanität ihr Haupt zu verfallen, dann geht das Norden an, das Norden. Und jeder, der sich dazwischen wirft, um dem Einhalt zu thun, er wird zermalmt werden. Darum müssen wir vorher noch, ehe es zu spät wird, aufklären, daß der bewaffnete Friede die Massen schädigt, daß Alles hoffnungslos ist, wenn nicht ein Zustand geschaffen wird, der solche Verhältnisse überhaupt unmöglich macht. Damit die Resolution, welche ich Ihnen zur Verlesung bringe, in der ganzen Welt widerhalle, bitte ich Sie, dieselbe einstimmig anzunehmen.

Resolution über den Militarismus.

In Erwägung, daß der Militarismus, welcher auf Europa lastet, das nothwendige Resultat des permanenten — offenen und latenten — Kriegszustandes ist, welcher durch das System der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und den dadurch erzeugten Klassenkampf der Gesellschaft erzeugt wird,

erklärt der Kongreß, daß alle, die ökonomischen Ursachen des Uebels nicht treffenden Bestrebungen auf Beseitigung des Militarismus und auf Herbeiführung des Friedens unter den Völkern ohnmächtig sind, so edel die Beweggründe sein mögen,

daß allein die Schaffung der sozialistischen Gesellschaftsordnung, welche die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt, dem Militarismus ein Ende machen und den Frieden unter den Völkern herbeiführen kann,

daß demzufolge Alle, welche dem Kriege ein Ende machen wollen, die Pflicht haben, sich der internationalen Sozialdemokratie, als der einzigen wirklichen und grundsätzlichen Friedenspartei anzuschließen.

Angesichts der immer drohender werdenden Lage Europas und der chauvinistischen Hejereien der herrschenden Klassen fordert der Kongreß die Arbeiter aller Länder auf, gegen alle Kriegsgelüste und denselben dienenden Bündnisse unablässig und energisch zu protestiren und zu wirken und durch Vollendung der internationalen Organisation des Proletariats den Triumph des Sozialismus zu beschleunigen.

Der Kongreß erklärt, daß dies das einzige Mittel ist, die furchtbare Katastrophe eines Weltkrieges abzuwenden, dessen unabsehbar verhängnisvolle Folgen die Arbeiterklasse in erster Linie zu tragen hätte,

mährend die Verantwortung für eine solche Katastrophe vor der Menschheit und vor der Geschichte einzig und allein den herrschenden Klassen zufällt.

Baillant bestätigt, was Liebknecht über die Verhandlungen in der Kommission gesagt. Von Rebanche und Esch-Vothringen ist kein Wort gesprochen worden. Es sind das Verleumdungen der Bourgeoispresse. Militarismus sei Caesarismus und wie wir diesen, so werden wir jenen bekämpfen. Die Arbeiterkongresse von 1889 fordern die Abschaffung der stehenden Heere. Aber wir müssen uns heute tollerter ausdrücken. Die Gründe, welche die Arbeiter dem Fabrikanten und Unternehmer ausliefern, sie sind die nämlichen, welche den Militarismus bedingen. So lange der Kapitalismus dauert, wird auch der Militarismus am Leben bleiben und mit ihm das Elend, die Knechtschaft die Unterdrückung in jeder Gestalt, so lange wird ein Theil und der beste Theil des Volkes in Kasernen eingesperrt und der Allgemeinheit entzogen werden. Aus diesen Gründen alle müssen wir den Krieg in jeder Gestalt bekämpfen. In derselben Weise und aus den natürlichen Gründen, aus denen wir dagegen kämpfen, daß der Kapitalist in Gestalt des Mehwortbes unbegahlte Arbeit einstreicht, müssen wir auch gegen den Militarismus Front machen, müssen wir auch diesen bekämpfen. Aus diesem Grunde bekämpfen wir auch die färslichen Allianzen, denn in

legter Instanz sind sie nichts weiter als Allianzen, Vorthell für den Kapitalismus.

Wille giebt bekannt, daß noch 6 Redner eingezeichnet sind; zu dem sind 3 Amendements, von denen das eine zurückgenommen ist. Neue Redner melden sich fortwährend. Was soll geschehen. Vielleicht ist der Schluß der Diskussion das Beste und die Resolution wird durch Affirmation angenommen.

Thorne (England) stellt Schlußantrag.

Domela-Nieuwenhuis erklärt sich gegen diesen Antrag. Es sei eine andere Resolution eingelaufen, welche nicht berücksichtigt worden ist. Das sei nicht richtig.

Schlußantrag wird mit erdrückender Majorität abgelehnt.

Wille: Das Wort hat

Domela-Nieuwenhuis (mit Applaus empfangen); Bitte, werthe Genossen, applaudiren Sie nicht vorher, ehe ich nicht geendet habe, es könnte doch sein, daß sie diesen Applaus bereuen und dann ist er nicht mehr zurückzunehmen.

Eine Resolution zu geben, die man möglichst einstimmig angenommen haben will, ist sehr leicht. Es giebt ein allgemeines Rezept, dieselben anzufertigen und das lautet: halte sie so allgemein, so leer, daß jeder sie annehmen kann, weil sie eben nichts sagt. Im allgemeinen ist es eine Gefahr für die internationalen Kongresse, daß man sich in Worten verliert und wenn sie die vorliegende Resolution betrachten, so geht es uns genau so, wie mit allen anderen. Diese aus so vielen Worten bestehende Resolution ist eine einzige große Phrase. Soll ich's Ihnen nachweisen? Man braucht nur ein einziges Wörtchen zu ändern und ein jeder Kongreß kann sie annehmen. Alle wissen wir, daß der Krieg ökonomische Ursachen hat. Und so kann der Weisliche sagen: Christianisirt diese Ursachen und das Uebel wird verschwinden. Sehen sie statt des Wortes „der Sozialismus ist die einzige Friedenspartei“ das Wort: „das Christenthum“ und dann haben sie es wieder! Und wie steht es denn damit, daß wir die Verantwortung in der Geschichte und der Menschheit für Alles was da kommt, der Bourgeoisie überlassen. Sie ihrerseits schiebt die Verantwortung uns zu. Das ist gerade so, wie wenn sich zwei Jungen streiten; der eine sagt, Du bist Schuld, und der andere sagt: nein, Du bist der schuldige Theil. Das alles sind große Worte ohne jedweden Inhalt und wodurch wir uns vor der Welt bloß lächerlich machen.

Auch in der vorliegenden Frage gab es nur Majorität und eine Minorität. Ich gehöre zur Minorität und weil die kleinen dort, wie überall aufgetrieben werden, bin ich der Reingefallene gewesen. Aber ich führe meine Sache vor dem Tribunal des Kongresses weiter und wenn ich auch hier verliere, brühte ich mich mit dem Gedanken, daß die Anschauungen der Minorität ja immer lächerlich sind in den Augen der Majorität. Und dennoch gehört ihnen die Zukunft. Genossen! Wir sind in unseren Worten, in unseren Verammlungen, auf unseren Kongressen alle international. Aber in Wirklichkeit sind im Herzen die meisten nicht international. Die Erfahrung hat mich gelehrt, daß die großen Nationen es weniger sind, als die kleinen. Das darf auch nicht Wunder nehmen, denn die kleinen können nicht die großen Anforderungen stellen, wie die großen. In diesem Augenblick sagt man: weg mit allem Chauvinismus und im nächsten Moment zeigt man sich als eben so großen Chauvinisten, wie alle anderen. Jawohl, auch unter uns Sozialisten giebt es die schwere Menge Chauvinisten-Genossen, ich bin daran gewöhnt, jedem die Wahrheit zu sagen, Freund wie Feind und wenn ich Freunde verliere, weil sie keine Kritik vertragen können, dann thut es mir um ihre Willen leid, aber ich meine, die Freundschaftspflicht erheißt es, daß man sich die Wahrheit sagt. Amicus Plato, major amicus veritas! Wir fürchten, daß sich das Gefühl der Internationalität gerade bei unseren deutschen Genossen zu wenig findet. Ich sage es frei heraus, denn ich liebe und achte sie zu hoch. Erinnern sie sich an die Worte Vollmars, die die internationalen Sozialisten fröhlich gemacht haben! Und die Frage wird um so ernster, da er nachweist, daß sein Standpunkt kein anderer ist, als der, den die übrigen Fraktionsmitglieder immer gehabt haben. Wenn in einer so mächtigen Partei wie die deutsche, diese Anschauungen die herrschenden sind, so sieht darin eine Gefahr für die ganze Bewegung. Auf jeden Fall müssen wir wissen, was wir von einander zu erwarten haben und unter Ausschluß alles Persönlichen will ich generaliter fragen: Welche Stellung sollen die internationalen Sozialisten im Falle eines zwischen den Nationen plötzlich ausbrechenden Krieges einnehmen? Wenn wir in der Stunde der Gefahr nicht eine und dieselbe Stellung einnehmen, so schlachten wir uns gegenseitig zum Ergöhen der herrschenden Klassen ab. Ich kenne keinen Unterschied zwischen einem Angriff- oder Verteidigungskrieg. Denn das wäre wieder nur eine neue Form des Chauvinismus. Weiß man denn nicht, daß es bloß eines diplomatischen Kniffes bedarf, um zu demonstrieren, daß der sich Verteidigende der angreifende Part ist? 1870 war Frankreich der Angreifer. Jetzt aber ist es bekannt, daß Preußen Frankreich zum Angriff gezwungen hat, weil es selber schlagfertig war. Man schimpft auf die französisch-russische Allianz, aber ich frage sie, ist sie nicht die Folge der Triple-Allianz? Wenn irgend ein König Krieg erklärt, dann geht es vorwärts und das Volk tödtet seine eigenen Brüder, die kein Interesse und nicht die Absicht haben, sich abzutun. Und gleichwohl wird es gemacht. Väterlich! Ich finde in der Resolution über den Militarismus kein einziges Wort über die Stellung der Sozialisten im Kriegsfalle. Ich will Ihnen eine kleine Geschichte erzählen, welche wenig bekannt ist, die nun aber sagt, was man mit einem passiven Widerstand alles erreichen kann: Zur Zeit Napoleons I gab es in Holland eine kleine religiöse Sekte, welche den Grundsätzen des Evangeliums gemäß nicht Soldat werden wollte. Polbrokers*) hieß sie. Es ist dasselbe, wie die Remoiten, welche sich systematisch gegen den Soldatendienst erklärten. Napoleon war kein gemüthlicher Mann, wie man weiß, noch war er sentimental veranlagt. Aber gleichwohl zerstellten alle seine Anstrengungen an dem eisernen Willen jener Leute. Sie leisteten einen passiven Widerstand derart, daß wenn man ihnen eine Finte in die Hand gab, sie diese zur Erde fallen ließen. Weder Drohung noch Strafe vermochte sie zu beugen und schließlich sagte man sich und wies ihnen einen Platz unter den Marktendern an, damit sie die Verwundeten pflegten. Selbst der Wille eines Despoten wie Napoleon war unfähig, Menschen von Ueberzeugung, die sich nicht beugen wollten, zu zwingen. Wohlja, ihrer waren wenige. Wir Sozialisten zählen unsere Anhänger nach Tausenden. Was will man thun, wenn wir diese Methode befolgen? Ich will Ihnen noch eins sagen: Manchmal habe ich Gelegenheit, auf indirektem Wege zu vernehmen, was sich in den Regionen der hohen Politik abspielt und da will ich ihnen die Taktik mittheilen, wie man sich der Sozialisten in den verschiedenen Ländern entledigen will. Sie wissen ja wohl eben so wie ich, daß der Haß gegen die Sozialisten bei den Bourgeois aller Länder viel größer

*) Sei der Weisheit Freund, noch mehr, sei Freund der Wahrheit.
*) Sprichpöls-brufers, so genannt nach dem Orte Polbroel.

* Das ist die längere von uns abgedruckte Resolution.

ist, als der Haß, welchen die Regierungen der verschiedenen Länder unter sich hegen. Von uns weiß ich also, daß jeder Kerkel, der aus anrüchlicher Familie stammt oder welcher wegen seiner persönlichen Agitation für den Sozialismus bekannt ist, der Militärbehörde von dem Bürgermeister angezeigt wird. Sie werden in eine Extragarnison verlegt und ihr Name wird aufgeschrieben. Wenn man die nämliche Taktik auch in anderen Ländern befolgt, werden sich die Sozialisten der beiden feindlichen Länder abhaken, ohne es zu wissen, denn beide Male sollen sie in das vorderste Treffen gestellt werden. Ist der Friede wieder da, so sind die Regierungen diese eifrigsten Sozialisten los. Die Sozialisten haben also die Wahl: gefangen genommen, sogar getötet zu werden. Geht es aber in den Krieg, dann werden sie mit mathematischer Bestimmtheit getötet. Der Tod ist sein Schicksal, wenn er abrukt, das ist sicher. Andernfalls laßt er entschlüpfen. Nun wohl, die Regierungen sollen erfahren, daß sich die Sozialisten nicht zu tödten und sich nicht für die Gegner die Finger zu verbrennen beabsichtigen. Eine große Verbrüderung der Heere vor den Augen der Meerfahrer würde ein so grandioses Schauspiel sein, daß ich gern ein Jahr meines Lebens dahingehen möchte, könnte ich es sehen; aber bei den großen Entfernungen, mit denen die Armeen jetzt operieren, dürfte das wohl schwer sein. Vergessen wir nicht, daß wenn sich eine Regierung durch einen Krieg der sozialistischen Elemente entledigen kann, dann ist sie es eben. Und eine Ankündigung, das durch eine gemeinsame und gleiche Stellungnahme zu verhindern, ist nicht überflüssig. Kein Aderlaß mehr an dem Proletariat, was ihm tausende Märtyrer kosten kann. Keine Opfer mehr für den Rachen des Kapitalismus, welcher die Stütze des Militarismus ist. Ich weiß eben so gut, wie jeder andere, daß der Militarismus ein unumgängliches Resultat des Kapitalismus ist, den wir haben und mit Ihnen sage ich: nieder mit dem Kapitalismus immer und überall und wir werden den Militarismus zugleich ausgerottet haben. Aber ich sage Ihnen auch: Kampf dem Militarismus, denn er ist eins der Mittel, deren sich der Kapitalismus bedient, um seine Existenz zu wahren.

Wenn die träge Bourgeoisie die Ordnung repräsentiert, so nur mit Hilfe und Vermöge der Bajonette. Wenn aber diese Bajonette anfangen intelligent zu werden, dann ist's mit einer solchen Ordnung aus. Der „große“ Frey sagte einmal: „Wenn meine Soldaten zu denken anfangen, bleibt keiner mehr in Reich und Glied“. Wohlan, durch den Sozialismus haben die Arbeiter angefangen zu denken und die Söhne dieser denkenden Arbeiter müssen in das Heer eintreten. Diese letzte Bastion des Kapitalismus aber ist keineswegs so solide, wie ehemals und selbst die herrschende Klasse fängt an zu zittern, wenn sie sehen muß, wie der Geist der Revolte mehr und mehr um sich greift, was die Reutereien da und dort z. B. in der englischen Armee beweisen. Von dem Moment an, wo die Arbeiter wissen, daß Hundert gegen Einen stehen, ist es mit der Suprematie der Bourgeoisie zu Ende. Das hat Ihnen der Sozialismus gelehrt. Ein Römer zu Cäsars Zeit sagte: „Laßt die Sklaven nicht auf dem Forum zusammenkommen, sie könnten sich sonst zählen.“ Nachdem die Zeitung „Le Nord“ in Brüssel diese Worte zitiert hatte, fährt er fort: „Die Sklaven unserer Zeit,“ legen Sie Gewicht darauf, nicht wir, sondern Le Nord, wie auch wir nennen die Arbeiter von heut Sklaven; die Enterbten, die Unterdrückten, die Masse hat sich gekehrt. Sie wissen, daß sie die Mehrheit haben und daß heut Mehrzahl Macht ist. Sie bedürfen sich derselben in ohnmächtiger Unwissenheit wie die Kinder, denen man eine Finte glebt. Die zivilisierte Welt droht unter dieser wachsenden Wucht zusammenzubringen. Alles hergebrachte verläßt oder sät bald zusammen. Schönem Dank für dies Zugeständnis. Und wenn im Augenblick drohender Gefahr an alle appelliert wird, ihre alten politischen Streitpunkte zu begraben und sich gegen den gemeinsamen Feind zu vereinen, dann haben wir das sicherste Mittel zu liegen, d. h. wenn wir international geeint sind, denn uns gegenüber sind alle übrigen Parteien nur eine reaktionäre Masse. Uns trennt das Gefühl der Rationalität und vereint und verbrüdet das Gefühl der Internationalität. Wir haben den Klassenkampf angenommen, gut, sagen wir es frei heraus, ein Bürgerkrieg des Proletariats gegen die Bourgeoisie ist uns lieber als ein Krieg zwischen Nationen, in welchem die Arbeiter, statt sich zu vereinen, sich abhaken. Daher die Erklärung, daß der Entscheid über den Krieg weder bei dem Könige, noch bei dem Parlament, sondern bei dem gesammten Volk liegen soll. Daß Volk will keinen Krieg, besonders wenn die Frauen, die Mütter ihr Wort in die Waagschale legen dürfen. Aus diesem Grunde kann ein internationales Schiedsgericht manchmal vorteilhaft sein und ein Volk, wenn es sich nicht fügt, boykottieren. Darum stimmen wir unserem bedeutenden Feinde Engels bei, wenn er sagt: „Geht Jedem eine Finte und 50 Patronen und die Freiheit ist gesichert. Genossen, unsere Freunde bilden eine Macht, aber nur, wenn wir sie ihnen geben. Denn sie selber sind nichts. Unter der roten internationalen Fahne vereint, vergessen wir die nationalen Fahnen und wenn die letzte Kanone vom Sozialismus zertrümmert ist, wie es uns der Maler Birch dargestellt, dann wird die weiße Fahne gehißt, denn der Sieg des Proletariats ist der soziale und internationale Friede, er ist die Weltrepublik ohne Unterschied der Nation, der Rasse, des Geschlechts und der Farbe. Ruth, Ruth und nochmals Ruth und der Triumph ist unser. Wenn die Regierungen Krieg erklären, dann ist das ein revolutionärer Akt und wir haben das Recht und die Pflicht, mit einer Revolution zu antworten. Darum legen wir folgende Resolution vor:

Der internationale sozialistische Kongreß zu Brüssel:

In Erwägung, daß die nationalen Verschiedenheiten nie sind im Interesse des Proletariats sondern im Interesse seiner Unterdrücker;

In Erwägung, daß alle modernen Kriege, ausschließlich hervorgerufen durch die Kapitalistenklasse in ihrem Interesse, ein Mittel sind in ihren Händen um die Kraft der revolutionären Bewegung abzulenken und die Suprematie der Bourgeoisie zu konsolidieren durch die Befestigung der schändlichsten Ausbeutung;

In Erwägung, daß keine einzige Regierung sich entschuldigen kann, daß sie provoziert ist, weil der Krieg das Resultat des internationalen Willens des Kapitalismus ist; beschließt, daß die Arbeiter aller Länder eine etwaige Kriegserklärung beantworten werden mit einem Aufruf des Volkes zur allgemeinen Arbeitseinstellung.

Nachmittagsitzung um 3 Uhr.

Vor Eingang in die weitere Diskussion über den Militarismus berichtet ein Vertreter des Jahvereins der englischen Matrosen und Heizer der sammervolle Lage in ihrer Branche. Ein Exempel giebt er an einem zwischen Amerika und Holland fahrenden Schiffe. Die Koft sei vollständig unzureichend. Dadurch werde die Befragung kraftlos und könne nicht arbeiten. Es sei einmal der Fall vorgekommen, daß ein Matrose nicht seiner Beschäftigung hatte nachgehen können. Der Kapitän hatte ihn darauf zwingen wollen, zu arbeiten. Der Mann war aber außer Stande, das zu thun, weil er schlecht zu essen bekommen hatte. Darauf zog der Kapitän den Revolver heraus und schoß den Arbeiter nieder. Allerdings ist der Mörder bestraft worden, freilich bloß mit Gefängnis. Aber die schlechten Verhältnisse bestehen auf dem Schiffe fort. Redner bittet um die Sympathie und Solidaritätserklärung mit dem Jahverein der Heizer und Matrosen.

Bolders giebt einen neuangekommenen Delegirten aus Frankreich bekannt, welcher 10 Vereine vertritt. Außerdem sind

8 Telegramme — aus Australien — eingelaufen. Auch sein Anhänger einer geistlichen Sekte hat geschrieben.

Baillant erklärt, wenngleich die Resolution Domela mangelhaft, ist sie dennoch nicht vortrefflich. Thatsache ist, daß sich die Kommission lange über die Haltung der Arbeiter im Falle eines ausbrechenden Krieges geirritet hat. Die Resolution der Majorität ist eine Kompromißresolution. Sie sind zur der Ansicht gekommen, etwas Bindendes den einzelnen Ländern nicht zu geben, sondern nur eine Erklärung abzugeben. Was die eine Nation auszuführen im Stande ist, das kann dann vielleicht die andere nicht, ohne Gefahr zu laufen, daß die Verräter wegen Komplott anklagt und verurteilt werden. Wenn der Tag der Handlung gekommen ist, dann wird man schon energig genug zugreifen. Die Arbeiter schrecken vor nichts zurück, um dem Kriege Einhalt zu thun. Vor Allem aber müsse die Resolution so gehalten sein, daß jede Nation diejenige Haltung einnehmen kann, welche die Landesverhältnisse zulassen. Und was notwendig ist: emphatisch zu protestieren gegen allen Krieg, nachdrücklich unsere Absicht kund zu geben, den Frieden zu bewahren. Ihn brauchen wir zur Entwicklung der Dinge. In der Kommission sei gesagt worden von verschiedenen Nationen, daß sie stärker, als die genannten Ausdrücke, nicht gut hätten wählen können. Er bittet den Kongreß, die Resolution der Majorität anzunehmen. Sie schließt die geringste Gefahr für jedes Land in sich und lasse den freiesten Spielraum. Sie ist von allen Nationen in der Kommission gegen die Stimmen der Holländer angenommen worden.

Liebkecht (den der Kongreß anfänglich durch Tumultuiren am Reden hindern wollte): Er möchte nur mit ein paar Worten auf Nieuwenhuis' Rede zurückkommen, welcher Dinge gesagt hat, die nicht wahr sind. Betreffs der Resolution der Majorität hat Herr Nieuwenhuis behauptet, sie sei so allgemein gehalten, daß es nur der Veränderung eines Wortes bedarf, und sie könne von einem geistlichen Kongreß, von dem Christenthum u. s. w. eben so gut angenommen werden, wie von einem internationalen Sozialistenkongreß. Nieuwenhuis als ehemaliger Geistlicher muß es besser wissen, ob die christlichen Geistlichen die Resolution annehmen können. Was Redner aber neu ist, besteht darin, daß das Christenthum auf dem Klassenkampf steht. Unsere Resolution ist keine Phrase. Die Resolution der Holländer aber mit ihrem Weltstreik ist eine einzige jämmerliche Phrase, durch welche wir uns vor der Welt bloß lächerlich machen. Denn wenn der Weltstreik proklamirt ist, wird kein Kabe darnach krähen, Niemand wird sich um ihn kümmern. Es ist Phrase und bleibt eine jämmerliche Phrase. Im übrigen ist eine von vornherein angekündigte Resolution, so wie es Herr Nieuwenhuis mit seiner Resolution gern haben möchte, eine jämmerliche Phrase. Die Resolution ist absurd und lächerlich. Wenn Nieuwenhuis die Absicht hat, die Resolution zu machen, so ist es ja geradezu Unsinns, sie erst anzukündigen. Die Regierungen werden schon zeitig genug eingreifen und dann ist es aus. Aber gerade die Leute, welche am meisten von der Revolution schreien, die machen sie am wenigsten. Ich erinnere an die sogenannten Fürstentümer, welche 1848 hinter jedem verglase einige Könige bei Seite schafften. Was haben sie gegen, als es wirklich Ernst wurde? Nichts, rein g. nichts. An Nieuwenhuis als Revolutionär glaube ich also nicht. Aber was ist die Folge, wenn im Falle eines Krieges die Soldaten Streik machen. Sie unterliegen dem Kriegesgericht und werden einfach hingerichtet. Haben wir denn nicht, da man uns Feigheit vorwirft, unsere Freiheit in die Schanze geschlagen, unser Leben auf's Spiel gesetzt? Jeder einzelner von uns, der damals gegen den Krieg gesprochen, stand in der Gefahr, niedergeschossen zu werden. Und nun kommt man her und wirft uns Feigheit vor. Auch des Chauvinismus sind wir bestraft worden. Wenn es aber einen Chauvinisten giebt, so ist es Herr Nieuwenhuis, und das will ich Ihnen beweisen. Wenn es eine impotente Demonstration gab, welche die Verbrüderung der Völker zum Zweck hatte, so war es der Pariser Kongreß, wo die gesammten deutschen Delegirten den gesammten französischen Arbeitern die Bruderhand reicheten. Und welches Blatt hat die Geschichte ins Lächerliche gezogen und die Deutschen als eine Bande von Schreiberhalsen hingestellt? Es war das Blatt des Herrn Domela-Nieuwenhuis. Er hat dort in Holland, weit weg vom Schuß gut protestirt. Von dort aus den Weltstreik und die Revolution zu proklamiren, ist ungeheuer leicht. Redner bittet um Annahme der Resolution, da sie vollständig auf dem Boden der Sozialdemokratie steht.

Sprong (England) protestirt im Namen der englischen Delegirten gegen die persönlichen Angriffe, wie sie soeben geführt sind.

Domela-Nieuwenhuis: Zunächst erkläre ich, daß nicht ich angegriffen habe, sondern angegriffen worden bin. Ich habe keine Lüge gesagt. Man kann sagen, daß Jemand über eine bestimmte Frage anderer Meinung ist, aber man darf nicht sagen, daß man gelogen hat. Ich halte es unter der Würde eines Mannes, wie Liebkecht, so zu sprechen, wie er gesprochen hat, und ich halte es auch unter meiner Würde, ihm darauf zu antworten. Nur ein paar Worte. Ich habe nicht gesagt, die Deutschen sind Chauvinisten, sondern, daß es welche giebt und habe da den Fall Vollmar zitiert. Und wegen der Opfer, die gebracht sind. Wer hat keine Opfer gebracht? Die ganzen Sozialisten der Welt. Aber davon spricht man nicht und prahlt nicht. Wie gesagt, ich verzichte auf eine Antwort.

Bolders, als Vertreter der Majorität, erklärt, daß der vorliegende Text von Deutschen und Franzosen einstimmig angenommen worden ist. Ein Franzose und er selbst haben eine ursprüngliche Fassung amendirt und nun sei das Resultat der Text, wie der Kongreß ihn in Händen habe. Praktisch giebt uns die Resolution Mittel in die Hand, so zu handeln, wie es in jedem Lande möglich ist. In Belgien haben wir eine sehr freie Meinung. Wir können junge Leute aufziehen, welche, wenn sie in die Armee eintreten, für unsere Sache Propaganda machen. Die können im Fall eines Krieges als Hemmnisse auftreten. Das wesentlichste Moment in der ganzen Sache aber ist, daß Deutsche und Franzosen Hand in Hand einig dastehen, die einschneidendste Demonstration vielleicht, die je gemacht wurde. Emphatisch haben wir bis jetzt unsere Erklärungen so abgegeben, daß jedes Land freien Spielraum hat und nicht gebunden war. Warum dies allgemeine Prinzip jetzt aufgeben? Und noch dazu in eine Frage, welcher vielleicht die größte Wichtigkeit von allen hat!

Mille verkündet, daß noch 15 Redner eingetragen sind. Ferner sind 4 Amendements eingegangen und 6, welche zur Tagesordnung sprechen wollen. Außerdem liegen 2 Schlufanträge vor.

England bringt schriftlichen Protest dagegen, daß ein deutscher Delegirter in persönlicher Weise einen holländischen Delegirten angegriffen und protestirt ferner gegen das Verfahren des Präsidenten, nach Gutbefinden den einen Redner länger, einen anderen kürzere Zeit sprechen zu lassen.

Der Vorsitzende Mille verwahrt sich gegen den Vorwurf der Parteilichkeit.

Schlufantrag mit großer Majorität angenommen gegen die Stimmen der Engländer.

Syrow motivirt den englischen Protest gegen die Methode, zuzulassen, daß ein Delegirter 20 Minuten lang Insulten ausgelegt sein soll.

Nach sehr lebhaftem Wortwechsel erklärt

Präsident Dervillers, daß er in die Resolution eingestiegen haben möchte, daß es nicht bloß chronische, sondern auch dynamische Ursachen sind, welche den Krieg hervorrufen.

Zudem meint er, daß das Bestehen der Monarchie ein Hinderniß für das Wachsen des Sozialismus sei, und meint, daß die Republik erstrebenswerthes Ziel der Arbeiterbewegung werden müsse. Die Republik ist vom Sozialismus nicht trennbar.

Antrag Rakowicz: „Jeder, welcher ein Amendement hat, soll es verlesen und mit wenigen Worten begründen. Eine Diskussion in dieselben wird nicht begonnen“, wird angenommen.

Gilles theilt mit, daß die Engländer eine Ausbaurung der Resolution Domela vorgenommen hätten. Sie haben sich erst heute Mittag mit der Frage befaßt. Persönlich sagt er, daß er 1882 hier in Brüssel auf einem Kongreß der Friedensleute war, welche aus Bourgeois bestanden, die würden ohne Frage die Resolution der Mehrheit, wie sie heute vorliegt, angenommen haben. Die Engländer möchten keine halben Beschlüsse fassen. Eine Resolution muß auch danach sein. Da in der englischen Delegation alte Trades-Unionisten, Neu-Trades-Unionisten und Sozialisten vereinigt seien, so habe man sich um ein Amendement mit der Resolution Domela vereint, dahingehend:

„Der Kongreß empfiehlt, daß die Arbeiter aller Länder die Kriegserklärung mit einem allgemeinen Ausstände beantworten. Inzwischen soll für die Ersetzung des Krieges für Schiedsgerichte zur Beilegung von Streitigkeiten agitiert werden. Auch sollen die Vertreter der Arbeiter in gesetzgebenden Körperschaften dafür sorgen, daß die immensen Ausgaben zum Zwecke des Krieges vermindert werden.“

Sjalmar Branting will schon aus sprachlichen Gründen kurz sein. Die Resolution der Kommission ist sehr vage und allgemein gehalten. Wir müssen aber noch auf die Beschlüsse des letzten Kongresses hinweisen. Da wurde auch eine gleiche Frage behandelt und eine Resolution angenommen, dahingehend, der Kongreß verwerfe, da die Armeen, welche 4000 Millionen jährlich kosten, nur dazu da sind, unter dem Vorwand, die Völker zu befreien, die Völker zu knebeln, daß sie gegen das Proletariat bestimmt sind, daß sie nur den Krieg provozieren, die stehenden Heere und verlange Volksbewaffnung. Freilich erklärte Liebkecht auf dem holländischen Kongreß dies als Zukunftsmusik. Aber wenn es in allen sozialistischen Programmen aufgenommen, warum nicht auch hier? In der Schweiz haben wir's ja schon, daß jeder Bürger sein Gewehr hat. Die Resolution der Holländer ist einfach unmöglich bei uns, weil wir in dem kleinen Zypfel gar keine: Einfluß ausüben können durch allgemeinen Streik. Es ist Unsinns, in der Ecke dort oben allgemeine Arbeitseinstellung zu verlangen.

Rouannet untersützt das Amendement Dervillers und bezeichnet den Kommissionsvorschlag als etwas zu doktrinär. Kriege gab es, lange bevor an den Kapitalismus gedacht war. 1889, als die „heilige Allianz“ gegen die Franzosen ins Leben gerufen wurde, gab es keine ökonomischen Ursachen dafür. Und der letzte Krieg kam von dynastischen Ursachen her. Um die Ursachen der Kriege zu beseitigen, will er, daß der nächste Kongreß sich mehr mit dieser Frage befaßt. Er bringt folgendes Amendement vor:

In Anbetracht, daß der Krieg und der Militarismus nicht allein durch ökonomische Verhältnisse verursacht ist, daß, wenn auch der Antagonismus der Klassen und die ökonomischen Streitigkeiten als bedeutende Faktoren betrachtet werden müssen, der Krieg doch oft dynastische und politische Interessen oder nationale Bestrebungen zur Ursache hat, daß Aufhebung der Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiter und die Einführung der sozialen Republik auch zur notwendigen Ergänzung die Aufhebung der Kriege zur Folge hat, ist es, in Erwartung, daß dieser Zweck dauernd erreicht wird, von Bedeutung, die unmittelbaren Ursachen der Kriege zu heben. Der Kongreß erklärt, daß er sich den Kriegen widersetzt und daß der nächste Kongreß ein Programm ausarbeite mit der Politik, welche dem Zwecke und der Tendenz der Sozialdemokratie entspricht.

Mille: Die polnische Delegation, welche zu dieser Frage noch nicht das Wort ergriffen hat, wünscht ein paar Minuten Redezeit. Ist der Kongreß damit einverstanden?

Bolder betont, daß Schluß der Debatte beschlossen ist. Ausnahmen können nicht stattfinden, denn sonst könnten die Oesterreicher und Italiener und andere, die auch noch nicht darüber gesprochen, das Wort nehmen.

Der Antrag der Polen wird abgelehnt.

Bolders berichtet, daß die Kommission an ihrer Resolution festhält. Zum Amendement Dervillers bemerkt er, daß dasselbe die Resolution bloß schwäche. Das Amendement könne wohl z. B. in Belgien, Frankreich oder Holland, nicht aber anderwärts vortrefflich sein. Es hat seine Schattenseiten und könnte dahin führen, daß Kongreßmitglieder wegen Hochverrath und dergleichen eingesperrt werden, wenn sie nach Hause kommen. Zum Antrag Domela mit der Ausbaurung der Engländer ist zu bemerken, daß es unnötig ist, Punkt für Punkt zu erklären, was wir gegebenen Falls thun werden. Man enthält dem Gegner bloß seine Taktik. Bernalstiger Weise behalten wir die lieber für uns und sagen bloß unsere Prinzipien fest. Zu Rouannet's Amendement wolle er bemerken, daß der letzte Krieg nicht bloß Elsaß-Lothringen, sondern auch den deutschen Kapitalisten 5 Milliarden durch den Frieden zu Frankfurt eingebracht hat. In Zukunft werden die Kriege ohne Frage ökonomische Ursachen haben. Er bittet um einstimmige Annahme der Resolution.

Prudent-Dervillers und Rouannet ziehen ihre Anträge zurück. Bleiben nur noch die der Majorität und die der Minorität mit dem Amendement der Engländer, welche letztere gedruckt dem Kongreß nicht vorliegt. Gegen diese Resolution der Minorität stimmen 13 Nationen, 8 dafür.

Für die Resolution der Majorität stimmen 13 Nationen; dagegen 2 mit beträchtlicher Minorität, 1 enthält sich der Abstimmung.

Die Resolution wird nochmals auf Aufforderung von Bolders mit Akklamation angenommen, wogegen sich Domela-Nieuwenhuis mit den Worten wendet, daß dies nicht angeht. Eine Resolution, welche eine Minorität und eine Mehrheit habe, kann nicht durch Akklamation angenommen werden, wenn schon man im Grunde einig ist.

Schluß der Sitzung 6 1/2 Uhr.

Brüssel, 22. August.

Vormittagsitzung 10 1/2 Uhr.

Bolders theilt mit, daß das Präsidium heut in den Händen der Schweiz, Spaniens und Polens liege. So hätte jede der 16 vertretenen Nationen den Vorschlag innegehabt. Als Präsidenten fungierten für die betreffenden Länder: Brant, Iglesias und Daninsky. Bolders selbst wolle als Stütze helfend eintreten. Es sei recht wünschenswert, daß die Tagesordnung erschöpft werde. Da wäre es denn gut, wenn die einzelnen Redner sich auf das Minimum beschränken wollten. Wir sind ja auch nicht hier, um uns zu überzeugen, sondern um uns zu einigen und zu verständigenden. Die Kommission hat die vorliegenden Fragen gut und gründlich diskutiert und er hofft, der Kongreß werde mit möglicher Schnelle den Rest erledigen und die Resolutionen möglichst einstimmig annehmen.

Dumay, Deputirter der Streikkommission für Bignehies theilt mit, daß nach Abzug der gehaltenen Ankosten von ihm 650 Francs (520 Mk.) den Streikenden zugestanden worden sind. Es waren 660 Francs eingekommen. Ein Telegramm ist auch eingegangen, welches befaßt, daß die Sympathie des Kongresses die lebhafteste Begeisterung hervorgerufen habe.

Bandverdelde theilt mit, daß ein neuer Delegierter für Belgien eingetroffen ist. Ferner sei ein Schreiben der sozialistischen Studenten von Lüttich angelangt und weitere 6 Telegramme. Außerdem hat der Fachverein der Pferdebahn- und Omnibusbeamten einen längeren Brief geschickt, in welchem sie u. a. auf fordern, daß gleiche Fachvereine in andern Ländern mit ihnen in Verbindung treten möchten und daß da, wo noch keine solchen existieren, solche gegründet werden möchten. Ihre Organisation sei noch nicht kräftig genug. Darum wäre es ihnen unmöglich gewesen, einen Delegierten zu schicken. Aber zum nächsten Kongreß versprechen sie, daß auch sie werden repräsentiert sein. Ein Tadel ist ferner von einem Arbeiterverein des Montmarte-Distriktes eingegangen, weil der Kongreß in der Militärfrage keine korrekte Haltung eingenommen hat. Endlich hat der Frauenverein in Krakau noch ein Telegramm eingeschickt.

Der Streikbeitrag ist noch um 55 Francs gewachsen, 25 Francs von den Engländern, 20 Francs von Spanien, 5 Francs von Rumänien.

Pierron macht bekannt, daß die Verhandlungen, welche während des Kongresses von den auf dem Kongreß anwesenden Metallarbeitern abgehalten worden sind, zu aller Zufriedenheit verlaufen sind. Nicht nur die Metallarbeiter der alten, auch die der neuen Welt haben sich zusammengesetzt und nicht nur platonisch, sondern thätig. Amerika wolle Europa unterstützen, denn dort habe man unter der Konkurrenz stark zu leiden. Aber die Metallarbeiter werden sich nicht nur international konstituieren, es solle auch dafür Sorge getragen werden, daß national alles organisiert ist. Der Vereinigung sind beigetreten: Oesterreich, Deutschland, Dänemark, England, Frankreich, Amerika und Belgien. Von Italien und der Schweiz habe man Adressen erhalten.

Sania (Canada) hat von dem internationalen Verband der Bäcker aus Canada die Mittheilung erhalten, daß im Anfang des nächsten Jahres in Frankfurt a. M. oder Hamburg ein internationaler Kongreß der Bäcker stattfinden wird. Er ist beauftragt, die Basis für die Verhandlungen zu finden, auf welcher dieser Kongreß stattfinden soll und ladet die Bäcker zu einer Besprechung ein.

Bähr will dem Kongreß die Resolutionen mittheilen, welche durch die internationalen Besprechungen der Textilarbeiter erzielt worden sind. Betreten waren auf den Konferenzen: Deutschland, Oesterreich, Schweiz, Frankreich, Amerika, Belgien, England. Die Beschlüsse bezwecken die Herstellung von internationalen Verbindungen durch das System der Vertrauensleute resp. Korrespondenzbureau. Bei Streik hat man sich gegenseitig zu helfen, indem Jutzug fern gehalten wird u. a. Fachblätter werden ausgetauscht, resp. dem Korrespondenzbureau überandt. Gemäßregelte sind auf Grund eines Zeugnisse vom Korrespondenzbureau zu unterstützen, wenn sie in ein anderes Land gehen. Mit dem nächsten internationalen Arbeiterkongreß soll ein internationaler Textilarbeiterkongreß verbunden werden.

Barnell, Tischler aus London, theilt gleichfalls für die Holzarbeiter einen internationalen neugeisteten Verband mit. Ein Belgier wollte das Wort erbiten, um über die moralischen und praktischen Ergebnisse des Kongresses und seiner Verhandlungen zu sprechen. Da aber der Kongreß mit den Sitzungen noch nicht fertig, wird der betr. Delegierte ersucht, sich noch zu gedulden.

Rumänien hat die Frage der Agitation unter den Landarbeitern, die in Rumänien die Mehrzahl der Arbeiter ausmachen, angeregt. Der Vorschlag kam aber dem Bureau zu spät. Er wird dem nächsten Kongreß vorgelegt werden.

Bolen beklagt sich darüber, daß sein Antrag, die Errichtung genossenschaftlicher Bäckereien betreffend, nicht zur Debatte kam. Schidulsky (Pole) beklagt sich über die eigenmächtige Handlungsweise des Bureaus, Punkte der Tagesordnung abzusetzen. Er verlangt wenigstens, daß eine Resolution gefaßt werde, damit sich das Volk danach richten könne.

Bolders erklärt, daß ein derartiger Punkt zur Tagesordnung nicht eingegangen. Es hat also auch keiner abgeleiert werden können.

Schidulsky erklärt daraufhin, daß der Antrag rechtzeitig abgeschickt worden sei.

Ein Antrag wird angenommen, daß jede Nation die Namen ihrer Delegierten mit den Vereinen behufs Austausches notiren soll.

Fortuin zieht den von den Holländern gestellten Punkt 6 der Tagesordnung zurück. Er lautet:

„Die Anwendung des Parlamentarismus und allgemeinen Stimmrechts zu Gunsten der sozialistischen Arbeiterfrage, die zur Emanzipation der Arbeiter zu besorgende Taktik und die zur Verwirklichung der Emanzipation anzuwendenden Mittel.“

Er erklärt, die holländische Delegation sei der Ueberzeugung, daß der größte Theil des Bureaus eine Debatte über diesen Punkt nicht haben möchte, fürchtend, daß die Diskussion dann die Harmonie des Kongresses etwas stören würde. Die Frage ist zu revolutionär und international. Sie hofft dieselbe bei der nächsten Gelegenheit wieder aufnehmen zu können, wenn ein wahrhaft revolutionärer und internationaler Geist herrscht.

Singer protestirt energisch dagegen, daß sich das Bureau vor der Diskussion der Frage gefürchtet habe und erklärt diese Beschuldigung für unwohr. Wir wollen im Gegentheil solche prinzipiellen Fragen sehr gern debattieren. Und wenn das der Fall gewesen wäre, der Kongreß hätte unzweifelhaft die von den deutschen Sozialdemokraten befolgte Taktik einstimmig gutgeheißen. Welche Mittel die einzelnen Länder in Anwendung bringen wollen, das zu entscheiden, kommt einem internationalen Kongreß garnicht zu.

Forrows bestätigt im Namen der belgischen Bureaumitglieder die Wichtigkeit des von Singer bemerkten. Die Frage des Parlamentarismus wird in England jeden Tag ventilirt, ohne uns zu fürchten. Was wir wollen, das ist, daß wir uns durch Beschlüsse des Kongresses nicht binden lassen, wir wollen autonom sein in unserem eigenen Lande.

Diskussion über Punkt 7 der Tagesordnung: Abschaffung der Stück- und Akkordarbeit.

Bertrand, Berichterstatter der Kommission, meint, daß wohl alle in der Abschaffung der Stück- und Akkordarbeit einig sind. Die Frage ist vorwiegend praktischer und nicht prinzipieller Natur. Eine Annahme der Resolution, wie sie die Kommission vorge schlagen, sei also empfehlenswerth.

Die Resolution lautet:

In Erwägung, daß die Stück- und Akkordarbeit immer mehr in der Groß- und Kleinindustrie sich einbürgert, daß diese Form der Lohnzahlung die Ausbeutung der Arbeitskraft und damit die Armut und das Elend der Arbeiter immer mehr vergrößert und den Arbeiter immer mehr zur Maschine macht,

Da durch die Konkurrenz, die unter diesem System die Arbeiter sich gegenseitig machen, dasselbe dazu dient, daß bei der Berechnung der Stück- und Akkordlöhne die Leistungen der besten Arbeiter zur Grundlage der Berechnung genommen werden,

Endlich daß dieses System eine beständige Ursache zu Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Unternehmern und zwischen den Arbeitern selbst wird und namentlich auch in der Handindustrie sich stetig verallgemeinert,

Ist der Kongreß der Ansicht, daß dieses rückwärtige System intensiver Ausbeutung eine notwendige Folge der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist und erst mit

der Beseitigung derselben aufhören wird, daß es aber nichts desto weniger Pflicht der Arbeiterorganisationen aller Länder ist, mit allen ihnen zu Gebote stehenden und ihnen gütlichdankenden Mitteln für die möglichste Beseitigung desselben zu wirken.

Die gleichen Anschauungen hat der Kongreß über das sogenannte Sweatingsystem, das System der Sub mission, gegen das ein gleiches Vorgehen empfohlen wird.

Bewing und seine englischen Freunde sind als Sozialisten für die Abschaffung der Stückarbeit, welche die verwerfliche Hausarbeit nach sich zieht. Die Stückarbeit hat die Tendenz, für mehr geleistete Arbeit weniger Lohn zu erzielen. Auf alle Fälle wird der Arbeiter nicht eher besser gestellt sein, als bis er die Produktionsmittel selber in Händen hat.

Saladon, Vertreter der Pariser Bauarbeiter, betrachtet die Abschaffung der Stückarbeit als einen Akt der Humanität. Die Ausbeutung gerade in seiner Branche sei außerordentlich gewaltig. Zudem kommt noch das Prinzip dazu, Arbeiten in Submission zu vergeben, das alles verächtlicht und verringert die von der Municipalität festgesetzten Löhne fortwährend. Viele treten aus dem Fachverein aus, um Arbeit zu bekommen.

Bolders theilt mit, daß noch 4 Redner eingezeichnet seien. Ein Antrag auf Schluß der Rednerliste wird angenommen.

Walker, Londoner Tischler, hat ausdrücklich mit Bezug auf diese Frage Mandat erhalten. Er korrigirt einige formale Dinge in der Resolution und meint, daß die schnellst arbeitenden Arbeiter nicht zugleich auch die bestarbeitenden sind. Die Stückarbeit züchtet den Individualismus des Arbeiters und erstickt in ihm das Gefühl der Zusammengehörigkeit, der Solidarität. Der eine Arbeiter kämpft dann gegen den andern, und was das schlimmste: dadurch werden die Kleinmeister geächtet, welche ausschließlich mit dem Gelde der Arbeiter wirtschaften, indem sie ihnen statt für 4 Wochen, nur den Lohn für 14 Tage ausbezahlen. Der Arbeiter muß dann rennen und laufen, bis er seinen Lohn erhalten hat. Ebenso verwerflich wie die Stückarbeit, ist auch die Submission, bei welcher die Arbeiter auch immer den kürzeren ziehen. Die Stückarbeit ruft eine Untertheilung der Arbeit hervor, bei welcher, weil die Maschine eine große Rolle spielt, der Arbeiter beständig in der Gefahr schwebt, Leben und Gesundheit zu verlieren.

Vliegen, holländischer Tabakarbeiter, betont, daß er der Minorität der Kommission angehört. In der heutigen Gesellschaft ist die Stückarbeit notwendig. Das schließt aber ihre Schädlichkeit nicht aus. Aber ist es möglich, dieselbe zu unterdrücken! In der Resolution ist eine Stelle, welche sagt, daß die „Stück- und Akkordarbeit eine notwendige Folge der kapitalistischen Gesellschaft sei und erst mit der Beseitigung derselben aufhören wird.“ Was nützt uns also die Forderung, wenn wir gleichwohl wissen, daß sie erst erfüllt wird, nachdem die heutige Gesellschaft überhaupt verschwunden ist. Im übrigen, selbst wenn sie verschwunden, wird der Arbeiter eben durch die Maschinen, welche schneller arbeiten, mehr angeportet. Die Resolution ist also etwas reaktionär. Sie verlangt etwas abgeschafft, was mit der heutigen Wirtschaftsweise fest verwachsen ist.

Pierrat, Belgier, ist mit dem letzten Passus der Resolution nicht einig, welcher Stück- und Submissionsarbeit auf die nämliche Stufe stellt, obgleich die letztere weit schlimmer ist. Er schlägt vor, diesen letzten Theil folgendermaßen zu verändern: „daß das Submissionswesen Resultate zeitigt, welche noch verberlicher sind und muß deshalb durch absolute Verweigerung abgeschafft werden.“

Caban, Vertreter von 30 000 jüdischen Arbeitern Amerikas, betont, daß gerade seine Mandanten es sind, welche unter dem Schwitzsystem und Submissionswesen arg zu leiden haben. Ein Arbeiter verdient doch 15—16 Dollars pro Woche. In Wirklichkeit wird er aber nach Stück bezahlt, indem 4 Arbeiter z. B. immer zusammen arbeiten müssen. So kommt es, daß der einzelne Arbeiter 16—18 Stunden pro Tag schanzt, und am Sonnabend schon die Arbeit fertig hat, welche er erst am Dienstag fertig zu haben brauchte.

Bertrand, Kommissionsberichterstatter, kann sich mit dem Amendement Pierrat nicht einig erklären, da wir die Arbeiter nicht zwingen könnten, eine angebotene Arbeit auszuslagern.

Die Resolution wird in der Fassung der Kommission gegen 1 Stimme angenommen.

Antrag betr. die Frauenfrage

Singer hat von den Frauen des Kongresses einen Antrag erhalten, dem er sich völlig anschließt. Die bereits gedruckte Fassung desselben ist aber abgeändert worden und lautet nun folgendermaßen:

„Der Kongreß möge beschließen: die sozialistischen und Arbeiter-Parteien aller Länder aufzufordern, in ihren Programmen dem Streben für völlige Gleichstellung beider Geschlechter bestimmten Ausdruck zu geben und zunächst zu fordern, auf politischem und zivilrechtlichem Wege den Frauen die gleichen Rechte einzuräumen wie dem Manne.“

W. Drucker, E. Jhrer, Louise Lautsky, Dr. Anna Kulischoff, D. Baader.“

Die Sozialisten kennen keinen Unterschied zwischen Nationalitäten, Rassen, Geschlechtern, sie erstreben die Emanzipation der ganzen Menschheit. Und besonders die deutschen Sozialisten haben es erfahren können, wie wirksam die Frau ist. Wir hätten lange nicht die ungeheure Stimmenzahl bei der letzten großen Wahl erhalten, wenn nicht die Frau unermüßlich mitgeholfen hätte. Er hofft also, daß der Kongreß mit Akklamation die Resolution annehme.

Bandverdelde theilt mit, daß dem Bureau eine Resolution Wortelmans, Antwerpen, zugegangen sei folgenden Wortlautes:

„Der Kongreß proklamiert die völlige Gleichheit beider Geschlechter und fordert die Abschaffung aller dieser Gleichheit entgegenstehenden Gesetze.“

Ich ziehe diese Resolution der von Singer empfohlenen deshalb vor, weil dieselbe nicht die Forderung enthält, daß die Frau das Recht haben soll, dieselben Stellen einzunehmen, wie der Mann. Ich bin für die Gleichstellung beider Geschlechter. Aber doch bin ich dafür, daß die Frau an den Heerd gehört (!!) und nicht zur Uebernahme derselben Stellen wie der Mann gezwungen werden soll.

Juruf: Das ist ja ganz unsocialistisch und reaktionär! Der Antrag Jrl. Drucker u. Gen. wird einstimmig angenommen.

Schluß der Sitzung 1 Uhr

Nachmittagsstimmung um 3/4 Uhr.

Bolders verliest zwei Briefe aus Marseille. Der eine verlangt, daß die Frage des Generalstreiks dem nächsten Kongreß vorgelegt werden sollte; der andere ist eine Mittheilung der Matrosen und Heizer, welche ankünden, daß 1892 in Bordeaux ein internationaler Kongreß ihres Fachs abgehalten werden wird.

Bandverdelde verliest noch zwei eingegangene Telegramme, zwei Briefe aus Böhmen, einer aus Wien-Weiß, welcher besonders verlangt, daß der Kongreß Arbeitsruhe für den 1. Mai und Feiertage beschließen möge.

Außerdem erklärt Wortelmans, daß seine Resolution in Bandverdelde einen schlechten Verteidiger gefunden habe.

Frage des 1. Mai

Petersen, Dänemark theilt als Berichterstatter der Kommission mit, daß dieselbe mit großer Majorität sich für den Feiertag am 1. Mai ausgesprochen habe. Bezüglich der Arbeitsruhe war die Einheit verschwunden. Andere Länder wieder

wollten den ersten Sonntag im Mai, da ihnen eine Feierlichkeit am 1. Mai unmöglich. Man hat sich aber um die Resolution geeinigt, welche dem Kongresse vorliegt.

Nach längerem Diskutiren wird das Bureau darauf aufmerksam gemacht, daß die Uebersetzungen alle von einander abweichend. Wir geben dieselben nachstehend wieder, indem wir wortgetreu übertragen.

1) Die Resolution aus der französischen Sprache: Um dem 1. Mai seinen eigentlichen ökonomischen Charakter, die Forderung des Achtstundentages um die Festhaltung des Klassenkampfes zu wahren, beschließt der Kongreß, es soll ein gemeinsames Fest für die Arbeiter aller Länder stattfinden. Dasselbe soll am 1. Mai stattfinden. Er empfiehlt Arbeitsruhe überall, wo es nicht unmöglich ist.

2) Aus der englischen Sprache: Um dem 1. Mai seinen eigentlichen ökonomischen Charakter, die Forderung eines gesetzlichen Achtstundentages und die Festhaltung des Klassenkampfes zu wahren, beschließt der Kongreß, daß zu diesem Zwecke ein gemeinsamer Tag für die Arbeiter aller Länder da sein solle, daß dies der 1. Mai sein soll und daß womöglich alle an diesem Tage die Arbeit ruhen lassen.

3) Ein anderer englischer Text. Er ist gleichlautend mit dem vorstehenden bis gegen Ende, wo es dann heißt:

... daß dieser Tag der 1. Mai sein soll, wo möglich und daß alle die Arbeit an diesem Tage ruhen lassen.

4) Zwei deutsche Texte: a) Um dem 1. Mai seinen bestimmten ökonomischen Charakter, der Forderung des Achtstundentages und der Bekämpfung des Klassenkampfes zu wahren, beschließt der Kongreß, der 1. Mai ist gemeinsamer Feiertag der Arbeiter aller Länder, an dem die Arbeiter die Gemeinsamkeit ihrer Forderungen und ihre Solidarität bekunden sollen. Dieser Feiertag soll ein Ruhetag sein, soweit dies durch die Zustände in den einzelnen Ländern nicht unmöglich gemacht wird.

b) Der Kongreß beschließt: Der 1. Mai ist fortan gemeinsamer Feiertag der Arbeiter aller Länder, an dem die Arbeiter die Gemeinsamkeit ihrer Forderungen und ihre Solidarität bekunden.

Dieser Feiertag soll ein Ruhetag sein, soweit dies durch die Zustände in den einzelnen Ländern nicht unmöglich ist. Das Bureau schlägt vor: Baislant und England zu hören, dann abstimmen.

Bebel schlägt, da eine Diskussion nicht nöthig, unmittelbaren Schluß der Diskussion vor. Die Kommission war sich einig, und diese Einheit wird durch Diskussion bloß wieder gestört. In derselben könnten sonst Dinge vorgebracht werden, welche der Vergangenheit angehörend und notwendiger Weise Gegenrede hervorrufen. Um all dies zu vermeiden, beantragt Redner Schluß und Abstimmung.

Adler verlangt, wenn Baislant das Wort erhält, auch er zu einer Motivirung reden dürfe. Bebel kann ruhig sein, er werde schon nicht auf die Vergangenheit zurückkommen.

Jactard ist gegen den Schluß. Eingezeichnet sind noch 5 Redner.

Antrag Bebel mit starker Majorität angenommen.

Nach verschiedenen Geschäftsordnungsdebatten, Amendement-einbringungen, Vorschlagstellungen u. meint

Baisloe, daß man sich an den französischen Text halten solle, so sei er in der Kommission zur Annahme gelangt. Der deutsche und englische Text sei von Bebel und Abeling korrigirt worden. Der Resolution auch noch eine Friedensdemonstration, von welcher gesprochen worden, zuzufügen, habe die Kommission für überflüssig erachtet.

Gegen die Aufnahme einer Friedenserklärung in den Text der Resolution betreffend den 1. Mai stimmen 11 Nationen: England, Oesterreich, Amerika, Belgien, Dänemark, Spanien, Holland, Rumänien, Italien, Norwegen, Schweden.

Für eine solche Ausnahme sind: Deutschland, Frankreich, Polen, Schweiz, Ungarn.

Von allen Nationen wird einstimmig folgende Resolution angenommen:

Der Kongreß beschließt:

Um dem 1. Mai seinen eigentlichen ökonomischen Charakter, nämlich die Forderung des 8stundentages und die Festhaltung des Klassenkampfes zu wahren: Daß eine gemeinsame Demonstration der Arbeiter aller Länder stattfinden soll;

Daß diese Demonstration auf den 1. Mai stattfinden soll;

Empfiehlt Arbeitsruhe überall da, wo es nicht unmöglich ist.

Die Annahme wurde durch langanhaltende brausende Hurrah-rufe und Akklamation nochmals bestätigt.

Bolders: Geloben wir uns nun auch, dafür zu agitiren, daß die Demonstration zum 1. Mai mit jedem Jahre nachdrücklicher und wirkungsvoller werde!

Punkt 9 der Tagesordnung: Annahme eines einheitlichen Namens für die Arbeiterklasse der Welt wird bis zum nächsten Kongreß und den einzelnen Ländern zur gründlicheren Berathung ab-rufen.

Bezüglich Punkt 10. Punkte der Tagesordnung empfiehlt das Bureau Korrespondenz der verschiedenen Sekretariate und Publikation des Wissenswerthen.

Auerbach bittet zu einer außerordentlichen Mittheilung das Wort. Er protestirt aufs Entschiedenste gegen die Manier, wie der Reporter der alten Bettel am Rhein, der Kölnischen und noch eine Brüsseler Zeitung die Gastfreundschaft des Kongresses mißbrauchen. So spricht die Kölnische von einem „heiseren Jüngling, welcher langweilige Reden hält.“ Der Reporter mag sich ja fortziehen, wenn es ihm zu langweilig wird. Er verlangt, daß dieser Reporter dem Schluß des Kongresses nicht beizuwohnen dürfe.

Bolders meint, das nämliche könne man auch von noch anderen Blättern sagen. Aber die Besudelungen, und wenn sie bis ans Firmament gingen, können uns nicht erreichen. Sie werden denen wieder ins Gesicht fallen, welche sie ausgestoßen.

Argyriales verliest eine Resolution, die er in Erwägung gezogen wissen möchte, betreffs der Unterhaltung und Unterweisung der Kinder durch den Staat oder die Gemeinde.

Punkt 11. Der nächste internationale Kongreß. Amerika hat 1893 und Chicago als Ort vorgeschlagen.

Bolders hält es aus pekuniären Gründen für unmöglich, diesen Vorschlag anzunehmen. Er müsse noch von vorn nachholen, daß sich die anderen Herren von der Presse durch jene Keuzerungen verlezt fühlen sollen. Seine Worte gegen die Kölnische und noch ein Brüsseler Blatt, die das Gastrecht mißbraucht, bezögen sich bloß auf diese.

Beschluß: Der nächste internationale Kongreß findet 1893 in der Schweiz statt. Nähere Zeit und der Ort bleibt dem Organisationskomitee überlassen.

Taylor empfiehlt Genf und die ersten Tage des August. Genf als Stadt, welche den politischen Flüchtlingen Asyl giebt und August Anfang, weil dann viele englische Arbeiter die beste Gelegenheit abzukommen haben. Zudem möchte er, um zu vermeiden, daß die Bourgeoise Einfluß auf unseren Kongreß er-

hält, daß die Vereine, welche Delegationen schickten, aus ihrer eigenen Tasche die Kosten zahlen.

Bolders richtet, am Ende des Kongresses angekommen, noch ein paar Worte an die Versammlung. Dieser Kongress ist der erste einer langen Reihe von weiteren, an deren Schluß der Triumph der Arbeiterklasse stehen wird. Wie auch immer wir in den Einzelheiten von einander abgewichen, sind sich alle Arbeiter, sich die Unabhängigkeit ihrer persönlichen Meinung während, über die Erreichung des einen grandiosen Zieles einig: Sieg des Proletariats. Er dankt den Kongress für den Eifer, mit welchem die Delegierten gearbeitet haben.

Bebel: Wenn ich in diesem letzten Augenblicke das Wort ergreife, so geschieht das nicht, um einem Redebedürfnis Rechnung zu tragen. Ein solches habe ich nicht. Ich will aber auf ein

paar Worte von Bolders zurückkommen. Er hat uns gedankt. Ich glaube dieser Dank muß an eine andere Stelle gerichtet werden. Als wir vor 8 Tagen aus allen Gegenden der Windrose in Brüssel zusammenströmten, hat wohl manch einer bange Befürchtungen gehegt, wie der Kongress verlaufen würde u. s. w. Die Befürchtungen sind nicht erfüllt. Dagegen sind unsere kühnsten Hoffnungen übertroffen worden. Wenn das aber möglich war, so tragen die ein bedeutendes Verdienst, welche die Vorarbeiten zum Kongress selbst gemacht, die vielen Kleinigkeiten zu einem einheitlichen Ganzen gestaltet haben. Das Bureau, aus einem Chaos von Jungen bestehend, hat sich seiner Aufgabe vortrefflich entledigt. Unsere Brüsseler Freunde also sind es, denen der Kongress Dank schuldet. Ich spreche ihnen also im Namen des Kongresses den herzlichsten Dank aus. Selbst unter

der Gefahr, daß ich mich einer demokratischen Pflichtverletzung schuldig mache, muß ich aber noch eines sagen: Wenn einer dem Kongress gute Dienste geleistet, dann war es unser Freund Bolders, der heute, am Schluß nach 8 Tagen schwerer Arbeit, mit Aufgebot einer riesigen physischen und geistigen Kraft, genau so frisch die Verhandlungen geschlossen, wie er sie eröffnet hat. Ihm sind wir besonderen Dank schuldig. Ich zolle ihm denselben, indem ich ihm einen warmen Händedruck gebe. (Bolders ist so bewegt, daß er Bebel zu sich heranzieht und ihm einen Kuß giebt. Dröhnender Beifall von Seiten des Kongresses.)

Chautiere, Paris, Barrows, London, sprechen noch einige Schlussworte und so wird dann der Kongress um 7 1/2 Uhr geschlossen.

Verein zur Regelung der gewerblichen Verhältnisse der Töpfer Berlins und Umgegend.

Mitglieder-Versammlung

am **Mittwoch, den 2. September 1891, Abends 6 Uhr, in der „Berliner Ressource“, Kommandantenstraße 57.**

Tages-Ordnung: 1. Vortrag: „Ueber die Geschichte des russischen Nihilismus.“ (Ref.: Herr Rohland). 2. Abrechnung vom Maiest. 3. Verschiedene Vereinsangelegenheiten. NB. Die resignierenden Mitglieder werden auf § 8 Abs. 1 des Statuts aufmerksam gemacht. **Der Vorstand.**

Gr. Volks-Versammlung

am **Montag, den 31. August 1891, im großen Saal der „Brauerei Friedrichshain“ (früher Lips)**

Gedächtnisfeier Ferd. Lassalle's.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Max Schippel** über: „Lassalle's Leben und Wirken.“
2. Diskussion.
3. Verschiedenes.

Zur Deckung der Unkosten findet **Cellersammlung** statt. Um zahlreichen Besuch bittet **Der Einberufer.**

Sozialdemokratischer Wahlverein für den sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreis.

LASSALLE-FEIER

am **Sonnabend, den 29. August, im „Giskeller“, Chausseestraße 88.** Unter Mitwirkung der zwei Gesangsvereine „Nord“ und „Maiglöckchen“. Theater und Spezialitäten - Vorstellung des gesamten Künstler-Personals

Vokal- und Instrumental-Konzert.

Die Vorstellungen finden im 5000 Personen fassenden großen Garten statt. **Festrede gehalten vom Genossen Wilh. Liebknecht.**

Während und nach der Vorstellung: **Großer Sommernachts-Ball** in beiden Sälen, unter Leitung des Tanzmeisters **Richard Hartmann.** Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. — Die Kaffeeküche ist den geehrten Damen von 3 Uhr an geöffnet.

Anfang 5 Uhr. — Entree 30 Pf. — Ausschank des schützlichen Bierstübchens. Billets sind auf allen Jahrestellen und in den mit Plakaten belegten Lokalen und Geschäften zu haben. Alle Genossen sind hiermit eingeladen. **Der Vorstand.**

Aufruf!

Alle Genossinnen und Genossen, welche Talent, Lust und Liebe für Theater haben, werden gebeten, behufs **Gründung eines Theatervereins** (Spezialität: Dramatische Stücke), wenn möglich, sich bis **Montag, den 31. August, Abends 9 Uhr, im Schanklokal des Genossen Ferd. Hoffmann, Waldemarstraße 61, Ecke Mariannenplatz, zu melden.** **Mehrere Genossen.**

Den Parteigenossen empfehlen wir zur Anschaffung unsere

Neue Gesamt-Ausgabe:

Ferd. Lassalle's Reden und Schriften

in 40—50 Hefen à 3 Bogen zum Preise von 20 Pfg. pro Heft.

Herausgegeben im Auftrage des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei Deutschlands von **Eduard Bernstein, London.** Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt in Berlin SW.

Meerscham-, Bernstein- und Elfenbein-Waaren.

Spezialität: **Portraits** bewährter sozialistischer Führer (Lassalle, Marx u. A.), in **Cigarrenspitzen, Pfeifenköpfen, Schlüsselnadeln, Manschettenknöpfen, Stöcken und Brochen.** en gros. en detail. **B. Günzel, Brunnenstraße 157, am Rosenthaler Thor.**

Herren- u. Knaben-Garderobe, Arbeitsachen, Bestellungen nach Maß, empfiehlt wie bekannt in reellster Ausführung und allerbilligsten Preisen **J. BAER, Berlin N., Gesundbrunnen, Badstr. 18, Ecke der Stettinerstrasse.**

Ich habe keine Filialen und stehe mit ähnlich lautenden Firmen in keinerlei Beziehung. Bitte daher genau auf Firma zu achten. Verantwortlicher Redakteur: **Paul Graß, Berlin.** — Verleger und Drucker: **Maurer, Werner, Dimnick,** sämtlich in Berlin SO., Elisabeth-Ufer 55.

Berliner Arbeiterbibliothek.

Sammlung sozialpolitischer Flugschriften.

Herausgegeben von **Max Schippel.**

Soeben erschien Heft 1 der III. Serie:

Ist der Sozialismus mit der menschlichen Natur vereinbar?

von **Paul Kampffmeyer.**

Preis pro Heft 10 Pf. — Wiederverkäufern hoher Rabatt.

I. Serie komplet (12 Hefte) | II. Serie komplet (14 Hefte)
Preis 1,— Mark. | Preis 1,65 Mark.

Alle Bestellungen, Geldsendungen und eingeschriebenen Briefe adressire man: **Herrn G. Link, Expedition der Berliner Arbeiterbibliothek, Berlin SO. 26, Elisabeth-Ufer 55.**

Genossen empfehle mein Gutgeschäft. Arbeite nur mit **Fabrikanten**, welche sich der **Kontrollmarken deutscher Hutmacher** angenommen haben. Bitte zu beachten: Köpenickerstraße 126, nahe der Adalbertstraße.

Adolph Kehr.

Fachverein der Tapezierer.

Große Versammlung

am **Montag, den 31. Aug., Abds. 8 1/2 Uhr, bei Feuerstein, Alte Jakobstraße 75.**

- Tages-Ordnung:
1. Vortrag. (Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht.)
 2. Diskussion.
 3. Aufnahme neuer Mitglieder.
 4. Verschiedenes und Fragelasten.

J. A.: **Der Vorstand.**

Die **Holportage-Buchhandlung** von **H. Winner, Iserlohn, Ohl 19,** liefert auf Verlangen alle literarischen Werke, welche von **Max Schippel-Berlin (Berliner Arbeiter-Bibliothek), J. D. Diez-Stuttgart** und vom Verlag des „Vorwärts“ herausgegeben werden. — Empfehle den Genossen gleichzeitig die Bilder: „Triumph der Arbeit“ und „Karl Marx“, sowie in kleinerem Format: **Ferd. Lassalle, Geib, Brade, Kräder, Reinders, Kaiser, Hasenclever u. A.**

Hut-Fabrik

Blücherstraße 11, vis-à-vis der Kreuz-Kirche.
Wilhelm Böhm.
Sämtliche Hüte mit Kontrollmarken. Gr. Lager in **Regenschirmen.**
Reelle Bedienung.

Empfehle den Parteigenossen meine **Cigarren eigener Fabrik** aus rein amerik. Tabak, 25 Cigarr. 1 Mk. **Tabak und Cigaretten.**

Julius Ulbrich, Thalitzerstraße 41, nahe Kaufg. 11.

Empfehle Freunden und Genossen mein reichhaltiges Lager von

Cigarren u. Tabake.

Dieselbst Jahrestelle des Metallarbeiter-Vereins und der Gürtler-Hilfsklasse. Haupt-Agentur der Berliner Feuer-Versicherung.

Otto Klein

Kottbuser Damm 14, früher Ritterstr. 15.

Bringe meinen Freunden u. Genossen meine **Kind- u. Schweineschlächtere** in freundliche Erinnerung.

Zentr.-Marktthall, Stand 148. **Carl Aurin.**

H. Osang, Gesangs- und Charakter-Komiker, Berlin, Mariannenstr. 10,

bält sich sämtlichen Fach- und Vergnügungs-Vereinen Berlins u. Umgegend mit den neuesten zeitgemäßen Souplets u. Vorträgen bei soulanten Bedingungen bestens empfohlen.

Berf. d. Achtstundentag-Souplets u. d. Arbeiterliedes f. Jung u. Alt. „Darauf wird nicht geacht.“

Der Arbeits-Nachweis

des **Fachvereins der Musik-Instrumenten-Arbeiter**

befindet sich **Naunynstraße 78 im Restaurant Rohr.** Die Adressen-Ausgabe findet jeden Abend von 8—9 1/2 Uhr und Sonntags Vormittags von 10—11 1/2 Uhr, sowohl an Mitglieder, wie auch an Nichtmitglieder unentgeltlich statt. — Die Bibliothek ist geöffnet jeden Mittwoch Abend von 8—9 1/2 Uhr und Sonntags Vormittags von 9—11 1/2 Uhr.

Jede Uhr

zu reparieren und reinigen kostet bei mir unter Garantie des Gutgehens nur **1 Mk. 50 Pfg.,** außer Bruch, kleine Reparaturen billiger. Neue Feder einsehen 1 Mk. Empfehle silb. Zylinderuhren von 8, 7 u. 8 Mk., silb. Remontoir-Uhren von 13, 14 u. 15 Mk., gold. Damen-Uhren von 18 Mk. an, Regulatoren von 10 Mk. an. Gr. Lag. v. Nidel, Talmi u. Gold-Double-Ketten.

R. Kionka, Oranienstrasse 35, bei der Adalbertstraße.

Bleistifte.

Genossen! Kaufe nur die Bleistifte „Solidarität“ oder „Acht-Stunden-Arbeit“ von **Jean Blos, Stein bei Nürnberg.** Liefere franco auch kleine Bestellungen. Bei Abnahme von 10 Mark Werth Prozente. Besonders die Vereins- und Gewerkschafts-Vorstände werden hierauf aufmerksam gemacht.

Ein Sohn des Volkes,

Marzellaise, sowie alle Arbeitermännerchöre liefert zu Originalpreisen portofrei **Vollbuchhandel J. Müntz, Berlin N. 39, Reinickendorferstraße 66.**

Billiger und doch guter Käse.

Holl. Holländer Käse à Centner 26.—
Holl. Limburger Käse à Centner .. 25.—
Holl. Gdamer Käse à Centner 32.—
ab hier gegen Nachnahme empfehle
Julius Werner, Krummhafer 1. 3.
10 Pfund-Preispfeil 3.60 und 3.50
und 4.20.

Kranzbinderei u. Blumenhandlg. von

J. Meyer

Berlin SO., Wienerstraße 1, (in der Ecke bei der Rautenfelstraße). **Bekannte Preise. Auch Versandt.** Pünktlich und gut. Fernsprecher, Amt IX, 9482.

Achtung!

Wir ersuchen die Leser unseres Blattes, sowie alle Parteigenossen, welche uns den **Ausenthalt** des Herrn **P. Baumgart, zuletzt (Juni) in Alende bei Bochum Nr. 105,** angeben können, gütigst der Unterzeichneten Mitteilung zukommen zu lassen. **Die Expedition.**